

- GEW in die DDR?
- HBV in die DDR?
- Berlin: Fast alles zum Kita-Streik!
- Kitas in Köln + HH
- Opel-Bochum
- Rheinhausen
- Gasunfall in Alfeld
- Justiz-Urteil zur ÖTV



*Alle wollen die DDR erobern*

## Exportschlager der DGB-Gewerkschaften: Partnerschaft mit dem Kapital.

Nach anfänglicher Unsicherheit beteiligen sich auch die BRD-Gewerkschaften an dem Rennen in die DDR, zusammen mit Unternehmern, vermeintlichen Grundeigentümern und Nachkommen der 1926 nicht enteigneten Fürstenhäuser. Gut die Hälfte der DDR-BewohnerInnen ist – immer noch – gewerkschaftlich organisiert, eine Größenordnung, an die die Gewerkschaftsvorstände in der BRD nicht einmal im Traum denken können. Besteht da nicht eine Chance, die Quälereien um die bedrohlichen Finanzprobleme des DGB durch einen kräftigen Mitgliederschub zu mildern? Bereits die Spekulation darauf gebietet, schnell zur Stelle zu sein, bevor die »Brüder und Schwestern« in der DDR hinter den kampfstarken Fassaden der DGB-Gewerkschaften die sozialpartnerschaftlichen Tatsachen erkennen und womöglich ins Nachdenken geraten.

### »Anschluß« der DDR-Gewerkschaften?

Das Vorgehen der DGB-Gewerkschaften wird dadurch bestimmt, daß sie sich eine gemeinsame Gewerkschaftsorganisation offenbar nur als quantitative Erweiterung der heutigen bundesdeutschen Struktur vorstellen können. Es wird, darin sind sich die Einzelvorstände weitgehend einig, eine gemeinsame IG Metall, eine gemeinsame ÖTV, eine gemeinsame HBV geben. Anscheinend kommen sie nicht im entferntesten auf die Idee, daß hier Gewerkschaftsorganisationen zusammenwach-

sen sollen, die als gleichberechtigt zu betrachten sind, und daß die DDR-Gewerkschaften womöglich weitergehende Errungenschaften einbringen könnten, als sie der DGB bisher erreicht hat. Es scheint auch selbstverständlich, daß sich HBV und NGG ihre neuen Mitglieder aus dem Bestand von bislang noch drei existierenden DDR-Gewerkschaften »besorgen«, oder die ÖTV sich gleich aus dem Bestand von acht ehemaligen FDGB-Abteilungen »bedient«. Die Mentalität, mit der die DGB-Gewerkschaften hier vorgehen, wird offenkundig. Klassenbewußte KollegInnen in der DDR sprechen inzwischen von »Gewerkschaftskolonialismus« oder gar »-kannibalismus«.

Die Haltung vieler westdeutscher Gewerkschaftsfunktionäre, die glauben, den DDR-KollegInnen mehr oder weniger oberlehrerhaft die Vorzüge des bundesdeutschen Systems erklären zu müssen, unterscheidet sich oft nicht von dem Standpunkt bundesdeutscher Politiker und Unternehmer. Und es unterscheiden sich auch nicht die inhaltlichen Bedingungen, die diese Arbeiterfunktionäre den »Brüdern und Schwestern« für die Zukunft stellen.

Am deutlichsten hat dies, wie so oft, der IG Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe formuliert. Er fordert für die noch im April '90 angestrebte Fusion mit der DDR-IG Chemie, Glas, Keramik von dieser nicht nur die Akzeptierung des bisherigen IG-Chemie-Hauptsitzes Hannover als der künftigen gemeinsamen Zentrale, sondern auch die Anerkennung entscheidender

politischer Eckpunkte. So sollen die Bejahung des BRD-Systems der Betriebsräte und der Mitbestimmung ebenso zur unabdingbaren Voraussetzung eines Zusammenschlusses werden, wie die Ablehnung des neuen DDR-Gewerkschaftsgesetzes. Gewerkschaften dürfen nach Rappes Verständnis auf keinen Fall zum Mittel des politischen Streiks greifen. Dies sei in einem parlamentarischen System nicht erforderlich und auch falsch. (Für den politischen Kampf bietet er die gewerkschaft-

## Immer wieder Juniorpartner der herrschenden Klasse

Die Führung der Gewerkschaften hat – jedenfalls seit 1914 – noch immer den »nationalen« Anforderungen der herrschenden Klasse Folge geleistet, wenn die Mitgliedschaft sich nicht dagegen gewehrt hat. Schon 1914 legte sie ein »nationales Bekenntnis« ab, indem sie dem Klassenkampf absagte, der Regierung Wilhelms ihre Hilfe beim Kriegführen zusagte und durch die »Burgfriedens«-Politik die Dauer des Krieges und seine Opfer vergrößerte.

Nach Kriegsende und Kriegsniederlage 1919 unterstützte sie den Kampf der Reichswehr, die die revolutionären Arbeiter niederschlug, als diese die für den Krieg und die Opfer verantwortliche herrschende Klasse zur Rechenschaft ziehen wollten.

Die Ausnahme bildete der von den Gewerkschaften ausgeführte Generalstreik gegen den reaktionären Kapp-Putsch 1920. Die Ebert-Regierung war schon aus Berlin weggelaufen, als unter dem Druck der arbeitenden Bevölkerung die Gewerkschaftsführung sich nach langem Zögern entschloß, zum Widerstand aufzurufen, um damit die Putschisten tatsächlich zu vertreiben.

Es war dies das erste und auch letzte Mal, daß die deutsche Gewerkschaftsführung den politischen Klassenwiderstand anführte. In den Monaten danach wurde es für sie und die Sozialdemokratie zunehmend schwierig, den revolutionären Teil der Arbeiterklasse niederzukämpfen, der durch die Abwehr des Kapp-Putsches einen gewissen Aufschwung erlebte. Ihre Lehre daraus ist deshalb, daß ein Generalstreik nicht mehr stattfinden darf.

1933 gab sie erneut das Bekenntnis zur »nationalen Einheit« und »Volksgemeinschaft« der Nazis ab und rief zur Teilnahme am »Tag der Arbeit« auf der Seite der Nazis auf. Die Mitglieder der Gewerkschaften sollten mit SA, SS, NSBO und NSDAP mitmarschieren – um gleich darauf zu erleben, wie die Nazis die Arbeiterbewegung, ihre Gewerkschaften und alle, die Widerstand leisteten, mit blutigem Terror zu ersticken begannen. Die Nazis wiesen die Unterwerfungserklärung der Gewerkschaftsführung zurück – es war für sie politisch vorteilhafter, eine ADGB-Führung abzusagen, die bei den Massen schon weitgehend diskreditiert war, als mit ihr zusammen zu arbeiten.

1945 waren es die von den westlichen Besatzungsmächten lizenzierten »zuverlässigen« DGB-Vorstände, die die Gewerkschaften der SBZ von der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften der drei westlichen Zonen ausschlossen – auf Geheiß der anglo-amerikanischen Besatzungsbehörden. ■

**Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.**

lich organisierten Bundestagsabgeordneten an.) Ebenso passe das bisherige Prinzip der Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) nicht in eine parlamentarische Demokratie, sondern nur in einen diktatorischen Staat (Handelsblatt, 1.3.90).

In dieser Haltung ist sich die IG Chemie einig mit dem Unternehmerverband, wie eine gemeinsame Erklärung der beiden »Partner« zeigt. In ihr wird der Wille formuliert, gemeinsam die »positiven Erfahrungen mit dem in der Bundesrepublik entwickelten speziellen System der Chemie-Sozialpartnerschaft« auf die DDR zu übertragen. Außerdem wolle man sich über die jeweiligen Aktivitäten in der DDR ständig gegenseitig informieren, kleine Beratungskreise in paritätischer Besetzung schaffen und auf Wunsch auch gegenseitig ReferentInnen zur Verfügung stellen (FAZ, 14.3.90).

Das Vorgehen der IG Chemie stellt keine Ausnahme dar. Obwohl ihr Vorsitzender Rappe die Bedingungen besonders offen formuliert, ist er sich im Grundsatz mit anderen BRD-Gewerkschaftsführungen einig, soweit es das Vorgehen in der DDR betrifft.

### Die Haltung des DGB zum Gewerkschaftsgesetz der DDR

Nach Wochen des Schweigens nötigte die Verabschiedung des Gewerkschaftsgesetzes durch die DDR-Volkskammer (am 6. März '90) die DGB-Vorstände, sich zu äußern.

Am 7. März beurteilte der DGB in einer Presseerklärung das DDR-Gewerkschaftsgesetz noch als »überwiegend positiv«. Ernst Breit erklärte es als »einen Schritt in die richtige Richtung«. Vor allem die »Garantie des Streikrechts« und das »Verbot der Behinderung rechtmäßiger Gewerkschaftsarbeit« müsse vorbehaltlos »begrüßt werden«. Und: »Das Verbot der Aussperrung werde eine vorbildliche Regelung schaffen« im Vergleich zur Bundesrepublik, wo »diese Willkürmittel der Arbeitgeber nach der nicht akzeptablen (!!!) Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes grundsätzlich eingesetzt werden können«. Die Bestimmung im Gewerkschaftsgesetz, einen Streik »aus Gründen des Gemeinwohls« durch die Regierung aussetzen zu können, lehnte Breit ab, gleichzeitig aber betonte er, daß die hiesigen Gewerkschaften beim Einsatz ihrer Arbeitskampfmittel stets ihrer »gesamtgemeinschaftlichen Verantwortung gerecht geworden« seien. Der »Bund der Deutschen Arbeitgeberverbände« (BDA) schiebt als »vertrauensbildende Maßnahme« den DGB vor, damit die herrschende Klasse in der DDR leichter Fuß fassen kann.

### Inhaltsverzeichnis

|   |    |
|---|----|
| DGB: Export der Sozialpartnerschaft .....       | 1  |
| Robotron: Privatisierung à la IG Metall .....   | 4  |
| Tarifverhandlungen – DDR saß mit am Tisch ..... | 7  |
| GEW: Chronik einer Expansion .....              | 8  |
| »HBV für Deutschland« .....                     | 9  |
| Berlin: 10 Wochen Kita-Streik .....             | 12 |
| Postgewerkschaft vor Arbeitskampf? .....        | 16 |

### Arbeiterkorrespondenzen:

|   |    |
|---|----|
| Köln: Bestandsaufnahme zur Kita-Situation ..... | 19 |
| Hamburg: Kindergarten-Misere .....              | 22 |
| Opel-Bochum: Ausschlußverfahren .....           | 22 |
| Rheinhausen: Hängepartie geht weiter .....      | 24 |
| Alfeld: Gasunglück und IG Chemie .....          | 26 |
| Hamburg: Justiz-Urteil zur ÖTV .....            | 28 |

### Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:  
F. Lübke · Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15

## Gemeinsame Erklärung

Am 13. März dann eine neue Erklärung. Zur selben Zeit, da die Tarifparteien in der BRD um Lohntarife und Arbeitszeitverkürzung verhandeln und die Unternehmer mit Aussperrung drohen, geben DGB-Führung und BDA eine »gemeinsame Erklärung« zu einer »einheitlichen Wirtschafts- und Sozialordnung in beiden deutschen Staaten« ab, um den »Menschen im anderen Teil Deutschlands nunmehr auch (!!!) zu wirtschaftlicher Freiheit, Wohlstand und sozialer Sicherheit zu verhelfen«. Was ist bloß mit den deutschen Unternehmern passiert, daß sie sich so besorgt um das Wohlergehen der »Menschen« in der DDR zeigen, wie das die Beschäftigten in der BRD doch gar nicht kennen. Hat Breit den Murmann endlich zum Gewerkschaftsmitglied ge-

macht oder Murmann den Breit zum Sprecher des Unternehmer-Dachverbandes erklärt? Oder ist es vielmehr so, daß beide verhüten wollen, daß die Partnerschaft zwischen DGB-Vorstand und BDA-Führung möglicherweise durch unbotmäßige Forderungen der dazustößenden FDGB-Mitglieder gefährdet wird, wenn das westdeutsche Kapital sich auf dem Territorium der DDR breitmacht?

Die »gemeinsame Erklärung« beantwortet diese Frage: »Daher wird das Lohnniveau zunächst noch deutlich unter dem bundesdeutschen Standard liegen.« Der DGB ist sich mit den hiesigen Unternehmern einig, daß die Beschäftigten in der DDR von hier aus diktiert bekommen, welchen Status sie zumindest auf absehbare Zeit haben werden – den von »1:3-Arbeitskräften«.

## Zur Struktur der Einheitsgewerkschaft

Die DGB-Gewerkschaften entstanden nach '45 unter dem massiven Druck der westlichen Alliierten mit einem Organisationsaufbau von oben nach unten – gegen das, was bis dahin schon in verschiedenen Orten an gewerkschaftlicher Sammlung und organisatorischer Form entstanden war.

Schon am 8. Februar '45 (!) wurde in Aachen ein »Vorbereitungskomitee für einen FDGB« durch eine Bekanntgabe im US-Militärradio de facto anerkannt. Bei den aktiven Kolleginnen und Kollegen wurde das mit Sympathie und Hoffnung aufgenommen. Schließlich waren die Erfahrungen mit der Zerris-

senheit der ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung vor '33, die Kapitulation des ADGB und die kampflose Niederlage der Arbeiterklasse vor den Nazis noch höchst lebendig. Nun wollten die Überlebenden einen starken, freien Gewerkschaftsbund. Alle bisherigen Gewerkschaftsrichtungen, wie z.B. die ChristInnen und die RGO, wollten an dieser Einheitsorganisation teilnehmen.

Folgerichtig war der organisatorische Aufbau dieser ersten, noch begrenzten Organe von einer starken Zentrale mit einem politischen Anspruch und untergeordneten Fachgruppen o.ä. geprägt. Die »Sozialistischen Freien Gewerkschaften« in Hamburg wie auch der »Kampfbund gegen den Faschismus« in Bremen waren Beispiele solcher Versuche. Der »Freie Gewerkschaftsbund Hessen« wurde erst '49 bei der Gründung des DGB aufgelöst.

Die West-Alliierten hatten kein Interesse an solcherart Arbeiterorganisation, weil damit die Restaurierung des Kapitalismus in ihren Besatzungszonen erschwert und sozialistische Tendenzen verstärkt würden.

Um aber die Bestrebungen in der arbeitenden Bevölkerung in die »richtigen« Bahnen zu lenken, wurde nicht nur verboten, sondern es wurden auch deutsche GewerkschafterInnen, zu meist aus westlicher Emigration heimgekehrt, dafür »gewonnen«, im Sinne der West-Alliierten »brauchbare« Gewerkschaften durchzusetzen. 13 selbständige Industrieverbände durften sich anfangs nur auf örtlicher Ebene gründen, sie durften keine weiteren Mitglieder aufnehmen, keine Beiträge kassieren und keine regionalen Verbindungen schaffen. Nach der Gründung mußte jede öffentliche Aktivität aufhören. Anfang Februar '46 genehmigten die Militärbehörden dann »autonome bezirkliche Industriegewerkschaften«. Erst im April '48 fiel das seit 1933 bestehende Lohndiktat, und erst 1949 wurden die 13 Einzelgewerkschaften zu einem mit wenigen Rechten ausgestatteten DGB zusammengefaßt.

Die sowjetische Besatzungsmacht hatte für ihre Zone im Grundsatz ein entgegengesetztes, nämlich ein großes Interesse an der Entstehung von gewerkschaftlichen und politischen Organen der Arbeiterklasse, sie wurden nicht nur sehr früh erlaubt, sondern auch gefördert – allerdings nur im Rahmen ihrer von der Weltlage beengten Besatzungspolitik (Diktat der Reparationen etc.).

Was dann trotz aller politischen Einschränkungen und Abhängigkeiten als FDGB in der DDR entstanden ist – eine starke, politisch einflußreiche Einheitsorganisation mit relativ schwachen Industrieverbänden –, entspricht von der Organisationsform her mehr den Vorstellungen der GewerkschafterInnen, die nach '45 auch in den Westzonen einen Neuanfang machen wollten, als das, was sich in Form der DGB-Struktur durchsetzte und was heute als das »non plus ultra« angepriesen wird.

18.4.90 ■

An die  
Militär-Regierung Hamburg, den 18. Juni 1945.

Hamburg

### Zur Gründung freier Gewerkschaften in Hamburg.

Nach längeren Verhandlungen in Kreise älterer und jüngerer Gewerkschaftsmitglieder wurde beschlossen, auf die Durchführung der Gründung einer die Arbeiter und Angestellten aller Industrie- und Gewerbe einheitlich umfassenden Gewerkschaft zu verzichten.

Die Sozialistische Freie Gewerkschaft wird daher nicht fortgeführt, sondern in eine Reihe von selbständigen Gewerkschaften umgewandelt werden. Diese Gewerkschaften werden nach Anerkennung durch die Militärregierung an die Stelle der S.F.G. als selbständige Gewerkschaften für die verschiedenen Industrie- Gewerbe und Betriebe treten. Ebenso sind für die Angestellten besondere selbständige Gewerkschaften vorgesehen. Diese freien Gewerkschaften werden ihre Arbeit durchaus unpolitisch durchführen.

Infolge der Umwandlung der S.F.G. werden, soweit solches nicht bereits geschehen ist, sofort alle Nebenstellen aufgelöst. Alle Legitimationskarten werden mit sofortiger Wirkung für ungültig erklärt. Jeder Mißbrauch der bisherigen Legitimationskarten wird mit aller Strenge verfolgt werden.

Die bereits erfolgten Beitritte in die S.F.G. gelten als für die neu zu gründenden Gewerkschaften abgegeben und gehen dementsprechend auf die künftig für die betr. Industrie, Gewerbe oder Betriebsart zuständige Gewerkschaft der Arbeiter oder Angestellten über.

Für den Monat Juni bleiben die bisher ausgegebenen Sammellisten im Umlauf. Sie müssen bis Anfang Juli abgeliefert werden. Mit Beginn des Monats Juli 1945 soll für die Mitglieder der einzelnen Gewerkschaften die Ausgabe von Beitragsmarken erfolgen.

Walter Polmann, Franz Lohndorf,  
Hans Polmann, Paul Weber,  
Rud. Vastum, Ludwig Leprieu,  
Hans Th., W. Lohndorf,  
Karl Lohndorf, W. Lohndorf,  
Paul Lohndorf, Lohndorf,  
in Debitur, Lohndorf

Unter dieses Dokument der Kapitulation und politischen Selbstbeschränkung schrieb die IG Metall in ihrer Festschrift »75 Jahre IG Metall« die Zeile »Hamburger Gründungsdokument«...

## Privatisierung à la IG Metall

Mit Schreiben vom 27. März 1990 informierten Franz Steinkühler und Horst Klaus die Bezirksleitungen, Verwaltungsstellen und Bildungsstätten der IGM »im Zusammenhang mit der Entwicklung in der DDR über einige zentrale gewerkschaftliche Handlungsfelder«. Darin enthalten der Entwurf einer »Satzung für eine Aktiengesellschaft in der DDR« plus »Anmerkungen zum Fall Robotron/Sömmerda« aus der Wirtschaftsabteilung vom 26. März 1990. Diesem »Fall« widmet bereits am 28. März 1990 das »Handelsblatt« einen ausführlichen Artikel. Es geht um ein Husarenstück mit »beispielhafte[m] Charakter, nicht zuletzt in Hinblick auf konkrete Initiativen von Belegschaft und Gewerkschaft« (Wirtschaftsabteilung), »das sicherlich im wesentlichen die geistige Leistung der IG Metall West ist« (Handelsblatt).

Bemerkenswert ist bereits das Bedürfnis der IGM-West, in der DDR ein »Vorbild für die Privatisierung« (Handelsblatt) von Volkseigentum zu schaffen – nach all den Privatisierungserfahrungen der Gewerkschaften in der BRD! Entstehen soll das Vorbild in einem Betrieb des Robotron-Kombinates:

»Das rechtliche Schicksal des DDR-Kombinates Robotron ist zwischen dem Generaldirektor Wokurka und den Kombinatbetrieben strittig geworden: Im Gegensatz zu dem Konzept von Wokurka kämpfen die 'Konzerntöchter' um ihre rechtliche Selbstständigkeit. Mit Hilfe der IG Metall West ist für das VEB Robotron-Büromaschinenwerk 'Ernst Thälmann' in Sömmerda beim Ministerrat der DDR der Antrag auf Umwandlung gestellt worden« (Handelsblatt).

Welches Interesse hat die IG Metall an einer Aufspaltung des Kombinates? Bisher waren es die westlichen Konzerne, die aus den bestehenden Einheiten die besten Stücke herausbrechen wollten. Auch die Betriebsgewerkschaftsleitung des Betriebes unterstützt die Trennung vom Kombinat. Was steht anderes dahinter als die Hoffnung, in der kommenden Weltmarktkonkurrenz besser bestehen zu können, wenn andere, weniger produktive Bereiche nicht »mit durchgefüttert« werden müssen? Geht es um mehr als um die Rettung eines Betriebes, einer Belegschaft – ohne Rücksicht und auf Kosten anderer?

Oder: »Eine wichtige Aufgabe wird es sein..., wenn dieses Leistungssystem dann zu einer leistungsfinanzierten Arbeitslosenversicherung fortentwickelt wird, die später mit dem AFG-System zusammenwachsen kann.« Da haben der DGB und die Einzelgewerkschaften in der BRD seinerzeit die Mitglieder zu demonstrativen Arbeitsniederlegungen gegen die Verschärfung des § 116/AFG (Aussperrungsparagraph) aufgerufen, viele KollegInnen haben mit ihren Unternehmern wegen Teilnahme an diesen Protesten Schwierigkeiten bekommen, und jetzt soll dieses AFG auch den Beschäftigten in der DDR aufgezwungen werden. Detlef Hensche von der IG Drupa sagte damals: »Wenn das Gesetz durchkommt, hat das zur Folge, daß jede Gewerkschaft, egal ob die kleine IG Druck und Papier oder die große IG Metall, binnen weniger Tage finanziell auszählbar wird« (Hamburger Rundschau-Interview). Nachdem dieser Aussperrungsparagraph trotz aller Proteste im Bundestag »demokratisch« verabschiedet wurde, ist er praktisch vom DGB akzeptiert worden. (Die Taktik der aktuellen Tarifrunde ist davon bestimmt, der Drohung mit diesem Paragraphen von vornherein auszuweichen.) Die Aussperrung wird vom DGB nicht mehr bekämpft, sondern er beteiligt sich an ihrem »Export« in die DDR.

Es hat wegen der oben zitierten »gemeinsamen« Stellungnahme von DGB und BDA empörte und wütende Reaktionen

Im einzelnen ist bei Robotron/Sömmerda vorgesehen, daß »das Eigentum zu 75% von der Belegschaft, zu 25% als Treuhandvermögen gehalten werden [soll]« (Wirtschaftsabteilung). Vom Volkseigentum zum Belegschaftseigentum also, ein (zu) radikaler Schritt!?

»Durch die einfache Kombination eines solchen Belegschaftskapitals mit der vollen paritätischen Mitbestimmung (im Aufsichtsrat, Anm. d. Red.) würde ein unlösbares Problem entstehen: Die Belegschaft würde dann nicht nur die Bank der Arbeitnehmer, sondern darüber hinaus die Kapitalbank dominieren. Damit wäre jede Attraktivität für westliche Investoren hinfällig geworden. Die Erhaltung dieser Attraktivität war jedoch für die Belegschaft eine ausgesprochene Anforderung an ein Gesamtmodell.

Eine Auflösung dieses schwierigen Knotens ist dadurch erreicht worden, daß für die Besetzung der Anteilseignerbank durch die Hauptversammlung folgende Anforderungen formuliert wurden:

- Es dürfen nur externe Vertreter gewählt werden;
- Die Vertreter müssen hochqualifiziert sein, d.h. über langjährige Erfahrung in der Unternehmensführung oder in vergleichbarer Beratungs- oder wissenschaftlicher Tätigkeit verfügen.

Die Setzung dieser Kriterien garantiert, daß die Anteilseignerbank höher qualifiziert zusammengesetzt sein wird, als dies nach bundesrepublikanischem Mitbestimmungsrecht der Fall ist. Damit ist zugleich sichergestellt, daß das auf diese Weise konkretisierte Volkseigentum erfolgreich marktwirtschaftlich operieren kann.« (Wirtschaftsabteilung)

Und wenn die von der IG Metall umworbenen westlichen Investoren das anders sehen? Merke: Belegschaftseigentum ist nur solange »attraktiv«, wie die Belegschaft sich durch »Experten« vertreten lassen muß, die so »hochqualifiziert« und so weit weg sind, daß sie garantiert keine Belegschaftsinteressen vertreten.

Der »Fall Robotron/Sömmerda« sollte nicht nur in den BRD-Gewerkschaften anlaß zur Diskussion sein. Die IGM der DDR hat den Satzungsentwurf mit erarbeitet. Und: »Die ausformulierte Satzung wird den Betrieben zur Verfügung gestellt«, weil sie nach Ansicht der Wirtschaftsabteilung des IGM-Vorstands »von allen Unternehmen übernommen werden (kann), die sich in eine Aktiengesellschaft oder GmbH umwandeln wollen.« 18.4.90 ■

von engagierten GewerkschafterInnen gegeben, soweit überhaupt noch welche zusammenkommen.

Dreizehn Tage später, am 26. März verbreitete die IG Metall eine Erklärung mit einer entgegengesetzten Tendenz: »Die gleichzeitige Verankerung des Streikrechts, der Ausschluß von Schadenersatz bei Arbeitskämpfen und das Verbot der Aussperrung im Artikel 44, Absatz 3 bedeuten eine geradezu revolutionäre Neuerung, da das Streikrecht vorher in der DDR nicht anerkannt war. Das von den Gewerkschaften in der BRD seit langem geforderte Verbot der Aussperrung hat damit in der DDR Verfassungsrang erhalten...« Aufsehen erregt hat nach Meinung der IGM auch, daß die Gewerkschaften das Recht auf Einsichtnahme in betriebliche Unterlagen, »soweit dies der Wahrung und Förderung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen dient«, erhalten haben.

Folglich wäre es doch nur vernünftig, wenn diese Gelegenheit von DGB-Gewerkschaften ergriffen würde, um die »revolutionäre Neuerung« auch in der BRD zu verwirklichen. Wie anders sollen die BRD-Gewerkschaften sich aus den Fesseln, die sie an die Unternehmer binden, lösen?

Es gibt in den Vorständen der Einzelgewerkschaften und im DGB wenige, die die aggressive Expansion in die DDR kritisie-

## Die Konsumgenossenschaften wurden schon verschachert...

Die Konsumgenossenschaftsbewegung war eine der drei Säulen der ArbeiterInnenbewegung – neben Gewerkschaften und Partei. Mit der Konsumgenossenschaftsbewegung verbunden vor allem gewerkschaftlich Organisierte einstmals Vorstellungen von einem Weg zur Überwindung der kapitalistischen Ausbeutung. Die Gewerkschaften waren auf das engste mit den Konsumgenossenschaften verbunden und förderten sie. Das war auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch so, als die Alliierten das von den Nazis gestohlene Eigentum der Konsumgenossenschaften (im Zusammenhang mit der Übernahme der Gewerkschaften 1933) zurückerstatteten. Es waren dies vor allem Grundstücke, aber auch Läden, Fabriken und Inventar, das den Krieg überstanden hatte.

Die führenden Vorstände und Aufsichtsräte in den Konsumgenossenschaften (und dann später der coop kamen aus den Gewerkschaftsvorständen. Das letzte gewerkschaftliche Vorstandsmitglied Otto (z.Zt. in Untersuchungshaft nach seiner freiwillig-unfreiwilligen Rückkehr aus Südafrika) stammte aus der engsten Umgebung von Oskar Vetter, dem langjährigen DGB-Vorsitzenden. In der Öffentlichkeit wurde der Niedergang der Konsumgenossenschaften, die schließlich den Banken überlassen wurden, breitgetreten – ein gefundenes Fressen gegen die organisierte ArbeiterInnenbewegung. Die Gewerkschaftsführungen schwiegen oder stammelten belanglose »Erklärungen«. Mittlerweile ist das Problem Konsumgenossenschaften bzw. coop nur noch ein banktechnisches Problem – jedenfalls für den DGB.

In einem Interview hat Ernst Breit gemeint: »... muß ich zum Thema coop sagen, daß dies ein ganzes Stück weiter von den Gewerkschaften entfernt ist« (gem.: als die Neue Heimat, d. Red.). Die Gewerkschaften hätten ihre Anteile verkauft, weil sie das Unternehmen für »lebensfähig in der Konkurrenz« hielten. Kurze Zeit später sei es durch die Banken in Form von Aktien »an

die Börse gegangen«. Was hier blauäugig erklärt wird, kann so nicht stimmen. Denn die Deutsche Genossenschaftsbank, die ursprünglich die coop-Aktien an die Börse bringen wollte, ist bekanntlich von dem Plan zurückgetreten, weil sie um die »Lebensfähigkeit« des Unternehmens wußte. Die Aufsichtsratsmitglieder, allesamt damals Gewerkschaftsvertreter (Lappas, Döding u.a.) müssen wohl auch davon gewußt haben.

Breit weiter: Was die Verantwortung für das Desaster angehe, könne man die Gewerkschaften nicht für alles verantwortlich machen, »was das Unternehmen coop, vor allem nach dem Verkauf der Gewerkschaftsanteile, betrieben habe... Es fällt sehr schwer zu begreifen, wo da die Verantwortung der Gewerkschaften für das Desaster liegen soll«. Welche Zukunft steht den Konsumgenossenschaften und anderen FDGB-Unternehmen in der DDR bevor, wenn die Gewerkschaftsvorstände der BRD darüber das Sagen bekommen?

Ausgerechnet einer von denen, dessen Gewerkschaft am tiefsten verwickelt ist in die schmutzigen Geschäfte mit der Gemeinwirtschaft, der Vorsitzende der NGG, Herrmann, urteilt über die DDR-Gewerkschaften: »Die einzelnen Gewerkschaften sind in einer desolaten Verfassung, müssen ganz von vorne anfangen.« Das sagt er nach der Affäre seines ehemaligen 1. Vorsitzenden Döding mit coop, deretwegen ihnen die Mitglieder weglaufen!

In einem Positionspapier der IGM wird von dem »fundamentalen Vertrauensverlust« gesprochen, den »die gewerkschaftliche Interessenvertretung in der DDR ereilt« habe. Selbst bis zum Hals im Bankrott bei NH, coop und Volksfürsorge, zeigen sie mit Fingern auf andere. In der DDR wollen sie demokratische Strukturen aufbauen, dabei hat ihnen das Landgericht in Stuttgart gerade erst bescheinigt, daß beispielsweise die ÖTV mit ihrer Satzung »elementare demokratische Spielregeln« verletzt... 16.4.90 ■

ren und – wie in dem zitierten IGM-Papier – daran erinnern, daß die DDR-Gewerkschaften auch weitreichende Errungenschaften mit einbringen können. Nur bleiben sie vereinzelt, sie organisieren sich nicht, um den Meinungsstreit – über die Einzelgewerkschaft hinaus – im DGB tatsächlich auszutragen. Die Richtung um Rappe wird deshalb im DGB den Ton angeben. Alle anderen, solche, die aus materieller Abhängigkeit ihre andere Meinung verschweigen, wie auch diejenigen, die als einzelne empört widersprechen, werden sich beugen und alles mitmachen – es sei denn, daß sie sich zur politischen Opposition gegen die verheerend wirkende Sozialpartnerschaft organisieren.

Ulf Fink, Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse und aus Proporzgründen vorgesehen für den Posten des Zweiten DGB-Vorsitzenden, sagte schon, wie die taktische Stoßrichtung des DGB in der nächsten Zeit aussehen werde: Er sei »vermüht« mitzuteilen, daß auch der Vorstand des DGB für den Entwurf »keine Sympathie« habe. Er warnte, daß »Investoren abgeschreckt« würden durch das »Machterhaltungsgesetz für den FDGB« (nach FR).

### Was hat der DGB gegen den FDGB?

Nicht mangelnde Demokratie im FDGB ist der Grund für die reservierte Haltung des DGB, es ist die Befürchtung, daß dieser sich der sozialpartnerschaftlichen Politik des DGB nicht so einfach anschließen wird. Vor allem die Tradition als auch politisch aktive Einheitsgewerkschaft und der Einfluß von sozialistisch und kommunistisch geprägten FunktionärInnen und Mitgliedern macht dem DGB Sorgen. Sie sollen angesichts von

zu erwartenden Auseinandersetzungen in der DDR möglichst ausgegrenzt werden. Wenn Breit vor der DDR-SPD die bundesdeutschen Gewerkschaften als Organisation anpreist, denen jede/r ArbeitnehmerIn unabhängig von ihrer/seiner Weltanschauung angehören könne, dabei aber nur ChristInnen, Konservative, Liberale und SozialdemokratInnen nennt, so wird deutlich, um was es geht.

Wie bisher schon in der BRD sollen auch in der DDR oder einem zukünftigen Gesamtdeutschland Kommunisten aus den Gewerkschaften so weit wie möglich herausgehalten werden. Dies könnte in der DDR vielleicht doch nicht so einfach wie in der BRD gelingen. Dementsprechend wird jetzt schon von seiten der DGB-Gewerkschaften vorgebaut. Mit der Förderung neuer »Initiativen«, dem Aufbau eigener Strukturen in der DDR oder der Fusion unter westlichem Vorzeichen bei gleichzeitiger bewußter Mißachtung des FDGB und seiner Rechtsgrundlagen sollen sozialpartnerschaftliche Einflüsse verstärkt und klassenbewußte geschwächt werden.

Die Bemühungen des DGB stoßen derzeit in der DDR auf eine gewisse Aufnahmebereitschaft. Angesichts der Korruptionsaffären im FDGB und der erwarteten Vereinigung unter kapitalistischem Vorzeichen richten sich viele Hoffnungen auch auf die bundesdeutschen Gewerkschaften. Sie sollen aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem Kapital den DDR-Beschäftigten bei der Verteidigung ihrer Interessen helfen. Gewünscht wird sowohl materielle als auch organisatorische Hilfe. Viele gerade erst jetzt in wichtige Positionen gerückte DDR-GewerkschafterInnen hoffen auf Unterstützung bei neuen Aufgaben wie der Führung von Tarifverhandlungen oder der Schaffung

von Betriebsräten. Betriebsverfassungsgesetze finden ebenso Absatz wie Tarifvertragswerke oder Schulungsleitfäden. Die große Verunsicherung bei vielen GewerkschafterInnen wie auch KollegInnen sowie Unkenntnis über die BRD-Gewerkschaften sorgen dafür, daß die hiesigen Gewerkschaften zur Zeit oft als eine Orientierungsmarke angesehen werden.

Während die Diskussionen auf ersten west/ost-gemeinsamen Treffen anfangs beherrscht waren von den Fragen der DDR-KollegInnen nach westlichen Erfahrungen mit Betriebsräten und Betriebsverfassungsgesetz, überwiegen jetzt Schilderungen DDR-betrieblicher Probleme und des Mangels an Widerstand dagegen. Kennzeichnend ist die Hoffnung auf die angenehmen Seiten des »Sozialstaates«, die sich darin ausdrückt, daß momentan die Mehrheit der DDR-Beschäftigten meint, es sich leisten zu können, die dortigen Gewerkschaften links liegen zu lassen. Die Weichenstellungen des betrieblichen Managements laufen meistens unkontrolliert – in dieser Situation will niemand hervortreten und dadurch seinen eigenen Rausschmiß befördern. Die aktiven GewerkschafterInnen finden demgemäß kaum Gehör in den Belegschaften, selbst wenn sie durch die Vergangenheit nicht belastet sind. Soweit seit November '89 Gewerkschaftswahlen stattgefunden haben, liegt die Beteiligung bei knapp 50 Prozent, vor der »Wende« ging man geschlossen hin. Vom DGB wird gefordert, er möge endlich etwas zum Lohnklaus und Arbeitsplätzeabbau sagen, wie er in der DDR geplant ist. Diese Erwartung ist aber schon gedämpft, und es wächst die Klarheit darüber, daß man wohl selbst aktiv werden muß.

Im Anfang des Jahres von DGB/Westberlin und FDGB gegründeten »Regionalausschuß für Berlin, Potsdam und Frankfurt/Oder« arbeiten DGB- und FDGB-FunktionärInnen einträchtig zusammen an der Abwehr von – gerade in Berlin zunehmender – Schwarzarbeit, DoppelverdienerInnen, Devisenschieberei und Lohndrückerei. Die Kooperation in diesem Berliner Ausschuß ist getragen vom Bewußtsein der Notwendigkeit gegenseitiger Unterstützung, zumal der Gegner bald ein gemeinsamer zu sein scheint. Man will verhindern, gegeneinander ausgespielt zu werden.

Die positiven Erfahrungen Westberliner und westdeutscher GewerkschafterInnen auf den untersten Ebenen gewerkschaftlicher Gremien bei der Zusammenarbeit mit DDR-KollegInnen stoßen irgendwann an die Grenzen, die auf höherer Ebene des DGB vorgegeben werden. Zuletzt machte dies Franz Steinkühler von der IG Metall am 7. April deutlich, als er sich in einem Interview mit der »Osnabrücker Zeitung« gegen eine Fusion mit dem FDGB aussprach. Und in Zwickau sagte er schon am 27. März vor Sachsenring-ArbeiterInnen: »Was wir einbringen können, weiß ich. Von der IG Metall der DDR sind es vor allem die Mitglieder, alles andere lohnt nicht« (Tribüne, 29.3.90).

Obwohl der FDGB zur Zeit nicht in der Lage ist, die Sozialpartnerschaft zwischen dem DGB und den westdeutschen Unternehmen zu erschüttern, ist auffallend, daß die hauptamtlichen FunktionärInnen alles unternehmen, um auch nur den Anschein von politischer Gemeinsamkeit mit dem FDGB zu vermeiden. Warum?

Trotz aller Beschwörungen der politischen Einheitsgewerkschaft, mit der die politischen Richtungsgewerkschaften der Weimarer Zeit (Christliche, Hirsch-Dunckersché etc.) überwunden wurden, hat der DGB-Apparat – in Zusammenarbeit mit Politik und Verfassungsschutz – seit den fünfziger Jahren alles unternommen, um klassenbewußte GewerkschafterInnen, vor allem, wenn sie sich zum Kommunismus bekannten, aus der Einheitsorganisation rauszusäubern. Ein mögliches Zusammengehen mit dem FDGB stellt die Gewerkschaftsführung erneut vor das Problem der politischen Säuberung ihrer Form der Einheitsorganisation.

Vorkämpfer und Protagonist im Kampf gegen die KommunistInnen in den Gewerkschaften ist der IG Chemie-Vorsitzende

## Notfalls Streik gegen Massenentlassungen in DDR

### Opel-Betriebsrat fordert gleichen Lohn in Rüsselsheim und Eisenach

WR-Nachrichtendienst  
Köln. Für gleiche Löhne in den Opel-Werken in der Bundesrepublik und der DDR hat sich der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats der Adam Opel AG in Rüsselsheim, Richard Heller, ausgesprochen. Im Deutschlandfunk wies Heller gestern darauf hin, daß Opel bei der Herstellung von Autos in den Wartburg-Werken in Eisenach die Produktivität auf das in der Bundesrepublik übliche Niveau heben werde. »Jeder, der dort unter diesen Bedingungen arbeitet, muß die gleiche Leistung bringen. Ich denke, daß



Richard Heller

er dann auch Anspruch auf den gleichen Lohn hat«, sagte Heller.

»Die IG Metall in der Bundesrepublik werde ihren DDR-Kollegen dabei helfen, daß sie eine schlagkräftige neue Gewerkschaftsorganisation aufbauen, die Ungleichheiten im Lohngefüge ausgleicht«. Den Kollegen in der DDR sei klar, daß es in den Automobilwerken Eisenach zu erheblichem Arbeitsplatzabbau komme, wenn dort Opel die Regie übernehme. Als Mittel gegen Massenentlassungen schloß er auch Streiks bei Opel in der Bundesrepublik nicht aus.

Opel und das Automobilwerk Eisenach hatten, am Sonntag auf der Leipziger Messe einen Vertrag zur Gründung des Joint Venture »Opel-AWE GmbH« unterzeichnet.

Rappe. In einem Interview mit der »Osnabrücker Zeitung« (7.1.90) erklärte er für die IG Chemie: »Wir haben saubere Beschlüsse, die eine klare Distanzierung von Kommunisten in der BRD festlegen ... daß für uns eine Zusammenarbeit mit Kommunisten in der DDR nicht in Frage kommt.« Was heißt das praktisch? »Wir werden den Vorsitzenden der DDR-Chemiegewerkschaft ganz offen fragen: »Seid ihr noch mit der SED verbunden, vielleicht sogar Mitglied der SED und damit immer noch kommunistisch in der Wolle gefärbt?« Lautet die Antwort ja, dann werden wir die Kontakte zur Führung der DDR-Chemiegewerkschaft abbrechen ... dann werden wir in großem Umfange Verträge und Partnerschaften mit Betriebsräten in den einzelnen Chemieunternehmen schließen ...«

Der Kampf gegen die KommunistInnen ist sein gemeinsamer Nenner mit den Chemie-Unternehmern, dafür opfert er jede Solidarität.<sup>1</sup> Rappe sagt deutlich, worum es geht, und andere, auch »Linke«, schwenken ein.

»Die Debatte über die Perversitäten des realen Sozialismus hätte schon viel früher öffentlich geführt werden müssen ... Diesen Schuh werden sich bei uns viele anziehen müssen. Der IG Chemie-Vorsitzende Rappe nicht, aber ich«, erklärte Detlef Hensche von der IG Medien, von vielen zum linken Flügel des DGB gezählt (nach FR). Hensche deutet damit an, daß er sich vom Kurs der früheren IG Drupa, die sich – trotz Rappe – um vorsichtige

1) Wer über innergewerkschaftliches Leben etwas erfahren will, muß schon seit langem zum »Spiegel« greifen. Zum Beispiel wird dort über den zurückgehenden Einfluß der IG Chemie in den westdeutschen Großbetrieben berichtet, zumindest soweit es sich an den Betriebsratswahlen ablesen läßt: Bei Hoechst/Frankfurt hat die Liste »Kollegen für eine durchschaubare BR-Arbeit« ihren Anteil in den letzten neun Jahren von 17 Prozent auf jetzt 27 Prozent steigern können (bei den Angestellten 18, bei den Arbeitern insges. 35, bei den Schichtarbeitern 60 Prozent). Von 43 BR-Mandaten halten die »Durchschaubaren« inzwischen 12, während die IG Chemie auf 18 zurückgegangen ist. Bei Bayer/Leverkusen hat die oppositionelle Liste ihre Mandate verdoppeln können: von 4 auf 8 (von 40 Plätzen). Bei Bayer/Wuppertal stimmte ein Drittel der Belegschaft für die oppositionelle Liste, bei Boehringer/Mannheim haben die aus der IG Chemie Ausgeschlossenen die Mehrheit im Betriebsrat. Aber nicht nur betriebliche KollegInnen, auch hauptamtliche wurden gefeuert, wenn sie zum vorausseilend-sozialpartnerschaftlichen Kurs der Rappe-Mannschaft eine andere Meinung hatten.

## Tarifverhandlungen – die DDR saß mit am Tisch

Die Lohnabhängigen der BRD haben von der Existenz der DDR profitiert, ganz gleich was sie von ihr hielten. Die Länder östlich der Elbe galten als Staaten, die Beispiel waren für Lohnarbeit ohne Kapital. Die BRD lag an ihrer Grenze und war so besonders dem Gegensatz der politischen Lager ausgesetzt. Daher mußten westdeutsche Unternehmer immer vorsichtiger und zurückhaltender gegenüber den ArbeiterInnen sein als ihre westlichen Klassenfreunde.

Nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg war die herrschende Klasse Deutschlands (und mit ihr die Unternehmer) am Boden zerstört. Sie war in der ganzen Welt – in der kapitalistischen sowohl wie in der sozialistischen – diskreditiert, weil sie den Aufstieg der Nazis und die Kriegsvorbereitungen finanziert hatte. Wie sollte sie aus diesem Tal herauskommen?

Sie ließen den von den westlichen Alliierten zugelassenen, überlebenden Gewerkschaftsführern, die 1933 vor den Nazis kampflös kapituliert hatten, bei den West-Alliierten den Vortritt als Fürsprecher für den Wiederaufbau der Betriebe. Die westlichen Besatzungsbehörden konnten und wollten mit den Vertretern eines »demokratischen« Deutschlands eher verhandeln als mit den nazistisch versippten Unternehmern. Die damaligen Gewerkschaftsführer glaubten wirklich, die alte Kapitalherrschaft und Unternehmerideologie sei ein für allemal passé, und setzten sich entsprechend ein. Die deutschen Unternehmer waren ihnen gegenüber auch entsprechend kooperativ.

Die westlichen Alliierten brauchten eine einheimische gesellschaftliche Kraft in ihren Besatzungszonen, die als Bastion gegen die SU und ihr Lager dienen konnte. Das war die Chance für die deutschen Unternehmer, die sie ergriffen, um sich den westlichen Siegermächten als »Partner« anzubieten. Ihre Stellung bei und zu den westlichen Besatzungsmächten besserte sich, je mehr die Alliierten diese Dienste in Anspruch nahmen. Die gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen waren für diese Zwecke zu unzuverlässig, solange die alten Klassenstrukturen nicht wieder hergestellt waren. Die deutschen Unternehmer ihrerseits hatten durch jahrzehntelange Erfahrungen gelernt, daß sie durch Kooperation mit den Gewerkschaftsfüh-

rungen in der Regel (vor allem während der Konjunktur) besser wegkamen als durch Konfrontation, Streiks und Polizeieinsatz.

Die Unternehmer brauchten ArbeiterInnen, die in der Vorstellung lebten: wenn es meinem Unternehmer gut geht, geht es mir auch gut. Um das zu erreichen und zu verhindern, daß sich in den Westzonen, der späteren BRD, ein Leerraum bildete, in dem revolutionäre Anschauungen hätten Fuß fassen können, machten sie den ArbeiterInnen Zugeständnisse in größerem Umfang als etwa die Unternehmer in anderen kapitalistischen Ländern. Die holten sie sich andererseits dadurch zurück, daß sie mit einer dem Klassenkampf und der internationalen Solidarität entsagenden Arbeiterklasse den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt besser bestehen konnten als ihre Konkurrenten. Auf diesem Wege wurden die westdeutschen Unternehmer schließlich zur führenden Wirtschaftsmacht in Europa.

Deshalb wurden in Westdeutschland ökonomische und wirtschaftliche Kampfmittel zurückhaltender eingesetzt als z.B. in England, Frankreich oder Italien – auch die Aussperrung. Die ökonomischen Zugeständnisse etwa in der Lohnpolitik konnten größer sein als im übrigen Westeuropa. Die Unternehmer agierten vorsichtig, um im eigenen Land keine Polarisierung aufkommen zu lassen. Denn das hätte die Frontstellung zur Elbe hin aushöhlen können. Eine Verbindung zu den ArbeiterInnen im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands durfte nicht einmal in der Idee entstehen. So saß die DDR bei Tarifverhandlungen als Dritter unsichtbar mit am Tisch.

Der Gegensatz von Arbeit und Kapital in Form eines staatlichen Gegensatzes wird höchstwahrscheinlich in nächster Zeit verschwinden, der Gegensatz von Arbeit und Kapital innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft bleibt bestehen. Er wird zunehmen – nicht nur auf Grund des unablässig zunehmenden Kampfes um den Weltmarkt, der das Kapital weltweit zur Senkung des Lebensniveaus der Lohnabhängigen zwingt, sondern auch weil eine grundsätzliche Bedrohung der kapitalistischen Staaten durch das sozialistische Lager kaum noch behauptet werden kann, deshalb diese Front als Ablenkungsmanöver von den inneren Klassenkämpfen nicht mehr viel taugt. 18.4.90 ■

Kontakte zur entsprechenden Organisation im FDGB bemühte, distanziert und daß es in den 70er und 80er Jahren besser gewesen wäre, sich an den Hetztiraden gegen die DDR von Rappe und anderen zu beteiligen.

In dem gleichen Maße, wie die Hauptamtlichen die neuen Probleme ideologisch aufgreifen, vernachlässigen sie die drängenden **konkreten** Probleme, die auf die Mitgliedschaft in Ost und West zukommen.

Die DDR-Presse ist der Konkurrenz aus der BRD nicht gewachsen, ihre Auflagen sinken. Die westdeutschen Presseunternehmer bedienen sich aggressiver und zum Teil illegaler und gesetzwidriger Verkaufsmethoden, um den DDR-Markt zu erobern. Westliche Zeitungsverlage und Rundfunkanstalten beliefern die Bevölkerung der DDR schon massenhaft mit dem jetzt Verlangten. Die einheimischen, sehr gut besetzten Redaktionen und Studios werden überflüssig, Druckaufträge fallen weg. Auf der Leipziger Buchmesse zeigte sich, daß auch und gerade Buchverlage mit guter DDR-Literatur sich nicht mehr gegen die westlichen Konkurrenten durchsetzen können, zumal sich diese skrupellos über Lizenzverträge hinwegsetzen. »Wir müssen lernen, daß es sich in Zukunft um Buchhandel, nicht ums Buch handeln soll«, so eine DDR-Kollegin auf einer IG-Medien-Veranstaltung in West-Berlin.

Die Auflagen westdeutscher Zeitungen der Großverlage Springer, Bauer, Gruner & Jahr u.a. sind drastisch erhöht wor-

den, was nur relativ geringe Mehrkosten verursacht. Der Westberliner »Tagesspiegel« hat seine Auflage z.B. von 132.000 auf 195.000 erhöht. Die Auflagenerhöhung geschieht durch Überstunden und z.T. mit befristeten Arbeitsverträgen in den westdeutschen Betrieben. Auf diese Weise werden Arbeitsplätze in der DDR vernichtet, während auf »unserer« Seite Überstunden gekloppt werden. Daß dabei gewerkschaftliche Solidarität schon im Ansatz zerstört wird, ist unvermeidlich. Das wird sich im Falle von Arbeitskämpfen um Lohn und Arbeitszeit auswirken. Die Unternehmer frohlocken. Aber Hensche, Rappe, Steinkühler, Breit, Wunder und die anderen wollen zuerst den FDGB knacken, indem sie den Finger in seine aktuellen Schwierigkeiten legen. Das ist ihr Heldenkampf gegen die SED/PDS-KollegInnen, die sie auf keinen Fall mit in einen erweiterten DGB übernehmen wollen.

### Die Aussichten

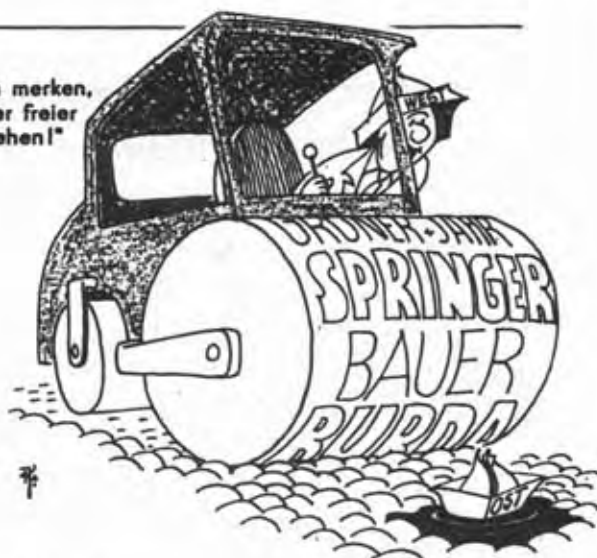
Den westdeutschen Unternehmern steht mit der Öffnung der DDR eine Reservearmee von bisher nie gekanntem Ausmaß zur Verfügung, dazu auf geringerem Lohnniveau. Das ist etwas, was sie so nahe und so qualifiziert nirgendwo auf der Welt finden. Sie können damit die durchschnittlichen Lohnkosten insgesamt – was sie schon lange wollen – drastisch senken, die Produktion steigern und so die Konkurrenzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt gegenüber den übrigen Konkurrenten verbessern. Halten die Gewerkschaften dagegen?

Die Grundlage der Tätigkeit der DGB-Gewerkschaften ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Kapital. Sie können deshalb ihren Einfluß auf die DDR nur ausdehnen, wenn das Kapital dort ebenfalls ihr Partner wird, sonst müßten sie dort gegen das Kapital, also vom Klassenstandpunkt aus auftreten. Es sind deshalb von den westdeutschen Gewerkschaften keine Antriebe und Unterstützung für Kämpfe zu erwarten, die der Wiedereinführung der Konkurrenzwirtschaft und ihren sozialen Folgen ernsthaften politischen Widerstand entgegenzusetzen. Diese Selbstbeschränkung schwächt obendrein die Gewerkschaften in der BRD, indem sie ein gegenseitiges Ausspielen von west- gegen ostdeutsche Arbeiter durch Tarifbruch, Arbeits- oder Betriebsverlagerungen, Streikbruch, flexibles Arbeitskräftereservoir ermöglichen. So wird zwar bereits von hiesigen FunktionärInnen die Solidarität der DDR-KollegInnen beschworen, die der IG Metall und der IG Medien bei der aktuellen Tarifrunde nicht durch Streikbrucharbeit in den Rücken fallen sollen, andererseits tut z.B. die IG Medien auch nichts gegen das Heißlaufen der Rotationen, womit die westdeutschen Unternehmer sich anschicken, die DDR-Zeitungen und Verlage ins Grab zu drücken. Der Untergang des Schwächeren ist für sie eben »normal«.

Es sind im gewerkschaftlichen und politischen Raum kaum Kräfte erkennbar, die sich der aggressiven Expansion des westdeutschen Kapitals entgegenstemmen. Wir befinden uns am Beginn zunehmender Klassenkämpfe, deren Fronten allerdings noch von nationalistischen und sozialpartnerschaftlichen Tönen verdeckt werden. Diesen Herausforderungen werden wir nur gewachsen sein, wenn diejenigen in der ArbeiterInnenenschaft an Einfluß gewinnen, die bereits heute – ausgehend vom Klassenstandpunkt – die verheerende Politik am Schwanz des Kapitals beenden wollen.

Das DDR-Gewerkschaftsgesetz brachte den Willen der aktiven KollegInnen in der DDR zum Ausdruck, dem Rückzug der dortigen Gewerkschaften Einhalt zu gebieten und soziale Errungenschaften gegen die Angriffe der Unternehmer aus der BRD und gegenüber denen, die mit ihnen gemeinsame Sache machen, zu verteidigen. Für die Unternehmer der BRD hat der BDI-Vorsitzende Stihl erklärt: Das Gesetz muß weg, weil es für das Kapital ein Hindernis ist.

„Wirst gleich merken,  
was wir unter freier  
Presse verstehen!“



Werden die DDR-GewerkschaftskollegInnen sich damit zufrieden geben, daß das Parlament das Gesetz beschlossen hat (was keine Garantie für dessen Umsetzung ist), oder werden sie diese wichtigen Rechte auch verteidigen? Eine Frage, die GewerkschafterInnen in der BRD ebenso angeht wie unsere KollegInnen in der DDR.

Auf dem Kongreß der DDR-IGM kam zum Ausdruck, daß die Mitglieder überwiegend ein gemeinsames Vorgehen mit der IGM der BRD suchten, über die Modalitäten wird noch debattiert. Das gleiche gilt auch für andere Gewerkschaften (HNG im Verhältnis zu HBV und NGG). Ob sich die FDGB-KollegInnen auch darüber im klaren sind, daß sie keine Solidarität von jenen erwarten können, die gemeinsam mit den Unternehmern oder hinter ihnen her aus der BRD in die DDR marschieren?

Über 7 Millionen Unterschriften wurden 1986 in der BRD für das gesetzliche Verbot der Aussperrung gesammelt und von Breit persönlich am Zaun des Blümschen Ministeriums in Bonn »niedergelegt«. Blüm lehnte es ab, Breit überhaupt reinzulassen. Mit dieser erniedrigenden Behandlung fand sich der DGB ab! Jetzt ist Gelegenheit gegeben, gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen in der DDR der Forderung nach einem Verbot der Aussperrung Taten folgen zu lassen!

18.4.90 ■

## GEW – Chronik eines Kolonialisierungsversuches

**Dezember '89:** Der Bundesvorsitzende der GEW, Dieter Wunder, veröffentlicht in den »Gewerkschaftlichen Monatsheften« einen Artikel unter der Überschrift »Der Zusammenbruch des 'realen Sozialismus' und das Selbstverständnis der Gewerkschaften«. Er fordert darin von den Gewerkschaften ein »neues Selbstverständnis«, das »frei von der lähmenden Hypothek des 'realen Sozialismus', ohne die Krücken des besseren Sozialismus« sein müsse. Vielmehr müsse man akzeptieren: »Es gibt nur die kapitalistische Gesellschaft mit ihren Stärken und Schwächen sowie die Kritik an ihr und gewisse Leitideen, in welcher Richtung sich eine kapitalistische Gesellschaft verändern sollte.« Zu diesen »Leitideen« zählt er die nicht eingelösten Forderungen der bürgerlichen französischen Revolution.

**Anfang Januar '90:** Rundreise einer vom Bundesvorstand zusammengestellten GEW-Delegation durch den Süden der DDR mit dem Ziel, Kontakt zu Lehrerinnen und Lehrern aus oppositionellen Gruppen aufzunehmen.

**Anfang Februar:** Rundreise der im Januar kontaktierten DDR-KollegInnen durch die BRD, um das bundesdeutsche Schulwesen kennenzulernen und die Kontakte zur GEW zu

vertiefen. Beschluß des Hauptausschusses der GEW in Anwesenheit der DDR-KollegInnen, eine »Gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft Bildung Erziehung und Wissenschaft« (GABEW) zu gründen als Zwischenschritt bis zur Gründung einer GEW-Ost.

**20. Februar:** Tagung des Hauptvorstandes in Frankfurt zusammen mit den Vorsitzenden der Landesverbände: Auf dem Tisch liegt eine Landkarte der DDR. Einzelne Gebiete sollen den Landesverbänden der GEW zwecks »Kolonialisierung« zugeteilt werden. Auf den Protest Hamburgs hin wird die »Gebietszuteilung« offiziell wieder fallengelassen, beschlossen wird die Errichtung eines GEW-Büros in Ost-Berlin. Einerseits

August Thalheimer

## Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie

Zu den Vorstellungen des ADGB (Naphtali) über die Umwandlung der kapitalistischen Ordnung · 1928  
Mit einem Nachwort zur Montan-Mitbestimmung 1981  
53 S., Broschur

3,- DM

wird erklärt, daß am 3./4. März in Ost-Berlin im Anschluß an einen Kongreß unabhängiger bildungsreformerischer Initiativen die oben erwähnte GABEW gegründet werden soll, und zwar unter Einbeziehung der DDR-Gewerkschaften des Bildungssektors (GUE und GW) – andererseits würde man GEW-Gründungen in der DDR begrüßen und unterstützen.

**Februar/März:** Die GEW-Berlin nimmt KollegInnen aus der DDR als ordentliche, der Landesverband Niedersachsen als assoziierte Mitglieder auf.

Delegiertenversammlungen in Hamburg und Bremen sprechen sich gegen die Kolonialisierungsversuche der GEW in der DDR aus. Sie betonen die Notwendigkeit der Zusammenarbeit auch mit der GUE.

**24./25. Februar:** Erneuerungskongreß der GUE in Ostberlin. Offizielle Einschätzung der GEW in der E & W (Zeitung des GEW-Vorstandes): Zwar werden gewisse Erneuerungstendenzen eingeräumt (z.B. die Wahl der Mehrheit der Delegierten von unten), aber andererseits wird sie wegen ihrer »stalinistisch-bürokratischen« Vergangenheit und ihrer engen Verbundenheit mit dem Staatsapparat als nicht reformierbar hingestellt. Behauptet wird, Tausende von DDR-LehrerInnen warteten auf die Gründung einer GEW-Ost.

**3./4. März:** Am Rande des Initiativkongresses in Ostberlin, der am 2. Tag nur noch 40 TeilnehmerInnen umfaßt, zeigen sich erhebliche Differenzen taktischer Art zwischen dem unmittelbaren DDR-Beauftragten von Dieter Wunder, Jochen Schweitzer, der seit Wochen auf der Suche nach einer potentiellen Mitgliedschaft für die zukünftige GEW-Ost die DDR durchstreift, und dem stellvertretenden Vorsitzenden der GEW.

Ersterer will den Kongreß der unabhängigen Initiativen nutzen, sofort eine GEW-Ost zu gründen, der zweite erkennt, daß die Initiativen allein dafür keine Grundlage bieten und daß die GUE keinesfalls zerfällt, sondern sich konsolidiert und die große Mehrzahl der Beschäftigten im Bildungsbereich nach wie vor an sich bindet – man also zunächst mit der GUE kooperieren muß, wenn man an die Mitglieder 'ran will. Er beharrt deshalb auf einer Zusammenarbeit mit GUE/GW unter dem Dach der GABEW.

Beide haben die Rechnung ohne die Initiativen gemacht: Es scheitert der Versuch einer GABEW-Gründung; zum einen wegen der Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit der GUE, zum anderen wegen des Widerstandes gegen die Vereinnahmungspolitik der GEW.

**12. März:** Sitzung des Hauptvorstandes mit den Landesvorsitzenden. Das Scheitern der GABEW-Gründung wird bedauert, dafür jetzt klarer Kurs auf die Gründung einer GEW-Ost. Es wird bekannt, daß sich unter Führung des Landesverbandes Bayern der Landesverband einer GEW-Thüringen bilden wird.

Beim Hauptvorstand in Frankfurt trifft ein offener Brief des neugewählten Vorsitzenden der GUE an die GEW ein. Inhalt:

Gesprächs- und Kooperationsangebote an die GEW, Einleitung eines öffentlichen, basisdemokratischen Diskussionsprozesses über gewerkschaftliche und bildungspolitische Fragen zwischen **gleichberechtigten** Partnern mit dem möglichen Ziel einer zukünftigen Vereinigung.

Weiter heißt es in deutlicher Kritik am Vorgehen der GEW: »Niemandem wird es bei uns gelingen, alte Strukturen, Denkweisen und Inhalte wieder zu beleben. Allerdings stehen wir GEW-Gründungen oder Angeboten, GEW-Mitglieder zu werden, sehr mißtrauisch gegenüber. Welchen Sinn soll dies haben? In der jetzigen Form führt dies zur Spaltung und Schwächung aller Kräfte.«

**23./24. März:** Der Hauptvorstand akzeptiert einen Gesprächstermin mit der GUE, um Möglichkeiten der Kooperation zu prüfen. Gleichzeitig wird das Ziel der GEW formuliert,



## Gründungsaufruf



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
**Landesverband Thüringen**  
die freie demokratische Lehrergewerkschaft

### Wen vertreten wir?

Lehrende, Erziehende und Studenten an allen  
pädagogischen Bildungsstätten



eine GEW-DDR-Gründung zu unterstützen, andererseits – um die Kritik in den eigenen Reihen und aus der GUE zu besänftigen – bekräftigt der Hauptvorstand den Grundsatz, daß die GEW der BRD nicht von sich aus Untergliederungen in der DDR gründen wird. Trotzdem sollen GEW-Informationsbüros in der DDR eingerichtet werden, die die Aufgabe haben, »den Aufbau einer GEW vorzubereiten«.

**26. März:** Gespräch einer Delegation des Hauptvorstandes mit Vertretern des Koordinierungsbüros der unabhängigen Initiativen – das Gespräch wird als »sachlich« und »zukunftsweisend« bezeichnet, obwohl die DDR-VertreterInnen ihre Eigenständigkeit betonen, besonders hinsichtlich ihrer bildungspolitischen Vorstellungen, die der »Runde Tisch« angenommen hatte. Die GEW-VertreterInnen halten die Vorstellungen einer eigenständigen Bildungspolitik für illusionär.

**27. März:** Gespräche mit VertreterInnen der GUE, »auf der man der Gegenseite nichts schenkt« und »das nicht ohne Schärfen verläuft«.

Streitpunkt ist das Vorgehen der GEW in der DDR. Die GEW-VertreterInnen versuchen ihr Vorgehen zu rechtfertigen, wobei deutlich wird, daß sie in die Defensive geraten, weil sie merken, daß sie an der GUE, die immer noch mehr als die doppelte Mitgliederzahl der GEW hat, nicht vorbeikommen.

Für Dieter Wunder stellt sich heute bereits die Frage, wie in dem Prozeß der Vereinigung »die GEW ihre Identität unbeschädigt erhalten kann«.

Die GEW-Führung fürchtet offensichtlich, daß durch die zu erwartenden Gewerkschaftskämpfe gegen den Sozialabbau und gegen die Zerschlagung des einheitlichen Bildungswesens in der DDR eine Politisierung in die GEW hereingetragen wird, die ihre eigene sozialpartnerschaftliche Rolle in Frage stellt.

**22. April:** Eine GEW-Berlin (Ost) wird gegründet...

Fortsetzung folgt!

10.4.1990 ■

Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen:

## »HBV für Deutschland«

»Unser gemeinsames Ziel ist eine Gewerkschaft HBV für Deutschland« lautet der Titel des »Presse-Dienst« vom 29.3.90. Die HBV liegt damit voll im Trend von DGB und Unternehmerverbänden, auch wenn es so eindeutige Stellungnahmen wie die von Rappe (IG Chemie) und Ernst Breit von ihr nicht gibt.

Am 31.1.90 veröffentlichte der HBV-Hauptvorstand ein Rundschreiben, in dem bekanntgegeben wurde, daß in Abstimmung mit der HNG der DDR (Handel, Nahrung und Genuß, knapp 1 Mio. Mitglieder) acht Beratungsbüros der HBV in der DDR eröffnet werden sollten.

Am 21.2.90 heißt es in einem Beschluß des Hauptvorstandes: *»Der Aufbau demokratischer, unabhängiger, starker und durchsetzungsfähiger Gewerkschaften in einem vereinten Deutschland ist daher unverzichtbar... Dabei arbeitet die Gewerkschaft HBV – soweit möglich – mit der DDR-Gewerkschaft Handel, Nahrung und Genuß (HNG) und der für Banken und Versicherungen bisher zuständigen Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft (MSK) zusammen; daneben steht die Gewerkschaft HBV ebenso für Information und Beratung anderer gewerkschaftlicher Initiativen zur Verfügung.«*

Offensichtlich war man sich Ende Februar noch nicht sicher, ob die HNG sich so einfach aufspalten und schlucken lassen würde, so daß sich die HBV mit diesem Beschluß die Option auf die Bildung einer eigenen Gewerkschaft in der DDR offen lassen wollte. Erst am 24. März wurde der Gewerkschaftsausschuß, das höchste ehrenamtliche Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen, zu diesem Thema konsultiert. Der GA bestätigte die bisherigen Aktivitäten des Hauptvorstandes.

Mittlerweile haben die Vorstände der zuständigen DDR-Gewerkschaften der Aufspaltung ihrer Gewerkschaft entsprechend der Zuständigkeiten der drei West-Gewerkschaften HBV, NÖG und ÖTV zugestimmt.

Unmut unter den Mitgliedern gibt es in der HBV über die undemokratische Art und Weise der Beschlußfassung und der Durchführung der Beschlüsse, über die Selbstverständlichkeit, mit der auf den Zug der Wiedervereinigung aufgesprungen wird und über das Fehlen jeder inhaltlichen Auseinandersetzung über die Frage, was eigentlich die Inhalte sind, die von der HBV bei einer Vereinigung mit der DDR-Gewerkschaft eingebracht werden.

Suggeriert wird den HBV-Mitgliedern, daß in der DDR rechtlose Zustände herrschen, daß also *»neue Sicherungen bei Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit aufgebaut werden«* müssen und daß *»tarifvertragliche Absicherung der Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben«* erforderlich sei. Kein Wort den Mitgliedern gegenüber, daß die Streiks und Auseinandersetzungen der letzten Monate in den Betrieben der DDR nach geltendem BRD-Recht größtenteils nicht möglich gewesen wären.

Kein Wort den Mitgliedern gegenüber von den gültigen Gesetzen in der DDR, dem AGB (Arbeitsgesetzbuch), dem Gewerkschaftsgesetz, den Betriebskollektivverträgen, die den Werktätigen in der DDR und ihren Gewerkschaften viel weitergehende Rechte zuschreiben als die BRD-Gesetze.

Beispiele für diese Schutzbestimmungen:

- In § 54 AGB der DDR ist der Kündigungsschutz geregelt. Eine Kündigung ist nur möglich, wenn dem/der Werktätigen ein zumutbarer Änderungsvertrag für denselben Betrieb oder ein Überleitungsvertrag für einen anderen Betrieb angeboten wird. Geschützt sind diese Bestimmungen durch das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und der zusätzlichen Möglichkeit der Individualklage.
- Nach § 185 AGB haben Frauen mit eigenem Haushalt Anspruch auf einen bezahlten Hausarbeitstag pro Monat.
- Nach § 186 AGB sind Beschäftigte bei Krankheit der Kinder zeitlich begrenzt freizustellen: bei einem Kind vier Wochen pro Jahr, bei zwei Kindern sechs Wochen und bei drei Kindern acht Wochen.

In Hamburg wurde am 3. April eine Funktionärsversammlung, die als Informationsveranstaltung über die HBV-Aktivitäten in der DDR mit abschließender Zustimmungserklärung der Anwesenden geplant war, zu einem Flopp für den Vorstand. Nachdem von der Versammlung durchgesetzt war, daß keine langen Redebeiträge gehalten werden, sondern nach der Rede einer anwesenden HNG-Vertreterin sofort diskutiert werden konnte, gab es drei Stunden lang nur kritische Beiträge, unterbrochen von Rechtfertigungen von Vorstandsmitgliedern und Hauptamtlichen. Gefordert wurde eine außerordentliche Delegiertenversammlung zu dem Thema.

Die Mehrheit der westdeutschen HBV-Kolleg/inn/en wird allerdings der Politik der Ausdehnung des sozialpartnerschaftlichen Modells keinen großen Widerstand entgegenbringen. Aussagen wie *»Wenn wir nicht schnell machen, ist die DAG vor uns dort«*, *»Die HNG hat uns um Hilfe gebeten«*, *»Die Sachzwänge verlangen diese Eile«*, sollen die Diskussion verhindern und fallen auf fruchtbaren Boden, weil eine große Unkenntnis herrscht in Bezug auf die Verhältnisse in DDR-Betrieben und die Sozialpartnerschaft nicht in Frage gestellt wird. Die *»Schreckensmeldung«*, daß es HNG-Geschäftsstellen gibt, die keine Fotokopierer haben, stößt auf größte Betroffenheit und weckt den Wunsch *»zu helfen«*. Als wenn es vor dem Zeitalter des Fotokopierers keine Arbeiter/innen- und Gewerkschaftsbewegung gegeben hätte.

Von den Vorständen wird zur Zeit sehr genau beobachtet, wer sich gegen die offizielle Gewerkschaftspolitik äußert, insbesondere haben sie ein Auge auf DKP-Genoss/inn/en, die sich nicht im Zuge der *»Erneuerung«* von der Forderung nach Eigenstaatlichkeit der DDR und damit der Verstaatlichung der Produktionsmittel abgewandt haben. Die HBV-Vorstände versuchen, unbequeme Kräfte zu treffen, und hoffen, dabei leichtes Spiel zu haben, indem sie die Linie von der DKP zum Stasi ziehen.

Treffen wollen sie alle Linken und jede eigenständige Bewegung gegen die herrschende Politik. Es gibt Gerüchte, daß entsprechende Überprüfungen in Düsseldorf beim Hauptvorstand der HBV stattfinden, Berührungängste mit dem Verfassungsschutz haben bundesdeutsche Gewerkschaften ja noch nie gehabt.

In den weiteren Auseinandersetzungen wird es wichtig sein, zusammen mit den Kolleg/inn/en aus der DDR die Aufgaben der Gewerkschaften zu diskutieren und das nicht den Vorständen zu überlassen.

10.4.1990 ■

A. Enderle, H. Schreiner, J. Walcher, E. Weckerle

## Das rote Gewerkschaftsbuch

**Vollständiger Nachdruck der Broschüre »Das rote Gewerkschaftsbuch« aus dem Jahre 1932. 192 Seiten, Inhaltsverzeichnis, Einleitung und ein Vorwort zur Neuherausgabe. Klebebindung, Format 14,5 x 21,0 cm, Preis 6,- DM.**

GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG  
DES STUDIUMS DER ARBEITERBEWEGUNG e.V.  
Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15



*Für Festlegung von Personalschlüssel und Gruppengröße in einem Tarifvertrag:*

## **10 Wochen Streik der Westberliner ErzieherInnen**

Am 28. März wurde der Streik an den Westberliner Kindertagesstätten vorläufig ausgesetzt. Die Bedeutung dieses Tarifkampfes steht im krassen Gegensatz zur Resonanz, die er in den Medien und der Öffentlichkeit fand und zum geringen Interesse, das er bei Kollegen in anderen Branchen und Gewerkschaften hervorrief. Die meist kurzen Berichte über den Verlauf des Streiks wurden in der Berliner Presse auf die Lokalseiten verbannt. Dabei unterschied sich dieser Arbeitskampf in vielen Punkten von dem bisher üblichen Tarifpoker der „Sozialpartner“:

- Mit 10 Wochen war er der längste Streik, der nach dem Krieg in West-Berlin stattfand und einer der längsten Tarifaufeinandersetzungen in der BRD (nach dem Streik der Metalller in Schleswig-Holstein mit 16 Wochen).
- Beteiligt an dieser Tarifaufeinandersetzung waren zu über 90% Frauen, die ihren Streik bis zum vorläufigen Ende mit großer Geschlossenheit durchführten.
- Die Tarifverhandlungen endeten nicht mit dem üblichen Kompromiß zwischen den »Tarifpartnern«, den die Gewerkschaftsführungen in der Vergangenheit als Erfolg oder zumindest akzeptablen Abschluß ihren Mitgliedern und der Öffentlichkeit darstellen und verkaufen konnten. Der Streik wurde ohne Unterzeichnung eines Abkommens vorläufig ausgesetzt. Sein Verlauf und Ergebnis ließen die Interessen der Herrschenden und die tatsächlichen Kräfteverhältnisse in der Gesell-

schaft offen zu Tage treten. Der Streik wirft grundsätzliche Fragen für die gewerkschaftliche Politik auf.

Wir wollen im folgenden Artikel versuchen auf diese Fragen einzugehen, und berichten über Ursachen, Verlauf und Ergebnis des Streiks. In vielen Städten der Bundesrepublik brechen in den Kindertagesstätten ebenfalls Konflikte auf (siehe Bericht in dieser Ausgabe), in anderen Branchen stehen Kolleginnen und Kollegen vor ähnlichen Auseinandersetzungen. Aus den Erfahrungen der Westberliner ErzieherInnen können sie Lehren ziehen.

### **Die Vorgeschichte des Streiks, die Arbeitsbedingungen an den Kitas**

Im Dezember 1980 kam es an den Westberliner Kindertagesstätten zu Protesten und spontanen Arbeitsniederlegungen. Ausgelöst wurden sie durch den Plan der damaligen Innensenatorin Ilse Reichelt (SPD), die Gruppen in den öffentlichen Einrichtungen zu vergrößern. Als Folge einer Senkung der Kita-Gebühren kam es zu einem Ansturm von Kindern, den der Senat so auf den Rücken der ErzieherInnen abwälzen wollte. Die betroffenen Gewerkschaften (ÖTV und GEW) konnten und wollten in den Arbeitskampf nicht eingreifen, da es sich nicht um einen Tarifkonflikt handelte und sie somit an die Friedenspflicht gebunden waren. ÖTV und GEW versprachen den



ErzieherInnen, Vorschläge zur Tarifierung der erhobenen Forderungen zu machen.

In den nächsten acht Jahren geschah in dieser Richtung nichts, die Arbeitsbedingungen an den Kitas verschlechterten sich weiter. Der hohe Bedarf an Kita-Plätzen konnte nie ausreichend gedeckt werden, der Kampf um die freien Plätze und lange Wartezeiten bestimmten den Alltag vieler Eltern. In den Westberliner Kindergärten werden fast nur noch Kinder mit Dringlichkeitsstufe 1 aufgenommen, d.h. die Eltern sind beide darauf angewiesen, arbeiten zu gehen, oder sind alleinstehend. 36% der in den Kitas betreuten Kinder leben bei einem alleinerziehenden Elternteil. Die Öffnungszeiten in den Einrichtungen (6.00 bis 18.00 Uhr) tragen dieser Situation Rechnung. Hinzu kommt in manchen Bezirken ein hoher Anteil ausländischer Kinder. West-Berlin weist im Verhältnis zu Städten und Ballungsgebieten in der Bundesrepublik einen besonders hohen Prozentsatz von Sozialhilfeempfängern auf, darunter viele alleinstehende Mütter. Sie sind auf dem Arbeitsmarkt von vornherein benachteiligt und ohne Betreuungsmöglichkeit für ihre Kinder chancenlos. Die kinderfeindliche Großstadt Berlin, soziale Benachteiligung und Verelendung schlagen sich im Verhalten der Kinder nieder. In der normalen Alltagshektik bleibt den ErzieherInnen kaum Zeit, pädagogisch sinnvolle Angebote zu machen, mit den Gruppen außerhalb der Kitas etwas zu unternehmen, geschweige denn individuell auf einzelne Kinder einzugehen. Der Personalschlüssel ist einfach zu eng, was sich besonders verheerend auswirkt, wenn Kolleginnen ihren Urlaub nehmen oder krank sind. Dann müssen einzelne ErzieherInnen zwei Gruppen betreuen. Verwahren statt betreuen ist oft der triste Alltag für Kinder und ErzieherInnen.

Der Widerspruch zwischen dem in der Öffentlichkeit gemalten Bild, den Erwartungen und pädagogischen Ansprüchen junger Leute, die sich für diesen Beruf entscheiden, und der Wirklichkeit des Alltages ist riesengroß. Als typischer Frauen-

beruf ist die Bezahlung im Verhältnis zu den Anforderungen des Arbeitsalltages mies. Das humanitäre Image (betreuen und helfen statt Geld verdienen) prägt das Berufsbild und die Erwartungen der Öffentlichkeit, ähnlich wie beim Kranken- und Pflegepersonal. Die Erzieher-Fachschulen in Berlin finden immer weniger Nachwuchs, nachdem noch die Ausbildungszeit von 3 und 4 auf 4 und 5 Jahre erhöht wurde. Einsparungen der öffentlichen Hand im sozialen Bereich, z.B. an Krankenhäusern, bei Sozial- und Arbeitsämtern, d.h. die zunehmenden Probleme in der Gesellschaft, werden automatisch auf dem Rücken der im sozialen Bereich Arbeitenden abgewälzt.

### Die Mobilisierung zum Arbeitskampf, die Position des Senats

1986 wird auf dem GEW-Gewerkschaftstag beschlossen, einen Tarifvertragsentwurf für die Kindertagesstätten zu erarbeiten. 1988 legen die ÖTV und GEW dem damaligen CDU/FDP-Senat einen Zusatztarifvertrag für die Personalbemessung und die Fort- und Weiterbildung vor. Der seit 1976 gültige Personalschlüssel von 1,46 ErzieherInnen pro Kindergruppe soll auf zwei erhöht, die Gruppengrößen festgeschrieben und die Weiterbildung als Arbeitszeit anerkannt werden. Die Bezahlung ist nicht Gegenstand des Forderungskataloges.

Die Abgeordnetenhaus-Wahl im Januar 1989 weckt die Hoffnung auf ein stärkeres Entgegenkommen des neuen SPD/AL-Senats. Diese Hoffnungen der Gewerkschaftsvorstände, aber auch vieler ErzieherInnen, werden bitter enttäuscht. Bis zum 8.2.90 (dritte Streikwoche) weigerte sich der Innensenator Erich Pätzold (SPD) vehement, überhaupt unter dem Titel Tarifverhandlung mit den Gewerkschaftsvertretern zusammenzukommen. Folgende Argumente wurden vertreten:

- Der Zusatztarifvertrag über die Personalschlüsselfestlegung bedeute eine »Beeinträchtigung des Budget- und Kontrollrechts« des Abgeordnetenhauses.

## »Wut und Enttäuschung sind sehr groß...«

Gespräch mit einer ÖTV-Kollegin, die auch Mitglied der Tarifkommission ist.

**AZ:** Der Streik in den Kitas wird nach über 10 Wochen ohne Ergebnis ausgesetzt. Wie beurteilst Du die Lage?

**Kollegin:** *Wut und Enttäuschung, daß von den Streikzielen nichts erreicht wurde, sind sehr groß. Im Augenblick tritt die Tatsache in den Hintergrund, daß dieser erste Streik im sozialen Betreuungsbereich schon deswegen ein Erfolg ist, weil er überhaupt stattgefunden hat.*

**AZ:** Warum wurde der Streik ausgesetzt?

**Kollegin:** *Es war keine Perspektive mehr zu sehen, daß durch die fortdauernde Länge des Streiks noch etwas entschieden werden kann. Entscheidend für den Erfolg war nicht der wirtschaftliche Druck, weder für den Senat noch für die Gewerkschaften, sondern die politische Situation. Der Senat hat von Anfang an erklärt, die Situation der nichtbetreuten Kinder ist ihm egal. Er setzte auf Spaltung zwischen Eltern und ErzieherInnen. Diese Spaltung hat mit zunehmender Streikdauer funktioniert. Es war nicht abzusehen, wie der politische Druck auf den Senat, speziell auf die SPD noch hätte erhöht werden können. Das lag auch insbesondere daran, daß die AL, immer wenn es darauf ankam, einen Rückzieher gemacht hat.*

**AZ:** Welche Rolle haben die Gewerkschaften dabei gespielt, daß der Streik kein Erfolg wurde?

**Kollegin:** *Ich glaube, der Streik stieß bei den Männerbereichen der ÖTV auf Unverständnis, weil es ein Frauenstreik war und der Beruf nicht ernst genommen wird. In den anderen Einzelgewerkschaften*

*herrschte die Auffassung vor, daß man diesen Senat lieber nicht in Schwierigkeiten bringen will. Verhängnisvoll hat sich die auch von uns begrüßte Aktivität vieler Betriebsräte ausgewirkt, in den Betrieben eine Notbetreuung zu organisieren.*

**AZ:** Wie sah die Solidarität außerhalb der Gewerkschaften aus?

**Kollegin:** *Ich habe das Gefühl, daß außer uns selbst und der GEW und der ÖTV niemand den Streik so recht ernst genommen hat. Das macht sich einerseits an der fehlenden und verfälschenden Berichterstattung in den Medien deutlich, andererseits auch darin, daß selbst die Frauenbewegung neun Wochen lang gar keine und in der zehnten Woche lediglich papierne Solidarität gezeigt hat.*

**AZ:** Was hat der Mißerfolg für eine Bedeutung für die weitere Auseinandersetzung?

**Kollegin:** *Die Chance ist verpaßt worden, mit diesem Streik nicht nur bildungspolitische, sondern auch gesellschafts-, frauen- und gewerkschaftspolitische Ziele voranzubringen.*

**AZ:** Wie kann es jetzt weitergehen?

**Kollegin:** *Der Streik ist ja nur ausgesetzt und nicht beendet. Das heißt, wir könnten ihn eigentlich mit einem einfachen Beschluß der Tarifkommission wieder aufnehmen, wenn es uns gelingt, erstens, den anderen Gewerkschaften im DGB die Bedeutung eines Tarifvertrages, der Arbeitsbedingungen regelt, klar zu machen; zweitens, die gesellschaftliche Bedeutung von öffentlicher Erziehung breiter als bisher in die öffentliche Diskussion zu bringen, und drittens: Wenn die frauenpolitische Seite dieser Auseinandersetzung stärker erkannt wird und die entsprechenden Gruppen auch zu praktischer Solidarität veranlaßt. Dann können wir uns vielleicht in einem zweiten Anlauf durchsetzen.*

**AZ:** Wir werden versuchen, Euch dabei zu unterstützen. ■

aus: AZ, Antifaschistische Zeitung, Berlin

● Die Tarifierung sei durch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) unter Leitung der niedersächsischen Finanzministerin Birgit Breuel untersagt worden. Eine Kündigung der Solidarität mit Berlin sei zu befürchten. In einem Brief an Pätzold legt sie die Ablehnungsgründe dar: »Mit demselben Recht, mit dem eine Personalbemessung für Kindertagesstätten gefordert wird, könnte dann auch ein Tarifvertrag über die Anhaltzahlen im Krankenhaus oder ein Personalschlüssel in der Steuerverwaltung verlangt werden.«

Hier liegt offenbar der Knackpunkt. Die Folgekosten sind nicht kalkulierbar. Was von den Gewerkschaften als normale Tarifrunde angesehen und begonnen wurde, war für die öffentlichen Arbeitgeber, damit auch für die SPD-Mitglieder des Westberliner Senats, eine Grundsatzfrage. Den Gewerkschaften soll kein Einfluß, der tariflich einklagbar ist, auf Stellen- und Besetzungspläne eingeräumt werden.

Statt Tarifverhandlungen aufzunehmen, bot der Senat am 16.1.90 die Schaffung von 248 neuen Stellen ab 1991 an. Diese Personalaufstockung wirkt wegen der Arbeitszeitverkürzung im Öffentlichen Dienst nicht mehr entlastend; sie kann zudem durch Beschluß des Senats jederzeit wieder zurückgenommen werden.

Am 13. und 17. November 1989 kommt es zu ersten Warnstreiks an 286 von insgesamt 396 öffentlichen Kitas. Am 27. November beteiligen sich ErzieherInnen an 313 Kitas an Warnstreikaktionen. Die hohe Bereitschaft zum Arbeitskampf, die darin zum Ausdruck kommt, wird in der Urabstimmung eindrucksvoll bestätigt. Vom 5. bis 7. Dezember 1989 stimmen über 90% der Gewerkschaftsmitglieder für Arbeitskampfmaßnahmen. Der Beginn der Tarifverhandlungen und die Aktionen an

den Kindertagesstätten hatten zu einer Beitrittswelle in die Gewerkschaften geführt. Darin drückt sich nicht nur Vorsorge für den Arbeitskampf (Sicherung von Streikunterstützung) aus, sondern auch Anerkennung für die Bereitschaft der Gewerkschaften, sich der Belange und Forderungen der ErzieherInnen anzunehmen. Ca. 3300 Beschäftigte sind in der ÖTV, 1700 in der GEW organisiert (öffentliche und private Kitas).

### Die Situation von ErzieherInnen im Streik

Die Bedingungen, unter denen die Beschäftigten an den Kindertagesstätten einen Arbeitskampf führen müssen, unterscheiden sich beträchtlich von Voraussetzungen, wie sie in der Industrie oder anderen Bereichen des Öffentlichen Dienstes (Post und Verkehr z.B.) gegeben sind:

● Die ErzieherInnen können weder den Arbeitgeber direkt noch die Unternehmer indirekt treffen. Sie besitzen kein ökonomisches Druckmittel.

● Die Zahl der Beschäftigten an den einzelnen Einrichtungen ist sehr gering. 4800 ErzieherInnen an 371 Kitas beteiligten sich am Streik, im Durchschnitt 13 pro Kindertagesstätte. Die KollegInnen konnten sich nicht auf den gewerkschaftlichen Apparat allein verlassen, der ansonsten in Betrieben und Verwaltungen über Vertrauensleute, gewerkschaftlich organisierte Betriebsräte und Streikleitungen die Organisation eines Arbeitskampfes übernimmt. Vieles, von der Einteilung der Streikposten, der Beteiligung an Demonstrationen und Aktionen bis zur Öffentlichkeitsarbeit, mußte von den ErzieherInnen an den einzelnen Kitas gemeinsam besprochen, geplant und durchgeführt werden. Das hat ihr Verhältnis zu den gewerkschaftlichen Instan-

zen geprägt, die Selbständigkeit und das Selbstvertrauen gestärkt.

● Betroffene eines Streiks sind zunächst Kinder und Eltern. Die streikenden KollegInnen waren mit den Eltern direkt konfrontiert und mußten bei ihnen um Verständnis für ihre Situation und den Streik werben. Die Eltern standen von vornherein in einem Widerspruch. Einerseits waren sie gezwungen, die Unterbringung ihrer Kinder zu organisieren, hatten Angst vor Ärger im Betrieb oder dem Verlust ihres Arbeitsplatzes, falls sie zu Hause bleiben mußten, andererseits kannten sie die Zustände in den Kindertagesstätten und unterstützten die Ziele des Streiks. Das lag ja auch im Interesse ihrer Kinder.

### Der Verlauf des Streiks, die Taktik der Gewerkschaften

Am 11.12.89 wurden die Streikmaßnahmen in 48 Kitas begonnen, bis zum 15.12. befanden sich bereits über 351 Kitas im Ausstand. Der Senat lehnte die Aufnahme von Tarifverhandlungen generell ab, er war nicht einmal bereit, über einen Notdienst mit den Gewerkschaften zu verhandeln, um vom Streik besonders hart betroffene Eltern und Mütter zu entlasten. Von Anfang an setzte er offensichtlich darauf, mit Hilfe des Druckes von Kindern und Eltern die aufmüpfigen ErzieherInnen an den Arbeitsplatz zurückzuzwingen. Die Arbeitskampfmaßnahmen stießen auf Sympathie, aber meist nur passive Unterstützung (Solidaritätserklärungen, Aufforderungen an den Senat) bei der Mehrheit der Eltern. Vor Weihnachten setzten die Gewerkschaften den Streik im Interesse der Kinder aus, er wird am 15. Januar 1990 in 336 Einrichtungen wieder aufgenommen. Bis zum 15.2. werden 371 Kitas (über 93%) bestreikt.

Von vornherein beschränkten die Gewerkschaften den Streik auf die öffentlichen Kindertagesstätten, da die freien Träger (Kirche, Arbeiterwohlfahrt, Elterninitiativkitas) nicht Verhandlungs- und Tarifgegner in der Auseinandersetzung sind. Außerdem wolle man nicht den Befürchtungen des Senats, der Tarifvertrag für die Kitas sei ein Einstieg auch für andere Bereiche des Öffentlichen Dienstes, zusätzliche Argu-

---

## Arbeiterpolitik

---

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Seit 1948, seit mehr als 40 Jahren also, erscheinen die politischen Stellungnahmen der Gruppe Arbeiterpolitik, bis 1959 als Zeitung »Arbeiterpolitik«, nach einer kurzen Unterbrechung ab 1960 wieder als »Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik«.

Vom Standpunkt des internationalen proletarischen Klassenkampfes wird Stellung genommen zu wichtigen politischen Problemen. Dazu Arbeiterkorrespondenzen: Berichte von Kolleg/inn/en und Genoss/inn/en aus Betrieben, Gewerkschaften und Initiativen.

Vier- bis sechsmal erscheinen die »Informationsbriefe« im Jahr. Ein Jahresabonnement von zur Zeit DM 20,- schließt Informationsmaterial, Flugblätter und Sonderdrucke ein.

Des weiteren vertreibt die GFSA eine Reihe Nachdrucke, teilweise kommentiert, von immer noch wichtigen und woanders nicht erhältlichen Texten aus der kommunistischen Bewegung.

GESELLSCHAFT  
ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS DER  
ARBEITERBEWEGUNG e.V.  
Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15

---

## AWO-Kitas fordern mehr Mitarbeiter

Senat soll Finanzunterstützung leisten / Kein pädagogisches Arbeiten möglich

»Wir fühlen uns zwar solidarisch mit den streikenden Mitarbeitern in den Berliner Kindertagesstätten, müssen jedoch feststellen, daß wir in unseren zehn deutsch-ausländischen Kitas noch nicht einmal die personellen Voraussetzungen der städtischen Kitas haben«, erklärte gestern Horst Renner vom Landesvorstand der Arbeiterwohlfahrt (AWO) bei einer Pressekonferenz. »Wir fordern von der Senatsverwaltung daher einen sozial- strukturellen Zuschlag, wie ihn auch die städtischen Kitas in gleicher Größe erhalten, um zusätzliche Mitarbeiter einstellen zu können.«

(...) »In den Kitas am Askanerring haben wir zum Beispiel einen Personalschlüssel von 2,98 Erziehern plus Leiterin für 30 Kinder«, berichtete Kita-Leiterin Mueser Kavassoglou. »Momentan ist eine Kollegin krank, eine andere befindet sich noch in der Ausbildung und nimmt an einem Blockseminar teil.« Sie habe keine Ahnung, wie sie in der nächsten Woche die Kinder betreuen solle. Sinnvolles pädagogisches Arbeiten, das doch gerade in den deutsch-ausländischen Kitas so wichtig sei, wäre nicht mehr möglich. Sie fühle sich eher wie in einer »Kinder- aufbewahrungsanstalt«.

Ihren Protest gegen die unhaltbaren Zustände in den zehn betroffenen Kitas wollten am 25.1. die MitarbeiterInnen gemeinsam mit den Kindern und Eltern auch auf der Pressekonferenz deutlich machen. Die Geschäftsleitung der AWO fühlte sich aber anscheinend gestört von diesem überraschenden »Besuch« und blockte ab. nach: Volksblatt, 26.1.90

---

mente liefern. Das könnte den Standpunkt der Arbeitgeber nur verhärten, so sinngemäß die Argumentation der ÖTV.

Am 8.2.90, nach drei Wochen Streik, reagierte der Senator für Inneres und machte Bedingungen für die Verhandlungen klar, um die »unterschiedlichen Positionen in der Auseinandersetzung um die Berliner Tagesstätten«, überbrücken zu können. Er machte zur Voraussetzung, daß die Bedingungen in den Kitas Berlins in »Übereinstimmung aller Gesprächsteilnehmer« nicht mit anderen »Bereichen der Berliner Verwaltung noch zu Kindertagesstätten und anderen Verwaltungsbereichen im übrigen Bundesgebiet irgendwelche Vergleiche« zulassen. Er setzte bei den Verhandlungen voraus, daß beide Seiten darin übereinstimmen, daß mit dem Abschluß eines Vertrages weder eine »Präjudizierung auf andere Verwaltungsbereiche« noch eine »Beeinträchtigung des Budget- und Kontrollrechts des Abgeordnetenhauses wie der Organisationsgewalt des Senats« einhergehe.

Die Tarifierung des Personalschlüssels lehnt er weiterhin ab. Auf dieser Grundlage war die Aufnahme von Verhandlungen nicht möglich, die Stimmung unter den Streikenden eindeutig: ohne Tarifvertrag über den Personalschlüssel kein Ende des Streiks. Kompromißsignale der ÖTV werden mißtrauisch betrachtet. Zugleich wächst unter den ErzieherInnen die Einsicht, daß ohne eine Ausweitung ihrer vielfältigen Aktionen und des Streiks ein Durchbruch nicht möglich ist. Sie erwarten von ihren Gewerkschaften, daß sie die Kraft solcher großer Organisationen in die Waagschale werfen. Warum kann die mitgliederstarke ÖTV nicht Mannschaften bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) oder der Stadtreinigung (BSR) in Bewegung setzen?

### Die Schwierigkeiten mit der praktischen Solidarität

Diese Entwicklung wollten ÖTV und GEW nicht. Insbesondere die ÖTV ist als Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes traditionell eng mit der SPD und ihrer Stadt- und Verwaltungspolitik verbunden. Diese Verwicklung ist nicht auf die Führung

begrenzt, sie prägt das Verständnis der Gewerkschafts- und Personalratspolitik auch unter den Beschäftigten in den Bereichen wie BVG, BSR, Verwaltung. Bereiche wie das Kranken- und Pflegepersonal, wo die Beschäftigten in der Vergangenheit in Bewegung gerieten, spielen eine eher untergeordnete Rolle in der ÖTV. So gibt es zwei Schranken, die der praktischen Solidarität Grenzen gesetzt haben:

● Die Führungen der Gewerkschaften haben kein Interesse, den Konflikt auszuweiten und dadurch in eine stärkere Konfrontation oder einen Grundsatzkonflikt zu den Arbeitgebern zu geraten. Entsprechend dürtig ist die Informationspolitik gegenüber den Mitgliedern, die Bereitschaft andere Beschäftigte zur Solidarität mit den streikenden ErzieherInnen zu bewegen. »Im Windschatten der öffentlichen Debatte um die deutsche Vereinigung werden die Alltagsprobleme der Menschen mit Füßen getreten«, meinte der DGB zur Haltung des Senats, einen Vertrag, aber keinen Tarifvertrag abzuschließen... Solidaritätsstreiks anderer Gewerkschaften schlossen Pagels und die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Bretz aus rechtlichen Gründen aus... Der Gewerkschaftsbund befürchtet, daß das »bedingungslose und nicht mehr begründbare Nein« des Senats auf die anstehenden Auseinandersetzungen der IG Metall in Berlin um die Arbeitszeitverkürzung und der Berliner HBV um den Tarifvertrag zum Ladenschluß Auswirkungen haben wird« (taz vom 1.3.90).

● Die Einsicht in die Bedeutung des Streiks für die eigene Interessenvertretung ist nur in Einzelfällen, da wo die Beschäftigten vor ähnlichen Problemen und Konflikten standen oder stehen, vorhanden. Gerade in den Industriegewerkschaften ist es eine kleine Minderheit, die die Notwendigkeit der praktischen Solidarität erkennt. Einzelne Vertrauensleute und Betriebsräte haben durch Resolutionen und Solidaritätserklärungen in den entsprechenden Gremien ihre Unterstützung zum Ausdruck

gebracht. Sie haben noch nicht den Einfluß, um ihre Kollegen zu praktischer Solidarität zu bewegen und durch Druck die Führungen in ihren Gewerkschaften zu einer klareren Haltung zu zwingen.

Mit Solidaritätsaktionen und Streiks an einzelnen Wochentagen beteiligen sich nach sechs Wochen des Arbeitskampfes endlich auch die ErzieherInnen an den Kitas freier Träger. Deren Mitarbeiter beschließen am 24.2. Soli-Streiks für die nächsten Donnerstag bis zur Beendigung der Tarifeinseitigen Verhandlung. Am 7.3. streiken GEW-LehrerInnen im Bezirk Tempelhof und veranstalten eine Kundgebung mit anschließender Demonstration, an der ca. 800 Menschen teilnehmen, um ihre Solidarität auszudrücken und den GEW-Landesvorstand zu weiteren Aktionen zu bewegen. Im Bezirk Kreuzberg fand am 13.3. eine ähnliche Aktion statt. Zwei Solidaritätstage der BVG fielen ins Wasser. An einem Kita-Soli-Tag sollten die BVG'ler es den Erzieherinnen ermöglichen, in den fahrenden Bussen Material zu verteilen und mit den Fahrgästen zu diskutieren. Morgens, auf dem Busbahnhof, wußte kaum ein Fahrer, wovon es ging, sie waren von der ÖTV-Leitung offensichtlich kaum oder gar nicht über die geplanten Aktivitäten unterrichtet worden. Von einzelnen U-Bahnhöfen wurden die streikenden ErzieherInnen von der Polizei vertrieben. Am 12.3. begannen 1500 Beschäftigte der Berliner Stadtreinigung ihren Dienst zwei Stunden später. Die verlorengegangene Arbeitszeit wurde zum Arbeitsende jedoch nachgeholt. Die Solidaritätsaktionen der ÖTV hatten mehr symbolischen Charakter. Die »berliner lehrerinnenzeitung« drückte das in ihrer Ausgabe zum Streikende etwas verschämt aus: »Die Versuche, erstzunehmende Solidaritätsaktionen aus anderen Bereichen der Mitgliedschaft von GEW und ÖTV sowie der anderen Gewerkschaften zu erhalten, begannen erst, als die Popularität des Streiks schon im Sinken war.« Sie verschweigt, daß diese Versuche erst unter dem Druck und den Erwartungen der streikenden ErzieherInnen stattfanden.



Berliner Kita-Streik

## SPD setzt Eltern als Streikbrecher ein

Nach zehn Wochen Streik in 370 von 990 Berliner Kitas stehen ÖTV und GEW vor dem Forderungsschritt, daß das entscheidende Kriterium des Arbeitskampfes - Personalnebenvertrag zu erhalten - nicht überholbar ist. Die Eltern sind der Arbeitskampf nicht angeschlossen. Der Berliner Senat hat beschlossen, die Gewerkschaften zu erlösen.

## Herr Momper

Sie verlieren täglich Wählerstimmen! Beenden Sie Ihr rücksichtsloses Verhalten gegenüber unseren Kindern.

## Tarifvertrag jetzt

Die wütende Elternversammlung des Bezirks Tempelhof, Waldstr. 1, 109

## Anden Senat von Berlin

Die Krankenpflegekräfte des Universitätsklinikums Rudolf Virchow, Standort Charlottenburg, fordern den Senat von Berlin auf, endlich den geforderten Tarifvertrag für den Kita-Bereich abzuschließen.

Sowohl in den Kindertagesstätten als auch in der Krankenpflege sind es überwiegend Frauen, die qualifiziert, aber unterbezahlt, unter schlechten Arbeitsbedingungen und ohne Aufstiegschancen arbeiten.

Es genügt nicht, sich Frauenförderung auf die Fahne zu schreiben und damit nur eine Quote zu meinen.

Berufe, in welchen Frauen sowieso dominieren, nämlich in den »helfenden« Berufen, werden den »Männerberufen« gleichgestellt werden, das heißt: der Leistung und Verantwortung entsprechende Bezahlung, angemessene Personalausstattung, Selbstbestimmung der Arbeitsinhalte, welches eine Aufwertung des Berufsbildes beinhaltet.

Die Elternversammlung des Bezirks Tempelhof, Waldstr. 1, 109

Der Senat hat beschlossen, die Gewerkschaften zu erlösen.

Die Elternversammlung des Bezirks Tempelhof, Waldstr. 1, 109

Die Elternversammlung des Bezirks Tempelhof, Waldstr. 1, 109

## So schnell wie möglich aussteigen

Den nervenaufreibenden Kita-Alltag mit Schichtdienst halten die meisten Berliner Erzieherinnen nicht lange aus.

Wenn Claudia Schiller mal wieder ihre Kids »angepöbelt« hat, wie sie immer tut, dann ist sie schon wieder im Kindergarten. Die meisten Berliner Erzieherinnen sind in den Kitas zu Hause. Sie sind in den Kitas zu Hause. Sie sind in den Kitas zu Hause.

Die Elternversammlung des Bezirks Tempelhof, Waldstr. 1, 109

Die Elternversammlung des Bezirks Tempelhof, Waldstr. 1, 109



## Das Thema hat die AL-Frauen nicht interessiert

Das Thema hat die AL-Frauen nicht interessiert. Das Thema hat die AL-Frauen nicht interessiert. Das Thema hat die AL-Frauen nicht interessiert.

Wir streiken Wir streiken Wir streiken

Wir streiken Wir streiken Wir streiken

## Kitas verbessern - Tarifvertrag jetzt!

Kitas verbessern - Tarifvertrag jetzt! Kitas verbessern - Tarifvertrag jetzt! Kitas verbessern - Tarifvertrag jetzt!

## Verschlechterungen Schritt für Schritt im Kitabereich

Das haben die verschiedenen Berliner Landesregierungen in den letzten 20 Jahren versprochen, geplant und nicht gehalten!

1968 sollte das Kitabetriebspersonal eingeschärft werden, nur großer Protest konnte dies verhindern.

1990 Der jetzige Senat kurze bzw. streich: allgemeine Personalreduzierung von 1%, sowie der Verlust von 6 Min. bezahlter Pausen an Tag im gest. EW, und (Gleichzeitige) Dinst.

Der Senat verspricht uns fürs nächste Jahr 248 neue Stellen, das macht genau 6 Min. pro Tag pro Gruppe. Diese 248 Stellen, werden nicht neu für den Kitabereich geschaffert, sondern sie werden durch Eingruppierung in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes Berlin »ausmengenutzt«!

15

Warum also immer noch streiken?

Nur durch einen Tarifvertrag werden aus vollen Planungen, unzulässigen Versprechungen und gekündeten Verbesserungen, durch abgeleitete Verbesserungen...

## Postgewerkschaft vor Arbeitskampf?

Während der Streik der Beschäftigten in den staatlichen Kindertagesstätten dem Höhepunkt zustrebte, liefen in West-Berlin und anderen Städten die Streikvorbereitungen der Postgewerkschaft auf vollen Touren. Es geht bei der Post im Grundsatz um das gleiche Problem. Die Gewerkschaft will einen Tarifvertrag abschließen, in dem die Leistungsanforderungen festgeschrieben werden und damit einklagbar sind. Das Schlüsselwort ist auch hier die sogenannte Personalbemessung.

Um die Belastung der Beschäftigten und deren Einsatz an ein kalkulierbares Prinzip zu binden, entwickelte die Post mit Duldung der Gewerkschaften und der Personalräte ein kompliziertes System der Bewertung des Arbeitsplatzes, der Leistungsmessung wie des Personaleinsatzes. Für die Post bot dieser Ansatz den Vorteil, daß der Einsatz von Personal nicht mehr allein am Arbeitsergebnis gemessen wurde, sondern nach industrieähnlichen Standards objektiviert wurde. Die einzelnen Arbeitsbereiche und Dienstleistungen konnten nun zwischen den Postämtern verglichen werden. Zwischen den einzelnen Beschäftigungsgruppen im einfachen und mittleren Dienst wurden die arbeitsrechtlich bestehenden Unterschiede aufgehoben. Der Arbeitsalltag zwischen den Gruppen näherte sich einander an. Die Zahlen wurden auf dem Verwaltungsweg erstellt und hatten den Charakter von Richtlinien. Sie waren zwar nicht einklagbar, da es sich aber um bindende Werte für die untergeordneten Stellen handelte, hielt sich die Post auch weitgehend daran. Für die Gewerkschaft war klar, daß sie sich

im Streitfall nicht auf sie berufen konnte. Da es sich aber um erträgliche Regelungen handelte, die für die Beschäftigten auch einige Vorteile boten, und da auch die gesamte Personalratstätigkeit sich immer wieder auf diese Zahlenwerke berufen konnte und sie zum Gegenstand von Verhandlungen machte, thematisierte die DPG das Problem der Einklagbarkeit nicht. Es beschäftigte sie nur am Rande.

Zunächst kaum merklich, ab Mitte der 80er Jahre aber verstärkt, änderte das christdemokratisch geführte Postministerium einseitig einzelne Werte der Personalbemessung. Gegen diesen Abbau von Personal waren der Gewerkschaft die Hände gebunden. Der Angriff schwächte die Stellung der Postgewerkschaft, der Druck auf die Beschäftigten nahm zu, so daß die DPG zunehmend unter Handlungsdruck geriet.

Die Postgewerkschaft steht bei der Forderung nach einem einklagbaren Personalbemessungssystem vor ähnlichen Problemen wie die Beschäftigten in den Kindertagesstätten. Einen generellen Schlüssel wird die Post ebenso verweigern wie der Berliner Senat. Zwar hat sich das Postministerium nach dem Warnstreik bei der Hamburger Post zu Verhandlungen bereit erklärt. Die eigentliche Auseinandersetzung ist damit aber noch längst nicht gewonnen, auch wenn die DPG auf weitere Warnstreiks zunächst verzichten will.

Während des Streiks der Berliner ErzieherInnen gab es von seiten der Postbeschäftigten Brötchen, Kaffee, Solidaritätserklärungen und eine Veranstaltung. Eine Koordination mit dem Kampf der KITA-Beschäftigten fand nicht statt, lag aber für die Gewerkschaft und die Mehrheit der Beschäftigten nicht im Bereich der Vorstellungen. Noch kämpft jeder für sich alleine. ■

## Widersprüche in der rot-grünen Koalition, die SPD setzt sich durch

Zu Beginn des Arbeitskampfes konnte sich noch kaum ein Betroffener vorstellen, daß sich der rot/grüne Senat auf einen totalen Konfrontationskurs mit den ErzieherInnen begeben würde. Es war gerade die SPD-Führung mit ihren engen Bindungen zu den Gewerkschaften, die in der Senatskoalition den Kurs bestimmte. Während der regierende Bürgermeister Momper sich als gesamtdeutscher Politiker zu profilieren versuchte, sich um Prestige-Objekte für die zukünftige Hauptstadt (?), wie die Olympischen Spiele, bemühte, überließ er es seinem Innensenator Pätzold, die Gewerkschaften in die Schranken zu verweisen. Wo ist da noch ein Unterschied zum alten CDU-Senat, der die sozialen Belange der Bevölkerung mit Füßen trat, während er die teuren Jubelfeste zum 750jährigen Jubiläum organisierte?

Mit einer Vielzahl von Demonstrationen und Aktionen versuchten die ErzieherInnen politischen Druck auf die Senatskoalition auszuüben. Es ist unmöglich, im Rahmen eines Artikels auf all die vielfältigen Aktionen einzugehen, stellvertretend sollen hier nur einige benannt werden:

- Es fanden zwei Großdemonstrationen statt (mit über 10.000 bzw. 7.000 Teilnehmern).
- Jeden Dienstag zur Sitzung des Abgeordnetenhauses demonstrierten die ErzieherInnen unter Mißachtung der Bannmeile vor dem Rathaus Schöneberg.
- Vor dem Wohnsitz Mompers erinnerten die ErzieherInnen den Regierenden an die Interessen der Kinder und der Streikenden.
- Ein Solidaritätsfest auf dem Chamissoplatz wurde am 17.3. veranstaltet.

● In den einzelnen Bezirken gab es vielfältige Aktionen, z.B. Besuche der Bezirksverordnetenversammlungen, Stände in Einkaufszentren, Flugblattaktionen vor Betrieben und Verwaltungen usw.

Zwar regte sich in einzelnen SPD-Parteibezirken Unmut und Kritik an der Haltung des Vorstandes. Die sozialdemokratischen Senatsmitglieder und die Mehrheit in der SPD-Fraktion war dadurch allerdings nicht zu einer Änderung ihrer Haltung zu bewegen.

Die AL hatte sich für die Aufnahme von Tarifverhandlungen ausgesprochen. Durch ihre Hilfe hofften die Streikenden und die Gewerkschaften, den Senat doch noch zu einem Entgegenkommen zwingen zu können. Die Rechnung ging nicht auf. Der Preis, den die AL für einen Eintritt in die Senatskoalition zu zahlen hatte, war hoch. In allen grundsätzlichen Fragen der Stadtpolitik mußte sie sich den Vorstellungen der Sozialdemokraten unterordnen. Dieses Kräfteverhältnis wurde während des gesamten Streikverlaufs noch einmal deutlich. Ohne Absprache mit dem Koalitionspartner, ohne Zustimmung von den, von der AL nominierten, Senatorinnen, wurden von der SPD die Maßnahmen gegen den Streik geplant und durchgesetzt, so z.B. eine Anzeige (Preis 27.000 DM) in den Berliner Tageszeitungen. Inhalt der Anzeige war die Diffamierung der Streikenden, die gegen die Interessen der Kinder und Eltern handeln würden, während der Senat sein »großzügiges« Angebot (248 neue Stellen) herausstrich. Der AL blieb nur die Rolle des machtlosen Kritikers, der auf die praktische Entwicklung keinen Einfluß nehmen konnte. Die AL-Senatorinnen distanzieren sich in einer öffentlichen Erklärung nach dem Erscheinen der Anzeige von dem Inhalt und erklärten, sie wäre ohne ihr Wissen und ihre Zustimmung erschienen.

Mit zunehmender Dauer des Streiks spitzte sich die Frage für die AL zu: Soll sie sich, wie schon so oft in anderen Streitfäl-

## Problem-Entsorgung in die DDR...

In der Frühphase der Auseinandersetzung um einen Tarifvertrag entwickelte Anne Klein, von der AL benannte Senatorin für Jugend, folgende Überlegungen:

*»Mir schiene dies ein idealer Zustand, wenn die DDR sich entwickeln könnte und die Grenzen öffnet. Dann hätten wir unter Umständen viel bessere Arbeitsbedingungen, auch hier für die Berliner. Also, da bin ich gar nicht so pessimistisch...«*

Frage: Wenn wir Sie eben richtig verstanden haben, gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder kommt irgendwoher Geld, und das wäre ein Wunder, oder die DDR macht die Grenzen auf. Die Leute arbeiten hier und bringen ihre Kinder in den DDR-Kindertagesstätten unter. Das kann sich doch kein Staat leisten, wenn das Gesundheitswesen und die Sozialleistungen in der DDR in Anspruch genommen werden, aber das Geldverdienenden und -ausgeben passiert im Westen?

A. Klein: *»Wer weiß? Vielleicht ist alles Utopie. Wir werden unser blaues Wunder erleben, was alles passiert. Ich kann es nicht einschätzen.«*

Frau Senatorin Michaela Schreyer, ebenfalls von der AL benannt, kommt mittlerweile in die Verlegenheit, gegen die Schließung der Sondermülldeponie Vorketzin protestieren zu müssen. Frau Senatorin Anne Klein möchte die DDR-Kitas zwecks Entsorgung der Kindertagesstättenplatznot benutzen. Schlechte Aussichten für WählerInnen! 25.10.89 ■

nach blz, berliner LehrerInnen-Zeitung

len mit der SPD, in diese Rolle fügen oder aber die Koalitionsfrage stellen? Die Mehrheit der Alternativen Liste war nicht bereit, im Interesse von 4800 streikenden ErzieherInnen ihre Beteiligung an den Regierungs- und Verwaltungsposten aufzugeben. Zwar wurden auf Mitgliederversammlungen der AL die sozialen Fragen und der Streik zum Knackpunkt der Koalition erklärt, doch richtig ernst nahmen weder die Funktionäre noch die Mehrheit der Mitglieder ihre eigenen Beschlüsse. Auf der Streikvollversammlung vom 23.3. erklärte der AL-Abgeordnete Köppel sich solidarisch mit den Zielen der ErzieherInnen und zeigte sich *»tödlich frustriert«* darüber, einem Senat anzugehören, der Streiberecherarbeit unterstützt. Er lehnte es allerdings strikt ab, die Koalition aus diesem Grund zerbrechen zu lassen. Bei einzelnen Mitgliedern und Funktionären stieß diese Haltung auf Protest. Die Fraktionsvorsitzende der AL trat von ihrem Posten zurück. Die Haltung der SPD zum Streik und die Rolle der AL im Koalitionsstreit war der berühmte letzte Tropfen, der bei ihr das Faß zum Überlaufen brachte. Für die weitere Regierungsarbeit der Alternativen hatte das keine Folgen.

### Der Senat beschließt die Organisation und Finanzierung des Streikbruchs

Ein Ende des Arbeitskampfes kündigte sich an, als es zu Spannungen und Widersprüchen zwischen ErzieherInnen und Eltern kam. Die Eltern hatten z.T. mit ihrem Jahresurlaub, durch das Einspannen von Verwandten und Freunden die Betreuung ihrer Kinder über mehrere Wochen organisieren können.

*»Als die Belastung des Streiks für Eltern und Kinder zunahm, ohne daß ein Ende des Arbeitskampfes in Sicht war, forderte der LEAK (Landeselternausschuß Berliner Kindertagesstätten) die Finschaltung einer Vermittlerin bzw. eines Vermittlers. GFW*

*und ÖTV stimmten zu, der Senat lehnte ab. Begründung gegenüber der Presse: man verhandele ja... In den letzten Streikwochen zeigte sich immer mehr, daß auch ein Großteil der unterstützenden Eltern mit ihrer Kraft und mit ihren Nerven am Ende war. Offen oder verdeckt forderten sie eine Beendigung des Streiks, nachdem sie schon verschiedene Kitas in Eigenregie geöffnet hatten.« (berliner lehrerInnenzeitung, blz)*

Die Taktik des Innensensors Pätzold war aufgegangen. Die Eltern, nicht verbunden durch gemeinsame Kraft und Organisation, sondern darauf angewiesen, individuell ihre Kinder unterzubringen, konnten als Druckmittel des Senats gegen die ErzieherInnen funktionalisiert werden. Die streikenden KollegInnen hatten dem nichts Gleichwertiges mehr entgegenzusetzen. Eine Ausweitung ihrer Aktionen war ohne Unterstützung aus anderen Branchen und Gewerkschaften nicht möglich. Trotzdem war die Streikbereitschaft noch immer ungebrochen. Von 371 bestreikten Kitas befanden sich in der zehnten Woche des Arbeitskampfes noch 368 im Ausstand. Die Empörung der ErzieherInnen, die Bereitschaft sich zur Wehr zu setzen, erhielt noch einmal neue Nahrung. Am 20.3. gab Sozialsenatorin Ingrid Stahmer (SPD) bekannt, daß der Senat ab sofort den Eltern, die Kinder in den Kitas selbst betreuen wollten, 14 DM pro Stunde bezahlt. So viel erhält noch nicht mal eine Erzieherin nach vier Berufsjahren. Die JugendstadträtInnen wurden aufgefordert, für betreuungswillige Eltern die Kitas zu öffnen. Zur Umsetzung dieses Senatsbeschlusses kam es nicht mehr. In den Jugendämtern der Bezirke stieß der Beschluß auf unterschiedliche Reaktionen; einzelne Bezirke wollten mitziehen, andere kündigten an, den Streik nicht unterlaufen zu wollen. Am 22.3. beschloß die Tarifkommission die Aussetzung des Streiks. Die praktische Umsetzung der Senatsentscheidung wurde überflüssig.

### Das Ende des Streiks: Kritik an den Gewerkschaften

In sogenannten Sondierungsgesprächen mit der Sozialsenatorin und stellvertretenden Bürgermeisterin Stahmer versuchten ÖTV und GEW zum Ende des Streiks doch noch zu einem Kompromiß mit dem Senat zu gelangen. Die blz schrieb dazu:

*»Als Ergebnis dieser Gespräche – von beiden Seiten eigentlich als nicht konsensfähig bezeichnet – war folgendes festgehalten worden: Tarifverhandlungen zu Vor- und Nachbereitungszeiten, Fort- und Weiterbildung sowie Umschulung bei gleichzeitigem Verzicht auf die Form tarifvertraglicher Regelung von Personalschlüssel und Gruppengröße. Die Gruppengröße sollte durch eine zweiseitige, gleichzeitig zu schließende Vereinbarung festgeschrieben werden, mit der auch, wenn auch in unverbindlicher Form, die 248 vom Senat im Januar 1990 beschlossenen zusätzlichen Stellen gesichert werden sollten. Diese Vereinbarung sah auch vor, daß im Falle von Verschlechterungen beide Seiten mit dem Ziel der Verständigung Verhandlungen aufnehmen sollten. Das Akzeptieren dieses eigentlich unzureichenden Ergebnisses seitens der Gewerkschaften nach viel zu kurzer Diskussion in der gemeinsamen Tarifkommission hatte zu heftigen Kontroversen mit den Erzieherinnen und Erziehern geführt. Dieses Sondierungsergebnis war den meisten zu mager, waren die Erwartungen doch nach zehnwöchigem Streik hoch gesteckt. Als zu weitgehend jedoch empfand die SPD, ohne Rücksicht auf die AL zu nehmen, das Sondierungsergebnis. Nach einer Fraktionssitzung teilte die SPD noch vor der Senatsitzung mit, das Sondierungsergebnis habe Vor- und Nachbereitungsregelungen gar nicht umfaßt. Mit dieser Behauptung ersparte man sich die Begründung einer Ablehnung.«*

Damit hatte die SPD-Fraktion den Gewerkschaften jede Möglichkeit genommen, den Arbeitskampf durch Abschluß eines Tarifvertrages zu beenden. Eine Vereinbarung zu den Bedingungen des Senats wäre gegenüber den ErzieherInnen nicht durchsetzbar gewesen. Sie hatten nicht zehn Wochen gestreikt, um am Ende die Kapitulation in Form eines Tarif-»Kompromisses« zu unterschreiben.

## Spannungen zwischen ÖTV und GEW

ÖTV und GEW waren sich einig, daß eine Fortsetzung des Streiks nicht sinnvoll sei. Differenzen gab es über die Frage, wie er zu beenden sei. Der Beschluß der Tarifkommission zur Aussetzung des Streiks zum 28.3. fiel nach heftiger Kontroverse mit 12 zu 9 Stimmen, mit 13 zu 9 Stimmen wurde eine Urabstimmung zur Beendigung des Streiks abgelehnt. In den heftigen Auseinandersetzungen und dem knappen Abstimmungsergebnis schlug sich die hohe Kampfbereitschaft der KollegInnen, ihre Empörung und Kritik über das Verhalten der eigenen Gewerkschaften nieder. In den Auseinandersetzungen war es die ÖTV, die eher bereit war, dem Senat entgegenzukommen, und die jetzt für eine Aussetzung des Streiks ohne Urabstimmung plädierte. Dieser Beschluß entmündigte die ErzieherInnen, die 10 Wochen lang den Streik mit ihren vielfältigen Aktionen von der Basis her getragen hatten und die damit von der Entscheidung über das weitere Vorgehen ausgeschlossen wurden. Die Argumente der ÖTV, man erhalte sich somit die Möglichkeit, per Beschluß der Tarifkommission in Zukunft schnell reagieren zu können, ist eher vorgeschoben. Durch eine erneute Urabstimmung wären Kampfmaßnahmen jederzeit wieder möglich. Die Rechtfertigung, durch eine Urabstimmung ohne Tarifergebnis würde man der Öffentlichkeit das Bild einer Niederlage vermitteln, wurde von betroffenen ErzieherInnen als Augenwischerei bezeichnet.

Der Vorstand der GEW distanzierte sich von dem Beschluß der Tarifkommission öffentlich. Die Kritik trug auch der GEW-Vorsitzende auf der Streikvollversammlung am 23. März vor. Auf dieser Versammlung drückten die KollegInnen noch einmal aus, was sie von der Politik ihrer Gewerkschaften halten. Die Kritik richtete sich in erster Linie gegen die ÖTV, deren Vorsitzender minutenlang nicht zu Wort kam. In mehreren Beschlüssen wurden eine Urabstimmung für den 26.3. verlangt und die Mitglieder der Tarifkommission zum Rücktritt aufgefordert, alles Anträge, die nur symbolischen Charakter und keine bindende Wirkung hatten. Am 26.3. platzte wegen der gegenseitigen Vorwürfe die Sitzung der Tarifkommission von ÖTV und GEW. Die konsequentere Position der GEW und ihre Haltung zur Urabstimmung haben zu Übertritten von der ÖTV zur GEW geführt.

## Solidarität über die Grenzen der Einzelgewerkschaften ist nötig

Die Gewerkschaften stehen mit dieser vorläufigen Niederlage vor dem Scherbenhaufen ihrer tarifpolitischen Vorstellungen. 1980 hatten sie in die Auseinandersetzungen an den Kindertagesstätten nicht eingegriffen. Sie ließen sich von der bestehenden Friedenspflicht, von den gesetzlichen Schranken die Hände binden. Mit der Erarbeitung des Tarifvertragsentwurfes schafften sie den legalen Rahmen, in dem sie glaubten, die Interessen der Beschäftigten wenigstens teilweise durchsetzen zu können. 10 Wochen Streik haben deutlich werden lassen, daß sie auf diesem Wege, mit den alten Mitteln und Methoden nicht zum Erfolg kommen konnten und das, obwohl sich die Rahmenbedingungen in ihren Augen mit der Wahl eines SPD/AL-Senats eigentlich hätten verbessern müssen. Die Sozialdemokraten haben sich als Arbeitgeber verhalten, nicht als Partei der Arbeitnehmer und der kleinen Leute. Sie haben die sogenannten Sachzwänge gegen die Gewerkschaften durchgesetzt. Das war möglich, weil die ErzieherInnen isoliert angetreten sind. Die Führungen von ÖTV und GEW (auch der DGB) haben wenig getan, diese Isolation zu überwinden.

Als Regierungspartei muß die SPD der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen, sie auch im Öffentlichen Dienst durchsetzen. Seit Jahren ist es das erklärte Ziel der Unternehmer, ihre Verfügungsgewalt über den Einsatz der Ar-

## Kita-Streik und Osram:

# Arbeitskräfte, ja bitte – Kinderbetreuung, nein danke

Der Kita-Streik wirkte sich natürlich auch auf die Betriebe aus. Im Dezember 1989 hatte der Betriebsrat bei Osram die Geschäftsleitung darauf hingewiesen, daß es zu Ausfällen von KollegInnen kommen könne, und klargestellt, daß er eventuellen Disziplinarmaßnahmen widersprechen würde. Die Herren aus der Chefetage überlegten, ob sie eine betriebliche Kinderbetreuung organisieren sollten und entschieden sich, zwei ehemalige Erzieherinnen anzuheuern, erstmal begrenzt für eine Woche.

In dieser Zeit fand eine Betriebsversammlung statt. Auf ihr sprach ein Kollege die Einrichtung eines Betriebskindergartens an. Die Forderung wurde von einigen betroffenen Kolleginnen aufgenommen. Die Geschäftsleitung reagierte prompt. Nach anderthalb Wochen wurde die Kinderbetreuung eingestellt. Sie paßt nicht in das Expansionskonzept von Osram. Bei Gesprächen und Verhandlungen zum Einstieg bei dem »Partnerbetrieb« Narva in der DDR (Berlin) hatte die Geschäftsleitung klargestellt, daß sie dessen soziale Einrichtungen (Kindergarten, Berufsschule, Clubhaus u.ä.) für einen überflüssigen Kostenfaktor hält.

beitskraft auszuweiten. Längere Maschinenauslastung, flexiblere Arbeitszeiten, Wochenendarbeit sind nur einige Stichworte. Die Unternehmer haben oft erfolgreich versucht, die Stammebelegschaften auf ein Minimum zu reduzieren. Durch zeitlich begrenzte Arbeitsverträge, Arbeit von Fremdfirmen usw. sollen die Beschäftigtenzahlen rasch der Konjunktur und Auftragslage, der wechselnden Auslastung angepaßt werden. Immer weniger Beschäftigten wird ein größeres Arbeitspensum aufgedrückt. Der öffentliche Dienst, der Dienstleistungssektor machen da keine Ausnahmen (siehe Kasten zur Post). Auch die öffentlichen Arbeitgeber wollen sich die Möglichkeit offenhalten, je nach Konjunktur- und Finanzlage flexibel zu reagieren. Feste Stellen- und Besetzungspläne, die tariflich festgelegt sind, schränken sie ein.

Die Bundesregierung hat den Dienstleistungsabend, die längeren Öffnungszeiten im Einzelhandel durchgesetzt. Der Protest der Gewerkschaften gegen die neuen Regelungen im Ladenschlußgesetz hatten keinen Erfolg. Jetzt versucht die HBV, durch Tarifierung der Arbeitszeit (bis 18.30 Uhr) dem Angriff der Kaufhauskonzerne und Ladenketten zu begegnen. 98% der HBV-Mitglieder (bei der DAG 95%) haben sich in West-Berlin in einer Urabstimmung für Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung eines Tarifvertrages, der die Ladenschlußzeiten begrenzen soll, ausgesprochen. Auch sie stehen zunächst für sich allein der Front der Arbeitgeber, die mit Unterstützung durch die Regierenden rechnen können, gegenüber.

In öffentlichen Erklärungen, Pressekonferenzen etc. hat sich der DGB hinter die Forderungen der streikenden ErzieherInnen gestellt und sogar die Bedeutung der Auseinandersetzung für die kommenden Tarifverhandlungen (HBV, IG-Metall, IG-Medien) herausgestrichen. Gleichzeitig lehnte er Solidaritätsstreiks aus rechtlichen Gründen ab. Damit war für ihn das Thema abgehakt. Dabei gäbe es genug Möglichkeiten auch unterhalb dieser Ebene, bessere Informationen der Gewerkschaftsmitglieder, Veranstaltungen, Aufrufe zur Beteiligung an Aktionen, Demonstrationen usw. Die Kritik am DGB und den Einzelgewerkschaften lautete nicht, daß sie zuwenig praktische

Unterstützung zustande gebracht haben, das hängt von der Bereitschaft der Kollegen ab. Die Vorstände haben nicht ernsthaft versucht, diese Bereitschaft zu wecken und zu fördern. In einem Demonstrationsaufruf zum 1. Februar 1990 schrieb die ÖTV: »Am Donnerstag wollen wir gemeinsam demonstrieren - weil es auch um die Sicherung der Tarifautonomie im öffentlichen Dienst geht; ...«

Diese Aufgabe 4800 streikenden Erzieherinnen zu überlassen bedeutet praktisch, sich den Bedingungen, die sich zum Nachteil der Gewerkschaften ändern und geändert werden, zu beugen. Welche Konsequenzen ziehen die Vorstände der Gewerkschaften aus den Erfahrungen des Streiks, in welche Richtung wollen sie gehen?

Selbst die gegenüber der ÖTV aktivere GEW schreibt in der blz unter dem Titel »Kritische Anmerkungen zum Kita-Streik« folgendes: »Der Tarifvertragsentwurf war tarifrechtlich und materiell hoch angesiedelt. Die hundertprozentige Erfüllung des Tarifvertrages hätte mehr als die Verdoppelung des vorhandenen Personals zur Folge. Die Absicherung erzielter Verbesserungen durch tarifvertragliche Festschreibung des Personalschlüssels und der Gruppengröße erweitert die Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften und ist tarifpolitisch noch lange nicht allgemein anerkannt. Die Vereinigung beider Komponenten in einem Tarifvertrag macht zum einen den Widerstand gegen eine tarifvertragliche Lösung erklärlich, erschwerte aber zugleich die Suche nach tragfähigen Kompromissen, da die Erwartungen der Mitglieder sehr hoch angesiedelt wurden.«

Will die GEW in Zukunft die tarifpolitische allgemeine Anerkennung den konservativen Juristen und Richtern überlassen? Sollen die Forderungen den Vorstellungen der Arbeitge-

ber angepaßt werden, um sich nicht in eine Konfrontation treiben zu lassen, um sich die Möglichkeit des Kompromisses und des Ausgleichs offenzuhalten?

## Die Auseinandersetzung ist noch nicht beendet

Die ErzieherInnen haben trotz dieser Niederlage den Kampf noch nicht verloren gegeben. Sie wollen, wenn die Voraussetzungen günstiger sind, noch einmal versuchen, einen Tarifvertrag, der Personalschlüssel und Gruppengröße regelt, durchzusetzen. Auch die Vorstände von ÖTV und GEW haben sich zum Abschluß des Streiks dazu bekannt. Ob sie ihre Aussagen ernst nehmen oder ob das nur Rhetorik zur Beruhigung der aufgebrauchten Streikenden war, wird sich zeigen. Es hängt entscheidend davon ab, welchen Druck die ErzieherInnen auch in Zukunft entwickeln, ob es ihnen gelingt, mehr KollegInnen aus anderen Branchen und Gewerkschaften über ihre Arbeitsbedingungen, ihre Forderungen und Ziele zu informieren. Die Bedingungen, unter denen zukünftige Tarifeinsetzungen stattfinden werden, verbessern sich nicht von allein. Im Gegenteil, der Widerstand der Arbeitgeber gegenüber gewerkschaftlichen Forderungen und Aktionen wird zunehmen. Bessere Voraussetzungen für die KollegInnen kann deshalb nur heißen mehr Solidarität, breitere praktische Unterstützung. Die in den bezirklichen Streikkomitees gebildeten Arbeitsgruppen sollten bestehen bleiben und in diese Richtung arbeiten. Es ist die Aufgabe kritischer KollegInnen aus anderen Gewerkschaften, sie dabei zu unterstützen, die Verbindungen auch in den Auseinandersetzungen, die noch bevorstehen (HBV, DPG), herzustellen. Den Führungen der Gewerkschaften können wir diese Aufgabe nicht allein überlassen. 10.4.90 ■

# Arbeiterkorrespondenzen

## Erziehungsnotstand oder ErzieherInnen-Notstand

### Versuch einer Bestandsaufnahme

In Frankfurt am Main ist der ErzieherInnen-Notstand bereits ausgebrochen: »Einschneidende Kürzungen im Angebot Frankfurter Kindergärten und Krippen erwarten Personalräte und Gewerkschaften, wenn es nicht gelingt, die personellen Engpässe in den städtischen Einrichtungen zu beheben. Kindergartengruppen müßten dann geschlossen werden und einzelne Einrichtungen ihre Öffnungszeiten verkürzen, sagte der Vertreter des Personalrats und der Gewerkschaft ÖTV am Dienstag.« (FR, 23.11.1989) Selbst so konservative Fachzeitschriften wie »Kindergarten heute« aus dem katholischen Herder-Verlag beschäftigen sich seit längerem mit dem Erziehungsnotstand – im Gegensatz beispielsweise zur Kölner ÖTV.

### Ein neuer Notstand – bundesweit – am Beispiel Köln

»Gesucht werden Männer und Frauen, die bereit sind, sich für ein insgesamt kümmerliches Entgelt ausbilden zu lassen, um anschließend einen Sack Flöhe zu hüten. Der Stadt Köln droht ein Erziehernotstand. Mindestens 480 neue Kräfte werden allein in den nächsten 2 Jahren benötigt, um die Kindergartenversorgung sicherzustellen.« (Kölner Stadtanzeiger, 17.1.90)

Bereits im letzten Jahr mußten Eltern des öfteren ihre Kinder aus einer städtischen Kindertagesstätte (Kita) in Köln schon um 13.00 Uhr abholen. In einer Kita mit hohem Anteil berufstätiger Eltern, in denen die Arbeitszeitverkürzung von 40 auf 38,5 Stunden konsequent umgesetzt wurde, fallen durch

die kürzeren Arbeitszeiten 13 Stunden wöchentlich weg, vom April dieses Jahres an noch einmal 6,5 Stunden (wegen der zusätzlichen halben Stunde Arbeitszeitverkürzung). Der aktive Elternrat fordert sei längerem die Einstellung einer zusätzlichen Erzieherin. Die 19,5 Stunden, die fehlen, entsprechen genau einer Halbtagskraft. Doch die Stadt ist nur bereit, in dem entsprechenden Bezirk für 13 Kitas 2 Halbtagskräfte zur Verfügung zu stellen, als SpringerInnen im Krankheitsfall. Gegen diese Lösung und gegen den Wegfall besonderer pädagogischer Angebote (wegen Personalmangels) kämpft der Elternrat weiter.

Das Arbeitsamt startet einen Werbefeldzug, um junge Leute für die Ausbildung zu gewinnen. Gleichzeitig räumen die Verantwortlichen der Stadt, des Arbeitsamtes und Träger von Kindertagesstätten ein, daß die Bezahlung ausgesprochen mäßig ist. Der stellvertretende Leiter des Arbeitsamtes Köln stellt die Überlegung an, im Dienstleistungsbereich generell die Tarife zu überdenken. So verdient z.B. im ersten Berufsjahr eine 21jährige Ledige 2519,- DM brutto, eine 40jährige Frau, verheiratet, mit 2 Kindern, derzeit 3360,- DM brutto. (Bis einschließlich 1994 wird für den zusätzlichen Bedarf bei der Stadt Köln mit rund 600 Fach- und Hilfskräften gerechnet.)

Der Versorgungsgrad der Kinder von 3-6 Jahren in Köln betrug am 1.1.89 bei 67,95 Prozent und liegt um gut 7 Prozent unter der gesetzlichen Mindestversorgung (= 75 Prozent, nicht 100 Prozent!). Einerseits hat die absolute Zahl der Kindergar-

tenplätze in Köln nur um 700 Plätze zugenommen, andererseits ist das Bewußtsein der Eltern um die Bedeutung des Kindergartens und damit die Nachfrage nach Plätzen seit den 70er Jahren erheblich gestiegen. Diese Nachfrage nach Plätzen ist in der ganzen BRD zu verzeichnen.

Gründe dafür:

- die erhöhte Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen (44 Prozent aller Mütter mit Kindern arbeiten) als ökonomischer Zwang bei alleinstehenden Frauen oder »Mitverdienerinnen«
- Anstieg der Geburten seit 1986
- Zuzug von Aussiedlerfamilien
- längere Ausbildungszeit bei Frauen (Berufsausbildung/Studium/Umschulung)
- zunehmende Mobilität junger Familien und damit Wegfall traditioneller Betreuungsmöglichkeiten (der Versorgungsgrad für Kinder unter drei Jahren liegt bei 1,6 Prozent)
- hohe Anzahl von Einzelkindern
- Zunahme von Alleinerziehenden (1,3 Mio. Kinder leben bei nur einem Elternteil). Derzeit haben etwa 14 Prozent aller Haushalte mit minderjährigen Kindern einen Haushaltsvorstand, der ledig, geschieden oder verwitwet ist. 36 Prozent aller alleinstehenden Mütter sind erwerbstätig. Allgemein haben nach Informationen des DGB von den 10,3 Mio. erwerbstätigen Frauen in der BRD 4,6 Mio. Kinder.

Wie soll aber die von der Regierung propagierte Vereinbarkeit von Beruf und Familie verwirklicht werden – ohne ausreichende Ganztagsplätze, mit langem Weg zur Kita und kurzen Öffnungszeiten? (Erinnert sei hier an die Regierungskampagne »Ich will ein Kind«.)

Zur Zeit wird in Nordrhein-Westfalen mit einem Fehlbedarf an Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder (inklusive unter Drei- und über Sechsjährige) von über 100.000 gerechnet. Programme zur Schaffung zusätzlicher Plätze in vorhandenen Räumen greifen kaum noch. In der gesamten BRD fehlen z.Z. 500.000 Plätze.

In Köln fehlen allein zur Erreichung der gesetzlichen Mindestversorgungsquote von 75 Prozent bereits 1992 (ohne zusätzliche Einstellungen) im Vergleich zu 1988 4785 Plätze für Drei- bis Sechsjährige. Dieser Fehlbedarf entspricht ca. 240 Gruppen nur für Drei- bis Sechsjährige. Angesichts des Fehlbedarfs an Plätzen für unter Dreijährige und des Mangels an Hortplätzen in vielen Stadtteilen ist das Ausmaß des Defizits insgesamt noch größer.

## Elterninitiativen und Betreuung der unter Dreijährigen

Will eine Frau ihr Kind unter drei Jahren überhaupt versorgt wissen, kann sie weder auf städtische noch kirchliche Versorgung zurückgreifen. Die einzige Chance ist dann, das Kind in einer Elterninitiative unterzubringen. Elterninitiative bedeutet:

- hoher finanzieller Beitrag – 200 bis 500 DM
- aktive Selbstbeteiligung an allen anfallenden Tätigkeiten.

In der DDR gab es bisher selbstverständlich ein nahezu flächendeckendes Netz an Kinderkrippen, während im bundesdeutschen »Sozialstaat« eine Fremdbetreuung von unter Dreijährigen einer Kindesmißhandlung gleichgestellt wird. Deshalb fordern Kölner Elterninitiativen zu Recht eine Beteiligung der Stadt an den Trägerkosten in Höhe von 100 DM monatlich pro Kind und eine Verwaltungskostenpauschale von 5000 DM je Gruppe. Damit die Initiativen nicht von der Stadt gegeneinander ausgespielt werden können, schließen sie sich immer mehr zusammen.

Bei den Horten (Schulkinderbetreuung) ist die Situation ähnlich wie bei den Dreijährigen. Nur knapp 8 Prozent der Acht- bis Zwölfjährigen Schulkinder haben in Köln einen Hortplatz. Für viele Frauen bedeutet das die Aufgabe des Arbeitsplatzes, wenn die Kinder zur Schule kommen.

## Drei- bis Sechsjährige

Bei der Versorgung der Drei- bis Sechsjährigen in Köln gibt es ein starkes Gefälle. In reinen Arbeitergebieten ist eine krasse Unterversorgung zu konstatieren (ca. 60 Prozent), während in »besseren« Stadtteilen die Mittelschichten besser bedient werden (ca. 90 Prozent).

Die Stadt versucht, sich unter dem zunehmenden Druck der Eltern Luft zu verschaffen. Sie appelliert an die freien Träger (Kirchen/AWO/Elterninitiativen) und sogar an Betriebe (!), kostengünstige Möglichkeiten zu schaffen. Abgesehen vom Rückschritt, die Erziehung unserer Kinder wieder in privatunternehmerische Hände zu geben, sieht die Realität beim Betriebskindergarten von Bayer-Leverkusen dann beispielsweise so aus:

Wo bisher für die Altersgruppe unter Drei Plätze zur Verfügung standen, stellt der Betrieb nur noch Kindertagesstättenplätze für die über Dreijährigen bereit. Da der Betriebsrat aber »Mitleid« mit den alleinerziehenden Frauen hat, können sich dieselben vertrauensvoll an ihn wenden, »zwecks individueller Vermittlung einer Tagesmutter«. Frauen mit Partner, die von dieser Vermittlung keinen Gebrauch machen können, dürfen sich natürlich gern beurlauben lassen.

Die Stadt jammert, bleibt bei Appellen und schiebt den Schwarzen Peter wie üblich dem Land zu. Wo kommt der politische Druck her, Stadt und Land (Landesregierung) zu bewegen, andere Bedingungen für die außerschulische Betreuung zu schaffen?

Von einer starken, in vielen Städten gut organisierten Elternbewegung, wie in den Jahren 1981–1983 in NRW (als es um die Abwehr der Rotstiftpolitik im Kindergarten ging: Erhöhung der Gruppenstärken / Verringerung des Personals / Einschränkung der finanziellen Mittel) können wir zur Zeit nicht sprechen.

Seit einigen Monaten finden sich in mehreren Stadtbezirken aktive Elternräte und Eltern, deren Kinder keinen Kita-Platz erhalten haben, zu Initiativen zusammen. Es werden Demonstrationen zu Ratssitzungen, Unterschriftensammlungen und Forderungen nach Sofortprogrammen organisiert. Zum anderen werden bei aktiven ElternrätInnen Überlegungen angestellt, Organisationsstrukturen aus der Zeit der Abwehr gegen die Rotstiftpolitik wieder aufzugreifen – sich trägerübergreifend zu Bezirks- und Stadtelternräten zusammenschließen.

Zur Elternarbeit in den Kitas ist grundsätzlich zu sagen, daß in jedem Jahr neue Eltern kommen und Eltern mit Erfahrungen in Auseinandersetzungen (deren Kinder zur Schule kommen) die Einrichtungen wieder verlassen. Den unterschiedlichen Informationsstand und die unterschiedlichen praktischen Erkenntnisse (Kindergartengesetz / Verwaltungsinstanzen usw.) innerhalb der Elternschaft nutzen Träger wie Jugendamt und Kirchen aus, um Eltern zu spalten und gegeneinander und/oder gegen die ErzieherInnen auszuspielen.

## Zur Gesamtsituation in den Kitas

Parallelen zum Pflegenotstand und dem Problembereich der »Hilflosen HelferInnen« drängen sich auf:

- Sogenannte »natürliche« Fähigkeiten der Frauen in diesem Beruf erfahren nicht die der Qualifikation entsprechende gesellschaftliche Bewertung und daher auch nicht Entlohnung.
- Ohne Veränderung der finanziellen und personellen Rahmenbedingungen wird auch im Bereich der Kitas der Ruf nach Flexibilisierung laut: Aufnahme der Zweijährigen in den Kindergarten (Forderung von Ministerin Lehr); größeres Angebot für Null- bis Zwölfjährige; längere Öffnungszeiten – das bedeutet Einführung von Schichtdienst und somit normale Besetzung nur während der Kernzeit; Integration von Behinderten.

## Arbeitsbedingungen im Kindergarten

- Geringe Bezahlung (infolge des geringen Gehalts wie bei den Krankenschwestern Probleme bei der Wohnungssuche)
- zu viele Kinder in einer Gruppe (und zumeist allein mit allen Kindern oder Führung von Doppelgruppen wie in Bayern)
- keine Aufstiegsmöglichkeiten
- keine Anerkennung im Beruf
- Nichtfreistellung von LeiterInnen
- Nichteinstellung von zusätzlichen Arbeitskräften aufgrund der Arbeitszeitverkürzung
- unzureichende Vorbereitungszeit für z.B. die Erstellung von Rahmenplänen, Organisation von Feiern, zu wenig Zeit für PraktikantInnenarbeit, Hausbesuche, Erörterung von Erziehungsfragen sowie für Weiterbildung
- zusätzliche Belastung durch berufsfremde Arbeiten wie Einkufen, Kochen, Spülen, Wäschepflege, Reparaturarbeiten, Putzen usw.
- keine zusätzlichen Fachkräfte für die Betreuung ausländischer Kinder.

### Trotz Hochkonjunktur: Kein Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz!

Die breite und kontrovers geführte öffentliche Diskussion um den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und die bedarfsgerechte Gestaltung der vorhandenen Angebote (Öffnungszeiten und Altersstrukturen) zieht sich durch alle Bundesländer.

Die Reform des Jugendhilfegesetzes ist geplatzt. Die Länder werden nur angehalten, »für einen bedarfsgerechten Ausbau zu sorgen«. Wie ursprünglich von der Familienministerin geplant, gibt es keinen einklagbaren Rechtsanspruch. Die Frauen als industrielle Reservearmee können jederzeit wieder an den »Herd« zurückgeschickt werden. So ist es also nicht »gesellschaftlich« notwendig, das feste Recht auf den KDG-Platz zu garantieren.

## Arbeitsbedingungen im Kindergarten Zur Situation in Frankfurt/M.

Erzieherinnen, Eltern und ÖTV protestierten mehrmals gegen die schlechten Arbeitsbedingungen:

- In fast jeder Kita fehlen MitarbeiterInnen, so daß die Kinder in den Vorbereitungszeiten betreut werden müssen;
  - Überstunden fallen in unzumutbarem Umfang an;
  - in vielen Kitas sind Notdienste mittlerweile schon an der Tagesordnung.
- Außerdem verlangen die ErzieherInnen eine Zulage von monatlich 200 DM.

Gewerkschaft ÖTV und Magistrat handelten folgende Regelungen aus: In den einzelnen Vergütungsgruppen des BAT werden zwei Dienstaltersstufen mehr bezahlt als der BAT es vorsieht. Außerdem werden mehr zusätzliche Vc-Stellen zur Verfügung gestellt, die monatliche Vergütung der VorpraktikantInnen wird erhöht, mehr Ausbildungsstellen werden zur Verfügung gestellt, und es sollen mehr Fachkräfte eingestellt werden. Allerdings: Berufsfremde sollen sich für die Arbeit qualifizieren können, sie erhalten einen monatlichen Zuschuß. Das Sofortprogramm läuft am 31.12.90 aus. Gewerkschaft ÖTV und Magistrat wollen bis dahin bundesweit den Abschluß eines neuen Tarifvertrages vereinbaren.

## Ausblick

Durch die gravierenden Mißstände tritt der Charakter des Kindergartens als »Verwahrnalt« wieder deutlicher zutage.

Der KDG ist ein Bereich, in dem fast ausschließlich Frauen arbeiten, der gesellschaftlich nicht anerkannt wird, da nichts »produziert« wird, sondern nur Kosten verursacht werden.

Der KDG in seiner heutigen Form hat einzig die Aufgabe, die Kinder der Schule zuzuarbeiten, d.h. soziale Einpassung in das Leistungssystem. Von daher werden, wenn überhaupt, Kindergartenplätze (von 8.00 bis 12.00 Uhr) geschaffen und fast keine für Kinder unter drei und über sechs Jahren, und es werden in der Regel keine verlängerten Öffnungszeiten eingeführt.

Die berechtigten Forderungen von Frauen nach veränderten Öffnungszeiten stoßen auf heftige Abwehr der Erzieherinnen, da nach deren Erfahrungen in der Vergangenheit zu viele Veränderungen im Kindergarten ohne Personalzusatz auf ihrem Rücken ausgetragen worden sind.

Diese allgemeinen Fraueninteressen werden von Trägern/ Abgeordneten usw. gegen die Erzieherinnen ausgespielt. Ziel bewußter Gewerkschafterinnen ist es, diese Kluft auf der Ebene gemeinsamer Aktionen im Stadtteil und dann übergreifend abzubauen.

Einerseits ist der geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad eine der Ursachen für die Mißstände im arbeitsrechtlichen Bereich, andererseits besteht ein herbes Desinteresse der Gewerkschaften, durch gezieltere Politik mehr Erzieherinnen zu organisieren.

In Köln ist z.B. Anfang der 80er Jahre die Abteilung Sozialarbeit der ÖTV wegen politischer Aktivitäten bewußter KollegInnen geschlossen worden. Seitdem gibt es keine Mitgliederversammlungen für alle gemeinsam im Sozialbereich. Damals gab die GEW dem Aktionsausschuß (Zusammenschluß von Eltern und Erzieherinnen gegen die Sparbeschlüsse der Stadt Köln) die nötige organisatorische/finanzielle und inhaltliche Hilfe, die ÖTV hielt sich raus.

Auf Grund des niedrigen Organisationsgrades (nur ca. 10 Prozent aller im Sozialbereich Tätigen sind in einer Gewerkschaft) nimmt die ÖTV sich auch heute noch solch ein Verhalten heraus. Sie weiß, hinter den Protesten der Mitglieder steht eine Kraft wie bei den Müllwerkern oder Straßenbahnern. Jüngstes Beispiel: Ablehnung einer Solidaritätsadresse an die streikenden ErzieherInnen in Berlin durch eine hauptamtliche Funktionärin in Köln.

Die Frauenausschüsse der Kölner Einzelgewerkschaften und des DGB beschäftigen sich seit etlichen Jahren mit dem Problem der Unterversorgung und planen auch für dieses Jahr wieder Aktionen zu dieser Problematik. Dabei wird die Organisation und Vorbereitung allein den Frauen überlassen, zum Teil sogar behindert (fehlende Solidarität bei den Kollegen in den Gewerkschaften).

Im Kölner Raum ist die Tatsache, daß ca. drei Viertel der Einrichtungen in Händen der katholischen Kirche sind, erschwerend für die gewerkschaftliche Organisation. In den Köpfen vieler Kolleginnen ist es als Fakt verankert, daß für eine kirchliche Mitarbeiterin Gewerkschaftszugehörigkeit verboten ist. Die Einrichtungen sind zum Teil sehr weit über den Großraum Köln verteilt, größere Einrichtungen wie in Berlin z.B. in der Minderheit.

Bei den städtischen Einrichtungen existiert ein einigermaßen funktionsfähiges Netz an Vertrauensleuten, die auf Bezirksebene zum Teil eng mit den Personalräten zusammenarbeiten (z.B. in Bezug auf die Arbeitszeitverkürzung). Angestrebtes Ziel bewußter KollegInnen ist es, städtische ErzieherInnen und solche aus kirchlichen Einrichtungen mit fortschrittlichen ElternrätInnen zusammentreffen zu lassen. Von gewerkschaftlicher Seite aus ist seitens der Funktionäre nicht allzu viel zu erwarten, im Gegenteil, da müssen wir schon »auf die eigene Kraft vertrauen«.

5.4.1990 ■

## Kindergartenmisere — Zur Situation in Hamburg

In Hamburg sieht die Situation folgendermaßen aus: Laut den offiziellen Listen der Behörden warten 9000 Kinder auf einen Tagesheimplatz. Nach verschiedenen Studien ist der tatsächliche Bedarf jedoch bedeutend größer und beträgt 1990 ca. 20.000 Halb- und Ganztagsplätze. Diese Zahl wird sich in den nächsten Jahren weiter erhöhen, da der Versorgungsgrad rückläufig ist (vgl. Artikel aus Köln).

Der Hamburger Senat plant bislang die Schaffung von 1000 Plätzen jährlich. Diese Zahl ist völlig unzureichend und beinhaltet zudem Halbtagsbetreuung und Tagespflegestellen (= Tagesmütter). An echten Ganztagsplätzen sind lediglich 400 in der Planung.

Weitere 1000 Plätze sollen durch die Überbelegung der bestehenden Gruppen geschaffen werden. Schon jetzt beträgt die Belegung 110 Prozent, d.h. statt z.B. 20 Kleinkindern sind 22 in einer Gruppe, und diese Zahl soll auf 24 (= 120 Prozent) erhöht werden. Dies steht im krassen Widerspruch zur pädagogisch dringend notwendigen Reduzierung der Gruppenstärken. Anstelle einer bedarfsgerechten Schaffung von Ganztagsplätzen werden von den Ämtern für Soziale Dienste die Bewilligungsbescheide für bestimmte Kinder einfach nicht verlängert: Sowohl Elementarkinder, die eingeschult werden, als auch ältere Schulkinder werden auf diese Weise aus den Einrichtungen herausgedrängt.

Trübe Aussichten also für die ErzieherInnen, deren Arbeitsbedingungen jetzt schon denkbar schlecht sind. Zu einer Ausfallquote von 25 Prozent wegen Krankheit und Urlaub kommt eine große Zahl unbesetzter Stellen. Wer wagt es da noch, eine Fortbildung zu besuchen oder Bildungsurlaub zu machen, wenn er/sie davon auszugehen hat, daß die Kollegin allein arbeiten muß, weil Vertretungskräfte nicht vorhanden oder gar nicht erst vorgesehen sind. Aufgrund dieser Arbeitsbedingungen und der unzureichenden Bezahlung sowie veränderter Zugangsvoraussetzungen zu den Fachschulen ist die Zahl der Auszubildenden 1988 um 70 Prozent zurückgegangen, so daß ab 1991 nur 150-200 ErzieherInnen ihre Ausbildung abschließen werden. Von diesen nimmt ein Teil die Berufstätigkeit aus den oben genannten Gründen gar nicht erst auf. Bei einem jährlichen Ersatzbedarf von 400 ErzieherInnen für Hamburg ist die Misere vorprogrammiert.

Am 1.2.90 fand eine gemeinsame Demonstration von Eltern, Kindern, LehrerInnen und ErzieherInnen statt, an der sich ca. 7000 Menschen beteiligten. Anlaß waren die beschriebenen Mißstände in den Kindertagesheimen sowie die zweitägigen Zwangsferien für LehrerInnen und SchülerInnen, mit denen die Arbeitszeitverkürzung für LehrerInnen kostenneutral umgesetzt wurde.

Die ÖTV hatte sich dem Aufruf kurzfristig angeschlossen, so daß Eltern mit Kindern und die KollegInnen aus den Kindertagesheimen das Bild der Demonstration prägten. Entscheidend für diese Beteiligung waren die vorangegangenen Warnstreiks bei der »Vereinigung städtischer Kinder- und Jugendheime« (größter Träger mit 189 Einrichtungen), in denen die Gewerkschaft eine Zulage von DM 120,- für alle dort arbeitenden ErzieherInnen gefordert hatte. Die große Mehrheit der KollegInnen nahm am Warnstreik teil und war zu weitergehenden Maßnahmen bereit. Das darauffolgende Angebot des Arbeitgebers betraf jedoch nur 340 Schulkind-ErzieherInnen, während 1600 KollegInnen aus dem Krippen- und Kleinkindbereich leer ausgehen sollten. Trotzdem drängte die Hamburger ÖTV auf Abschluß mit der Begründung, mehr sei derzeit nicht herauszuholen, und setzte sich damit — nach heftigen Diskussionen auf zwei Mitgliederversammlungen — auch durch. Sie verwies

dabei (außer auf den — angeblich — niedrigen Organisationsgrad von 55 Prozent) auf den Streik in Berlin, der diese Aussichtslosigkeit ihrer Meinung nach untermauerte. Viel mehr war von ihrer Seite zu diesem Thema nicht zu hören. Statt über den Berliner Streik zu informieren und praktische Solidarität zu organisieren, äußerten sich die Hamburger ÖTV-FunktionärInnen nur negativ und abgrenzend.

Immerhin sucht die ÖTV jetzt die Zusammenarbeit mit der Hamburger Elterninitiative und den Einrichtungen der freien Träger (Kirche, Arbeiterwohlfahrt u.a.). Für den 30.3.90 wurde eine Demonstration gemeinsam geplant und vorbereitet. Angesichts des geringen Zeitabstandes zur vorhergehenden Demonstration war die Beteiligung mit 5000 Menschen gut.

Die Hauptforderungen der Elterninitiative waren:

- ein Notprogramm für 5000 Plätze noch in diesem Jahr,
- personelle und qualitative Verbesserung in den KTHs,
- gesetzliche Grundlagen für eine weitreichende Mitbestimmung der Eltern (entsprechend des Entwurfes der Elterninitiative).

Die Perspektive der ÖTV erschöpft sich in der Orientierung auf Haushaltsberatungen und bundesweite Tarifverhandlungen. Aber was soll dabei herauskommen, wenn schon vorher feststeht, daß im Öffentlichen Dienst die Personalausgaben weiter reduziert werden sollen und z.B. bei der städtischen »Vereinigung« die ohnehin katastrophalen Arbeitsbedingungen weiter verschlechtert werden sollen? Wie sollen die bundesweiten Tarifverhandlungen unterstützt werden, wenn nach einem ersten Warnstreik keine weiteren Schritte überlegt und eingeleitet werden?  
13.4.90 ■

### Opel-Bochum

## Ausschluß-Verfahren gegen 80 Metaller

Bei Opel-Bochum eskaliert seit Ende 1989 ein schon länger schwelender Konflikt: Auf der einen Seite steht die Betriebsratsmehrheit, die auf Sozialpartnerschaft setzt, auf der anderen eine Gruppe Kolleg/inn/en, die unter sich zwar in manchen politischen Grundsatzfragen unterschiedlicher Meinung sind, die aber das Wissen eint, daß nicht (allein) durch Verhandlungen, sondern nur durch (ein Mindestmaß an) Widerstand die Belegschaft gegen einschneidende Pläne des Gesamtkonzerns etwas ausrichten kann.

Zum Knall kam es Ende Februar. Auf Antrag des Vertrauenskörperleiters Achenbach sowie des früheren Betriebsratsvorsitzenden Perschke wurde gegen achtzig IG-Metaller des Opel-Werkes ein »Feststellungsverfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens« eröffnet.

Dieser Schritt richtet sich vor allem gegen das »Opel-Forum«. Neben Gruppierungen, die traditionell Schwierigkeiten mit der unternehmerfreundlichen Politik des IGM-Betriebsrates haben, hat sich bereits seit einiger Zeit eine Minderheit von zuletzt sieben Betriebsräten der IG-Metall-Fraktion in Widerspruch zur politischen Linie des vormaligen Betriebsratsvorsitzenden Perschke bzw. des jetzigen Breuer und der Mehrheit des Betriebsrates begeben. Vor vier Jahren haben sie aus dem »Opel-Forum« die alternative Betriebszeitung gegründet, um die sich inzwischen eine größere Gruppe von Kolleg/inn/en gesammelt hat (von politisch Ungebundenen über linke Sozialdemokraten bis hin zu DKPern). Sie versuchen — teilweise in enger Zusammenarbeit mit anderen 'linken' Listen —, der konzernfreundlichen Politik der Betriebsratsmehrheit z.B. in Fra-



Protest der vom Ausschluß Bedrohten vor dem Bochumer IGM-Haus

gen wie der Rationalisierungsoffensive des Konzerns, der Auslagerung von Produktionsabteilungen oder der Dauer-Nachtschicht offensiv entgegenzutreten.

Für die Eröffnung des Verfahrens hatte sich die Ortsverwaltung zuvor der Rückendeckung des Gewerkschaftsvorstandes in Frankfurt vergewissert. Sollte die entsprechende Gewerkschaftskommission zu dem Schluß kommen, diese Mitglieder hätten gegen den § 11 der IGM-Satzung verstoßen, können diese ausgeschlossen, ihnen mindestens eine Rüge erteilt werden.

Praktische Konsequenzen zeitigt der Beschluß aber schon sofort. Verbunden mit der Eröffnung des Verfahrens ist die sofortige Funktionssperre. Weil es zwei Tage vor der konstituierenden IGM-Vertreterversammlung auf den Weg gebracht wurde, durften alle diejenigen Delegierten, die hiervon betroffen waren, ihr Mandat nicht wahrnehmen: Das galt für zwanzig Prozent der Vertreterversammlung bzw. für fünfundsiebzig Prozent aller Opel-Delegierten. Verschärfend kam hinzu, daß aus diesem Kreis vier neue Mitglieder für die – von sozialparterschaftlichen Gewerkschaftern beherrschte – IGM-Ortsverwaltung gewählt werden sollten, was so verhindert wurde.

Vorgeworfen wird den Kolleg/inn/en ihre Betriebsratskandidatur auf nicht von der IG Metall genehmigten Listen. Im Herbst letzten Jahres deutete noch alles darauf hin, daß nach mehr als zwanzig Jahren bei der anstehenden Betriebsratswahl auch im Lohnbereich erstmals wieder eine Persönlichkeitswahl möglich wäre, also genau das, wofür sich die Betriebsratsminderheit seit langem einsetzte. Da aber nicht ausgeschlossen werden konnte, daß eine Kandidatur des Christlichen Metallarbeiterverbandes dennoch wieder eine Listenwahl erfordern würde, mußte man sich auf diesen Eventualfall vorbereiten. Es gab nur die Alternative: eine zweite, von der IG Metall akzeptierte Liste oder Kuschen vor dem unternehmerfreundlichen Kurs der Betriebsratsmehrheit. Weil diese Kolleg/inn/en meinten, gerade wegen der heftigen Auseinandersetzungen der letzten Zeit würde ein Nachgeben für sie nur zu einem massiven Vertrauensverlust in der Belegschaft führen, und weil der IGM-Vorstand schon einmal bei Opel, als die Vorzeichen ähnlich aussahen, nämlich vor fünfzehn Jahren in Rüsselsheim, eine zweite IG-Metall-Liste akzeptiert hatte, bereiteten sie nur für den Fall der Fälle solch eine Liste vor.

Dieser Wunsch nach einer alternativen, offiziell zumindest geduldeten IG-Metall-Liste wurde von einem großen Teil der Vertrauensleute unterstützt; nicht nur durch ihre Unterschrift

unter eine entsprechende Forderung an Ortsverwaltung und Hauptvorstand, sondern praktisch: Als es im Dezember darum ging, die Delegierten für die Vertreterversammlung zu wählen, erhielt die Betriebsratsminderheit bzw. ihre Kandidaten eine überwältigende Mehrheit. Die Anhänger der Betriebsratsmehrheit fühlten sich so sehr vor den Kopf gestoßen, daß sie die Versammlung der Opel-Delegierten, auf der Anfang Februar die Wahlvorschläge für die neue Ortsverwaltung aufgestellt wurden, fluchtartig verließen.

Um wenigstens bei der Aufstellung der Betriebsratskandidaten die Gefahr von Überraschungen so gering wie möglich zu halten, sorgte die Betriebsratsmehrheit dafür, daß selbst die offizielle IGM-Liste nicht in einer offenen Diskussion erstellt wurde, sondern schön privat: Die Vertrauensleute mußten ihnen persönlich zugesandte Wahlbriefe ausfüllen und zurückschicken.

Als am 22. Februar die Christlichen eine Wahlliste einreichten, war die Situation da: Im Lohnbereich mußte wie ehemals nach Listen gewählt werden, im Angestelltenbereich blieb es bei der Persönlichkeitswahl.

Der Wahlkampf der Betriebsratsmehrheit richtete sich dann vor allem gegen die 'Metaller bei Opel', d.h. die Minderheit der IGM-Fraktion. Daß sie dabei von der Ortsverwaltung unterstützt wurde, die z.B. an seit 1987 neuangefangene Opel-Kolleg/inn/en Briefe mit harschen Vorwürfen gegen die »Spalter« verschickte, ist ja durchaus verständlich. Peinlich allerdings (wenn auch nicht überraschend), wie niedrig bereits die Hemmschwelle gegenüber der Kollaboration mit der Werksleitung ist: Auf Kosten – d.h. mit Zustimmung – des Unternehmens wurde an alle Opel-Beschäftigten ein Schreiben versandt, welches darin gipfelte, nur die bisherige Betriebsrats-Politik könne gewährleisten, daß die Interessen des Bochumer Opel-Werkes im gesamten Konzern gesichert seien.

Sehr viele Kolleg/inn/en sahen das offensichtlich nicht so. Im – infolge der Neueinstellungen der letzten Jahre – geringfügig vergrößerten Betriebsrat erhielt die IG-Metall-Minderheit statt sieben sogar vierzehn Sitze. Da die »Liste für Belegschaftsforderungen«, die aus der früheren »Gruppe oppositioneller Gewerkschafter« hervorgegangen war, allerdings statt drei nur noch einen Sitz erhielt und die Liste »Aktiver Metallarbeiter« bei drei Sitzen verblieb, sind die drei Gruppen, die bisher schon gegen die Betriebsratsmehrheit zusammenarbei-

teten, mit achtzehn gegenüber zwanzig Sitzen der IGM-Mehrheit plus einem DAGler immer noch in der Minderheit.

Noch hat also der größere Teil der Bochumer Opel-Belegschaft auf das Prinzip Hoffnung gesetzt: die Hoffnung, die Sozialpartnerschaft könne weiterhin für sie so viel rausholen wie in der Vergangenheit; die Hoffnung, die BRD-Wirtschaft würde schon gegenüber der ausländischen Konkurrenz siegen; die Hoffnung, konzernintern könne ihr Werk die anderen Standorte abhängen. Ein stark gewachsener Teil hat jedoch aus den Erfahrungen der vergangenen Zeit andere Schlüsse gezogen; er sieht sich immer weniger vertreten von einem Betriebsratskurs, der auf die Unterordnung unter Konzerninteressen orientiert. Die Betriebsratsmehrheit hat nicht nur keinen Widerstand geleistet, sondern sich oftmals sogar aktiv dafür engagiert,

- als die Werksleitung im Preßwerk die Maschinennutzungszeiten deutlich ausdehnte, indem sie die Arbeitszeit flexibilisierte (wodurch u.a. Samstag und Sonntag faktisch zu Regelarbeitstagen wurden);
- als Teile der Auspuff-Fertigung und die gesamte Polsterei ausgelagert wurden;
- als in bestimmten Bereichen die Pausendurcharbeit eingeführt wurde;
- als die Verschärfung der Akkordhetze durch die Umstellung von Refa auf MTM getestet wurde;
- als die Rationalisierungspläne von McKinsey das Werk durchkämmten;
- als weitere Sonderschichten eingeführt wurden, insbesondere als es darum ging, die Arbeitszeiten im bundesrepublikanischen Automobilbau durch die zusätzliche Einführung einer Dauer-Nachtschicht grundlegend zu verändern.

Die Ziele, die hinter dieser Politik stehen, hat der Betriebsratsvorsitzende Rolf Breuer in einem Flugblatt Ende Januar benannt: *»Es darf uns nicht egal sein, ob Motoren und Getriebe aus Korea und Japan kommen, denn dies kostet langfristig unsere Arbeitsplätze.«* Die Identifikation mit den Konzerninteressen führt in der Praxis nur zu einer weiteren Verengung: Hat man erst einmal darauf gesetzt, daß es dem Arbeiter nur gut gehe, wenn es dem Opel-Konzern entsprechend geht, dann muß man schließlich akzeptieren, daß der Bochumer Opel-Arbeiter alles tun muß, damit das Bochumer Werk prosperiert. Einmal nachgegeben, ist der weiteren Erpressung Tür und Tor geöffnet. Anfangs werden wenige Arbeitsplätze geopfert, um viele zu halten; später muß dann viel geopfert werden, selbst um wenig zu halten. Gerade das Eingehen auf die Spaltungsversuche der Arbeiterschaft seitens des Kapitals gefährdet auf Dauer Arbeitsplätze.

Sozialdemokratische Betriebsräte wie Breuer verstehen sich zwar durchaus als Vertreter ihrer Kollegen gegenüber den Konzerninteressen, können sich dies aber nur im marktwirtschaftlichen Rahmen der Konkurrenz des einen gegen den anderen Konzern vorstellen. Alles darüber hinausgehende wird auf die in den Parlamenten sitzenden Sozialdemokraten verwiesen. Folgerichtig kann deshalb Breuer in einem Artikel der IG-Metall-Funktionärszeitschrift *»Der Gewerkschafter«* (Nr. 4/89) mit dem Wunsch zitiert werden, *»auf europäischer Regierungsebene ... Mindeststandards festzuschreiben«* gegen die Unternehmenspläne, genauso zwangsläufig ist es aber, daß er gleichzeitig eingestehen muß, *»wenn es nicht gelingt ... , sind wir bis zur Kinderarbeit erpreßbar«*. Bereits als es nur um das Ausspielen zwischen den Opel-Werken z.B. in Bochum und Antwerpen ging, war das Erpressungspotential alles andere als gering. Läßt man sich auf diese Logik aber erst einmal ein, wird die Situation in Zukunft noch prekärer: Sollte Opel tatsächlich in der DDR, in Eisenach, die Produktion des Kadetts aufnehmen, hat der Kon-

zern weniger ein Interesse daran, dort die Löhne auf BRD-Niveau zu steigern, als vielmehr das auf absehbare Zeit niedrigere DDR-Lohnniveau zu nutzen, um die BRD-Löhne zu drücken.

Breuer und die Betriebsratsmehrheit bei Opel-Bochum fallen mit ihren politischen Vorstellungen nicht aus dem Rahmen. Sie sind Produkt wie Motoren sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik. All diejenigen Kolleg/inn/en, die sich dem nicht anpassen wollen, werden mit Disziplinarmaßnahmen bedroht – da gibt es keinen wesentlichen Unterschied zwischen der »rechten« IG Chemie und der angeblich »linken« IG Metall. Der Hammer »Organisationsdisziplin« wird nur gegen Linke rausgeholt. Dann geht der Vorwurf »Spalter« leicht von den Lippen. Daß die rechte Opel-Betriebsratsmehrheit, indem sie der »freiwilligen« Dauer-Nachtschicht zustimmte, sogar einen Beschluß des IGM-Gewerkschaftstages vom letzten Herbst durchbrochen hat, wo es heißt: *»Die IG Metall setzt sich mit aller Entschlossenheit ... gegen die Zunahme der Schichtarbeit, insbesondere der Nachtschicht, ein«*, wird ihr wiederum keineswegs zum Vorwurf gemacht. Und das, obwohl dieser Beschluß sogar auf Bochumer Initiative zustandekam. Nicht einmal jetzt, wo sie im Begriff steht, sich gleich noch einmal darüber hinwegzusetzen – denn weil die »freiwilligen« Meldungen nicht so üppig kamen wie gedacht, wird inzwischen über eine reguläre dritte Schicht nachgedacht – wird seitens der IG Metall deswegen kein Vorwurf gegenüber der Betriebsratsmehrheit laut. Aber die Kolleg/inn/en, die sich nicht ans übliche sozialdemokratische Ritual halten, werden sofort zur Raison gebracht. Da steht eine Tarifrunde ins Haus, in deren Vorfeld sich der Gewerkschaftsvorstand in Worten sehr radikal für die Durchsetzung der 35-Std.-Woche einsetzt, gleichzeitig aber greift bei Opel der Gewerkschaftsapparat diejenigen an, die sich praktisch für die Arbeitszeitverkürzung einsetzen, und hofiert diejenigen, die genau das nicht tun. Widersinnig ist das selbstredend nicht: Die IG-Metall-Minderheit bei Opel stört die dem Reformismus verpflichtete Gewerkschaftspolitik. Diese hat zwangsläufig immer zwei Gesichter: Sie muß zwar auch Aktivitäten, Initiativen entwickeln, die nicht ohne weiteres mit den Tagesinteressen des einzelnen Unternehmens übereinstimmen müssen. Täte sie das nicht, liefen die Mitglieder davon, und damit wäre die zentrale Funktion reformistischer Gewerkschaften für das Gesamtkapital infrage gestellt, nämlich durch das Einbinden möglichst vieler Arbeiter/innen relative Ruhe für die Profitproduktion zu garantieren. Es werden zwar Forderungen wie nach der 35-Std.-Woche erhoben, gleichzeitig versucht man jedoch, die Profitinteressen des Kapitals möglichst nicht anzutasten, indem man die Verlängerung der Betriebsnutzungszeiten anbietet. Die Einführung der Nachtschicht bei Opel war deshalb kein Tabu mehr, Tabu ist vielmehr, diese sozialpartnerschaftliche Politik anzugreifen.

Die Verpflichtung zur Sozialpartnerschaft führt aber in einer Situation, in der die Zwänge der Weltmarktkonkurrenz zunehmen, zwangsläufig dazu, daß (weil die ökonomischen Gegensätze der einzelnen Konzerne und gleichzeitig der einzelnen Werkteile untereinander immer größer werden) es nur noch die Alternative gibt, sich entweder der Profit-Logik anzupassen, d.h. auch, sich immer mehr dem Betriebsegoismus anheimzugeben, oder politisch dagegen anzukämpfen, d.h. den Klassenkampf zu führen.

Gegen den zunehmenden Angriff des Kapitals – aufgrund der sich verschärfenden Konkurrenzbedingungen des Weltmarktes – müssen wir den Widerstand organisieren und bei der Auseinandersetzung in den eigenen Reihen denen beiseite stehen, die sich um eine Aufhebung der Konkurrenz unter den Arbeitern bemühen. In Betrieb und Gewerkschaften müssen die Bochumer Vorgänge diskutiert werden. Das mindeste, was praktisch geschehen muß, sind Protestresolutionen – zu richten an die: IGM-Ortsverwaltung Bochum, Postfach 101250, 4630 Bochum 1.

12.4.1990 ■

# Hängepartie geht weiter

Zweieinhalb Jahre ist es inzwischen her, daß der Krupp-Vorstand im November 1987 die beabsichtigte Stilllegung des Rheinhauser Stahlwerks, eines der modernsten in Europa, bekanntgab. Fast ein halbes Jahr kämpfte die Belegschaft um den Erhalt ihres Standortes – trotz anfangs großer Anteilnahme der Bevölkerung letztlich auf sich allein gestellt. Den Schlußpunkt dieser Auseinandersetzung bildete im Mai 1988 die »Düsseldorfer Vereinbarung«, ein Stilllegungskonzept, in dem sich Krupp verpflichtete, für jeden abgebauten Arbeitsplatz einen gleichwertigen zu schaffen<sup>1</sup>.

Daß heute, im April 1990, noch immer 3300 Stahlkocher in Rheinhausen beschäftigt sind, verdankt die Belegschaft nicht so sehr ihrem damaligen Widerstand, sondern der glänzenden Stahlkonjunktur. Die Schienenproduktion wechselte bereits zu Thyssen, das Walzwerk ist stillgelegt, und zu Beginn dieses Jahres wurde auch der erste Hochofen abgeschaltet. Da aber wegen der guten Auftragslage im Bochumer Krupp-Stahlwerk die Produktion an der Warmbreitbandstraße von 250.000 auf fast 350.000 Monatstonnen hochgefahren werden konnte und aufgrund der hohen Nachfrage das Vormaterial teuer eingekauft werden muß, rechnet es sich für den Krupp-Vorstand, einen Hochofen (einschließlich Weiterverarbeitung zu Brammen) weiterzubetreiben. Der Bochumer Hochofen produziert 60.000 Monatstonnen, die Gemeinschaftshütte Krupp-Mannesmann in Huckingen (HKM) liefert – vertraglich festgelegt – 170.000 Monatstonnen. Die fehlenden 120.000 Monatstonnen müßten bei Schließung der Rheinhauser Hütte zugekauft werden.

Buchhalterisch ist das Rheinhauser Stahlwerk längst abgeschrieben. Investitionen erfolgen nur, sofern für den Weiterbetrieb dringend erforderlich. Dies alles und der Umstand, daß die Rheinhauser Belegschaft das Vertrauen in ihre eigene Kraft verloren hat, macht dieses Stahlwerk zur optimalen Verschleppmasse der Stahlkonjunktur. Sobald wieder Überkapazitäten auf dem Stahlmarkt auftreten, wird die nur aufgeschobene »Exekution« vollstreckt.

Gerade weil sich die Krupp Stahl AG alle Optionen offenhalten will, läßt sie die Belegschaft über die Zukunft der Hütte im unklaren. Erst nachdem Verhandlungen mit Peine/Salzgitter und der Dillinger-Saar-Hütte über den Zukauf der zusätzlich benötigten 100.000 Monatstonnen Vormaterial scheiterten, gewährte der Vorstand der Rheinhauser Hütte eine zunächst zweijährige »Schonzeit«. Wie es danach weitergehen soll, bleibt offen.

Verschiedene Möglichkeiten sind denkbar: Sollte das bundesdeutsche Kapital massenhaft in der DDR investieren, bedingt dies erfahrungsgemäß auch einen steigenden Stahlbedarf. Sollten sich weiterhin mit der Einführung der DM die DDR-Stahlkombinate dem direkten Wettbewerb mit der bundesdeutschen Stahlindustrie aussetzen, wird der Krupp-Vorstand alte Rentabilitätsrechnungen neu durchkalkulieren. Immerhin produziert Rheinhausen erheblich produktiver als jeder DDR-Betrieb.

In jedem Fall steht ein weiterer Belegschaftsabbau an. Wurden vor der Stilllegung des ersten Hochofens im erheblichen Maße Überstunden verfahren, ist nunmehr die Belegschaftsstärke von 3300 Stahlkochern für den Einofenbetrieb (Hochofen, Konverter, Stranggußanlage) zu hoch; hierfür werden lediglich 1700-1800 Beschäftigte benötigt. 600 Kollegen sollen deshalb zu der seit Januar 1990 bestehenden Gemeinschafts-

hütte HKM nach Huckingen wechseln, die übrigen auf Rente oder auf Ersatzarbeitsplätzen untergebracht werden.

Viele Kollegen wollten endlich aus der Verunsicherung heraus und bewarben sich für einen festen Arbeitsplatz bei HKM. Aber dort werden sie nicht ihrer Qualifikation entsprechend eingestuft, sondern zunächst in Einsatzkolonnen untergebracht. Dies bedeutet zunächst Springer-Arbeit in allen Bereichen und nach einer Bewährungsfrist einen festen Arbeitsplatz, der oft auch mit Abgruppierung verbunden ist.

Kruppianer sind in Huckingen nicht unbedingt willkommen, denn Mannesmann versucht im Gegenzug, Kollegen von Huckingen in das Großrohrwerk nach Mülheim umzusetzen. 12 Huckinger Kollegen gewannen vor kurzem einen Musterprozeß gegen ihre Umsetzung, so daß bei HKM inzwischen ein Verlegungsengpaß besteht, während in Mülheim in der Kontistraße 100 Neueinstellungen notwendig wurden.

Bei den Kollegen macht sich daher eine Unruhe breit, die in der örtlichen Presse auch als »Wechselbad der Gefühle ... zwischen Hoffen und Bangen« bezeichnet wird. Die Belegschaft, der mit ihrer Niederlage im Arbeitskampf jegliches Selbstvertrauen geraubt wurde, spürt, daß sie nur noch als Jongliermasse dient. »Die treuen Kruppianer wollen endlich wissen, ob sie sich auf einen Wechsel nach Huckingen einstellen müssen oder ob das Stahlwerk eingedenk der glänzenden Konjunktur doch noch eine Chance hat.« Dieses Zitat aus der NRZ (28.4.90) trifft die Stimmung im Betrieb genau. Scharf kritisiert wurde bei den Betriebsversammlungen im März auch die IGM, »von der mal wieder kein einziges Wort zu hören« sei. Es existiert jedoch keine Kraft im Betrieb, die dieser Unruhe eine Richtung weisen könnte. Die Erinnerung an die Niederlage im Arbeitskampf wirkt lähmend, der Kreis der Aktiven wird immer kleiner.

Das »Zug-um-Zug-Konzept« des Betriebsrats, d.h. Zustimmung zu Stilllegung nur in dem Maße, wie gleichwertige Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden, wird in Bälde seine Nagelprobe bestehen müssen. Obwohl nämlich Krupp behauptet, Ersatzarbeitsplätze geschaffen zu haben, handelt es sich bei Licht besehen um Etikettenschwindel:

Wenn man von den Arbeitsplätzen im neugeschaffenen Qualifizierungszentrum die Arbeitsplätze der früheren Krupp-Lehrwerkstatt abzieht, wenn man die Kollegen unberücksichtigt läßt, die nur kurzfristig mit Abbrucharbeiten beschäftigt werden oder nur befristet in der Kokerei unterkamen, wenn man ferner neugeschaffene Arbeitsplätze unberücksichtigt läßt, die ein Ingenieurdiplom voraussetzen, ist faktisch von Krupp kein einziger gleichwertiger Arbeitsplatz in Rheinhausen geschaffen worden. Eine erst vor kurzem auf dem Kruppgeleände neuangesiedelte Firma, deren 40 Arbeitsplätze breit gefeiert wurden, mußte inzwischen Konkurs anmelden. Dennoch verkündet der Betriebsrat: »Ein langsames Kaputgehen machen wir nicht mit«, verhandlungsfähig sei nur der dauerhafte Weiterbetrieb des noch verbliebenen Hochofens.

Verlauf und Ergebnis der Betriebsratswahlen zeigen allerdings ein sinkendes Vertrauen der Belegschaft in ihren eigenen Betriebsrat: Gut 90% der Belegschaft beteiligten sich noch im Januar an einer Urwahl zur Aufstellung einer IGM-Liste, lediglich 61% jedoch an der Betriebsratswahl im März. Im Arbeiterbereich gingen drei der 19 Sitze an den CMV. Dazwischen lagen einige Ungereimtheiten: Die Betriebsräte Steegmann und Bruckschen erzielten ausgerechnet im mobilen Wahllokal herausragende Ergebnisse. Die Beschwerde eines Kollegen, daß juristisch eigenständige Betriebe wie z.B. das Qualifizierungszentrum unberechtigt mitwählten, wurde von der Ortsverwaltung zurückgewiesen.

Lediglich für 18 der 52 Kandidaten warb die VKL mit einem Bildplakat, während Photos anderer Kandidaten sofort entfernt wurden. Nachdem der CMV eine eigene Liste einreichte, bildeten drei aktive Kollegen, die sich von diesem Wahlverfahren benachteiligt fühlten, eine eigene Liste, die jedoch wegen Form-

1) Die Darstellung und Einschätzung des Arbeitskampfes in Rheinhausen sind in der Arpo Nr. 1 bis 3 1988 sowie Nr. 1/1989 nachzulesen.

fehler nicht zugelassen wurde. Die Betriebsräte Bruckschen und Steegmann antworteten hierauf mit dem Antrag auf Ausschluß aus der IGM. Dieser Antrag wurde von der Ortsverwaltung jedoch rasch niedergeschlagen; Rheinhausen soll nicht wieder in die Schlagzeilen geraten. 10.4.1990 ■

## Alfeld/Leine

# Giftgasunglück – IG Chemie und Unternehmensleitung sorgen für sozialpartnerschaftliche Bewältigung

Chemische Industrie verursacht Gestank. Die Bewohner der Stadt Alfeld/Leine und Umgebung können das seit Jahrzehnten bestätigen. Besonders bei Windstille und niedriger, geschlossener Wolkendecke ist der schweflig-säuerliche Geruch, angereichert mit einer an frisch gerösteten Kaffee erinnernden Duftnote, intensiv im Stadtgebiet zu erleben.

Unmittelbar an den Stadtkern grenzt das Werksgelände von Hannover-Papier, dem größten in Alfeld angesiedelten Betrieb mit 1250 Beschäftigten. Von dort breitete sich am Mittwoch, den 17.1.1990, im Zeitraum um 14.15 Uhr herum mit dem Westwind nach Osten eine Giftgaswolke aus, deren ätzende Wirkung den Katastropheneinsatz der umliegenden Krankenhäuser für 226 mehr oder minder in Mitleidenschaft gezogene Chlorgasopfer erforderte.

Was war geschehen? Beim Umfüllen von komprimiertem Flüssig-Chlor für die Papierbleiche aus einem Tankwaggon platzte der Verbindungsschlauch zum Tanklager, und es gelangten 10,5 Tonnen Flüssig-Chlor in die Umgebung bzw. gingen dort in einen gasförmigen Zustand über und waberten ins Freie. Nach der Flucht aus dem Abfüllraum legte entgegen jeder Logik von Schutzvorschriften ein Arbeitstrupp den notwendigen Atem- und Körperschutz erst jetzt nach dem Schlauchriß an, um die Anschlußventile zu schließen. Darüber verstrich fast eine Viertelstunde. Alarm wurde aber erst um 14.32 Uhr ausgelöst, obwohl bereits gegen 14.15 Uhr beißender Chlorgeruch im Stadtgebiet zu spüren war. Während des Geschehens verweigerten Verantwortliche der Geschäftsleitung dem Stadtdirektor und der Polizeiführung inhaltlich nähere Auskünfte, verharmlosten vorerst das Ausmaß des Unglücks als »eine Sache mit Chlor«. Konzentrierte sich der Großeinsatz der Rettungsdienste nach dem Alarm auf das Werksgelände, kam es in der Innenstadt zu solchen Szenen: »Menschen brachen zusammen, viele flüchteten mit nassen Tüchern notdürftig geschützt in die angrenzenden Geschäfte oder rangen in Hauseingängen nach Luft.«<sup>2</sup>

## IG-Chemie bleibt kleinlaut – Umweltschützer machen mobil

Selbst Rettungsdienstfahrer mußten nach mehrmaligem Einsatz im Krankenhaus bleiben, denn in den Fahrzeugen waren aus Kostengründen Atemschutzmasken nicht vorhanden. Entwarnung verkündete die Kreisverwaltung Hildesheim nach drei Stunden und hielt anschließend Hannover-Papier vor, den Unfall zu spät gemeldet zu haben.

1) Hildesheimer Allgemeine Zeitung, 18.01.1990

2) Alfelder Zeitung, 18.01.1990

3) dieselbe, 20.01.1990

Deuteten die Vorgänge um das Giftgasunglück mit ihren zeitlichen Ungereimtheiten auf eine gezielte Vernebelungstaktik der Geschäftsleitung hin, hatte das weitere Stillschweigen die aufgekommene Empörung in der Stadt nicht abklingen lassen. Aber es waren nicht die Beschäftigten von Hannover-Papier selbst, die sich doch an ihren Arbeitsplätzen zuallererst den giftigen Stoffen auszusetzen haben. Zumindest nach außen blieb alles ruhig, und unmittelbare öffentliche Erklärungen von Betriebsrat und Gewerkschaft blieben aus.

Stattdessen zogen am Freitagabend in einem Demonstrationzug über fünfhundert junge Leute – meist Schülerinnen und Schüler – gegen die Luftverpestung und Verschmutzung des Leinewassers durch die Innenstadt zum Marktplatz. Unter Parolen wie »Eure Profite – unsere Gesundheit« oder »Amet auf – es stinkt wieder wie immer«, auch »Wir ergeben uns Eurem Kampfgas nicht« steigerte sich der Unmut vor dem Rathaus anläßlich der beschwichtigenden Aussagen des damaligen SPD-Bürgermeisters Köbler, »Hannover Papier habe 'alles Menschenmögliche getan', die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.«<sup>3</sup> Beständige Blah-Blah-Rufe ließen ihn auf weitere Erklärungen verzichten.

Beim Eintreffen des Demonstrationzuges vor dem Haupttor der Papierfabrik hatte sich vor das zugesperrte Tor bereits ein Polizeiwagen zusätzlich postiert. Vertreter der Geschäftsleitung ließen sich nicht blicken, hatten aber mit zwei BUND-Vertretern nachmittags ein Gespräch unter Bedingung des Ausschlusses der Öffentlichkeit vereinbart. Diese Gesprächsstunde brachte nichts Neues.

Angesichts des öffentlichen Drucks sah sich allerdings am Freitag der Betriebsratsvorsitzende Heinz Engler nach Absprache mit dem IG-Chemiegeschäftsführer Kachel veranlaßt, eine Presseerklärung herauszugeben, die genauso gut die Geschäftsleitung hätte unterschreiben können.

|  |                        |
|--|------------------------|
| Betriebsrat<br>HANNOVER PAPIER   | Alfeld, den 19.01.1990 |
| An die<br>Redaktion  |                        |
| Alfelder Zeitung   |                        |
| Sehr geehrter Herr   |                        |
| Wie mit Herrn Kachel verabredet, möchten wir Ihnen nachfolgende schriftliche Stellungnahme zukommen lassen:  |                        |
| Der Betriebsrat betrachtet es als besonders tragisch, daß kurz vor Umstellung vom Chlorbleichverfahren auf das umweltfreundliche Sauerstoffbleichverfahren ein solcher, weite Teile der Arbeitnehmer von Hannover Papier und der Einwohnerschaft von Alfeld gefährdender Störfall passiert ist.  |                        |
| Er stellt fest, daß es dem umsichtigen, mutigen und schnellen Handeln der am Ort des Störfalles eingesetzten Kollegen zu verdanken ist, daß schlimmeres verhindert wurde. Dank gilt allen Helfern dieses Rettungseinsatzes.  |                        |
| Der Betriebsrat wird nicht zuletzt im Interesse der bei Hannover Papier beschäftigten 1.250 Arbeitnehmer die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und anderen Instanzen (Gewerbeaufsichtsamt, Berufsgenossenschaft) begleiten und unterstützen, mit dem Ziel, den Sicherheitsstandard im gesamten Unternehmen so zu gestalten, daß menschengefährdende Unfälle ausgeschlossen sind.   |                        |
| Der Betriebsrat betrachtet die durch öffentliche Darstellung entstandenen Schuldzuweisungen im Zusammenhang mit dem Störfall und den Rettungsmaßnahmen als voreilig und bis zum Beweis des Gegenteils als unbegründet. Der Arbeitssicherheitsausschuß des Betriebsrates wird unter Beteiligung von Fachsekretären der IG Chemie-Papier-Keramik den Vorfall auswerten und gegenüber allen Verantwortlichen innerhalb und außerhalb des Unternehmens auf verstärkte sicherheitstechnische Überprüfungen drängen. |                        |
| Abschließend bittet er insbesondere die in den Umweltverbänden engagierten Bürger, den Vorfall vom vergangenen Mittwoch nicht zum Anlaß zu nehmen, extreme arbeitsplatzgefährdende Positionen aufzubauen, wobei unbestritten die Gesundheit und die Sicherheit der Menschen absoluten Vorrang hat.   |                        |
| Heinz Engler   |                        |

## Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger der Stadt Alfeld!

unserer Fabrik ereignete sich am 17. Januar ein Unglücksfall. Hierüber haben die lokalen und regionalen Zeitungen sowie Rundfunk und Fernsehen ausführlich berichtet. Leider war die Berichterstattung nicht immer objektiv, teilweise sogar einseitig. Wir wenden uns deshalb direkt an die Bevölkerung.

erstes möchten wir angesichts der Tragweite dieses Ereignisses unser aufrichtiges Bedauern zum Ausdruck bringen. Alfelder Mitbürgerinnen und Mitbürger, insbesondere auch Mitarbeiter unserer Gesellschaft, haben gesundheitliche Beeinträchtigungen erlitten, die ambulante und stationäre Versorgung in den Krankenhäusern Alfeld und Gronau notwendig machten. Allen Verletzten sprechen wir unsere besten Genesungswünsche aus.

Selbstverständlich werden wir dafür Sorge tragen, daß die Schäden kurzfristig festgestellt und, soweit sie berechtigt sind, abgewickelt werden.

Über den Hergang des Geschehens gibt es sehr unterschiedliche Aussagen, vielfach auch von Informanten, die gar nicht, nur unzureichend oder falsch unterrichtet waren. Die Klärung der Schuldfrage fällt in die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft. Soweit es uns betrifft, sorgen wir schon im eigenen Interesse für eine klare Klärung.

Die Inbetriebnahme der Bleicherei 1966 ist die Anlage störungsfrei gelaufen. Für uns ist der Vorfall auch deshalb besonders unglücklich, weil nach bisher problemlosem Betrieb die Stilllegung der Chlorbleicherei vorgesehen ist. Nach Abschluß einer langjährigen Entwicklung und bedeutenden Investitionen ist es uns gelungen, sauerstoffgebleichten Zellstoff auch bei hochfeinen Papieren, wie wir sie herstellen, einzusetzen. Noch in diesem Monat wird, wie geplant, der letzte Großversuch zur Feststellung der Marktakzeptanz durchgeführt.

Es ist uns ein besonderes Anliegen, den Krankenhäusern in Alfeld und Gronau, Feuerwehr und Polizei, den Helfern des Deutschen Roten Kreuzes und der Johanniter-Unfall-Hilfe, dem Arbeiter-Samariterbund, aber auch unseren Werksangehörigen und der Werksfeuerwehr, die bei der Bekämpfung des Störfalles eingeschaltet waren, unseren Dank auszusprechen. Ihr schneller und umsichtiger Einsatz hat sehr dazu beigetragen, die Auswirkung des tragischen Unglücksfalls in Grenzen zu halten.

Hannoversche Papierfabriken  
Alfeld-Gronau Aktiengesellschaft  
Vorstand

Alfeld (Leine), 24. Januar 1990

### Betriebsrat und IG-Chemie: Arbeitsplätze über alles!

Wann der Betriebsratsvorsitzende es als besonders tragisch empfindet, vierundzwanzig Jahre nach Einrichtung des Chlorgaslagers auf dem Werksgelände nun doch noch von einem solchen Störfall – das berüchtigte Restrisiko – erwischt zu werden, fordert er die Frage heraus, ob zuvor nicht schon andere Störfälle vorgekommen sind. Abgesehen davon scheint ihn die Normalität jahrzehntelanger Einleitung giftiger Abwässer in die Leine, ergänzt um den Ausstoß übelriechender Dämpfe in die Luft, nicht zu stören.<sup>4</sup> »Allein beim Bleichen von Papier mit Chlorgas entstehen bis zu 1000 giftige und biologisch nicht abbaubare chlorierte Kohlenwasserstoffe – darunter der Krebserreger Dioxin«, bemerkte eine Leserbriefschreiberin.<sup>5</sup> Welche toxischen Zeitbomben neben beständigen aktuellen Gefährdungen bereits entstanden sind, läßt sich mit der angekündigten Umstellung auf das Sauerstoffbleichverfahren leicht hin verdrängen. Nicht zuletzt forderte selbst der Papiergroßhandel

4) In den fünfziger/sechziger Jahren erinnerten jeden Passanten die Schaumberge auf dem Fluß an seine Funktion als Förderband giftiger Produktionsabläufe der Papierfabrik. Seitdem die Schaumberge verschwunden sind, fällt das nicht mehr so auf.

5) Alfelder Zeitung, 20.01.1990, S. 13

6) Hildesheimer Allgemeine Zeitung, 23.01.1990

7) Der Kurs von Hannover-Papier für die Aktie von 50,- DM Nennwert notierte folgende Entwicklung: 16.11.89 – 270.00 / 28.12.89 – 289.00 / 24.01.90 – 280.00 / 22.02.90 – 273.50 / 29.03.90 – 284.00 / 10.04.90 – 295.00; Quelle: Börsenberichte FR.

schon länger umweltfreundlichere Produktionsverfahren. Die Behauptung des Betriebsratsvorsitzenden, daß »unbestritten die Gesundheit und die Sicherheit der Menschen absoluten Vorrang hat«, gerät jedoch zum unverbindlichen Lippenbekenntnis, wenn gleichzeitig die öffentliche Kritik als »unbegründet« und »arbeitsplatzgefährdend« zurückgewiesen wird.

Ähnlich äußerte sich in einem Zeitungsbericht W. Kachel als IG-Chemie-Geschäftsführer: »Absoluten Vorrang hat der Schutz der Menschen, aber es geht auch um die Arbeitsplätze. Die aber kümmern die Umweltgruppen und die politischen Gruppierungen nicht, die sich jetzt gestärkt fühlen.«<sup>6</sup> Zu solchen absurden wie abgedroschenen Sprüchen, die wieder mal Opfer zu Tätern stempeln wollen, verstieg sich die Geschäftsleitung von Hannover-Papier nicht. Der ungebremste Akkumulationsprozeß dieses Unternehmens macht sich seit Jahren in Erweiterungsinvestitionen und nicht gerade mickrigen Dividendenausstattungen bemerkbar.<sup>7</sup> Da reicht es schon, per Anzeige im Großformat in herablassender Diktion die Lösung der »Schuldfrage« der Staatsanwaltschaft zu überantworten. Dennoch wird die Geschäftsleitung die sozialpartnerschaftliche Schützenhilfe von Betriebsrat und Gewerkschaft zu schätzen wissen.

Die Belegschaft bei Hannover-Papier setzt sich überwiegend aus Beschäftigten zusammen, die bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von zehn Prozent in der Region ihren Lebensunterhalt in diesem Schichtbetrieb verdienen müssen und wenig Arbeitsplatzalternativen, schon gar nicht auf dem Lohnniveau, vorfinden. Ist die Absicht unverkennbar, mit dem Arbeitsplatzargument die Existenzängste der weniger Nachdenklichen gegen die Kritik umweltbewußter Menschen auszuspielen, so läßt sich ebenso eine interne Warnung herauslesen: Wer die Kritik am Betrieb aufgreift, gefährdet seinen Arbeitsplatz! Seltsam genug, wenn nach einem derart folgenschweren Betriebsunfall aus einer tausendköpfigen Belegschaft keine einzige kritische Stimme, z.B. in Leserbriefform, zu vernehmen ist. Das ist praktizierte Sozialpartnerschaft der IG-Chemie: Statt breiter Diskussion in der Belegschaft um Arbeitsplatzgefahren und Folgelasten der Produktion – Abschiebung dieser Fragen in Expertengremien und Diffamierung umweltbewußter Bürger. Nicht das extreme Ausmaß der Chlorgaswolke, sondern der berechtigte Protest dagegen läßt die IG Chemie-Funktionäre »extrem arbeitsplatzgefährdende Positionen« befürchten. Eine sichere Methode, heute kritische SchülerInnen zu brüskieren, um morgen bei ihrem Eintritt ins Berufsleben vergebens zu versuchen, unter ihnen GewerkschaftsfreundInnen zu gewinnen.

Unterrichtete die »Gewerkschaftspost«, das bundesweite Zentralorgan der IG CPK, die Mitglieder wenigstens über den Unglücksablauf in Alfeld? Die Notwendigkeit von striktem Unfallschutz bei Routinearbeiten ließe sich daran doch erneut praktisch belegen. Dazu keine Zeile in den bisherigen Ausgaben.

Doch halt: Schließlich gibt es noch einen DGB, der von sich behauptet, Arbeitsplatz- und Umweltinteressen seiner Mitgliedschaft zu vertreten. Dieser Themenkomplex bildete vor

### August Thalheimer Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion

Die Sowjetunion von heute und die sozialistische Revolution in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern. 1946, Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, Stuttgart 1952. 43 Seiten, Broschur, 2,00 DM

GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS  
DER ARBEITERBEWEGUNG e.V.  
Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15

drei Jahren sogar den Schwerpunkt in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Auf eine unabhängige Stellungnahme des DGB-Kreises Hildesheim-Alfeld zu warten, blieb ebenfalls vergebens. Kommunalpolitisch ließen sich an mehreren Stellen Initiativen starten, z.B. sitzt der DGB-Chef F.-U. Schulz im Kreistag als SPD-Abgeordneter. Ihm dort zur Seite, quasi auf der Gewerkschaftsbank, ebenfalls als SPD-Abgeordneter, sitzt sogar ein Insider, W. Kachel von der IG-Chemie-Verwaltungsstelle in Alfeld...

10.4.1990 ■

## Hamburg

# Die gesellschaftliche Funktion der Gewerkschaften aus Sicht der bürgerlichen Justiz.

1987 haben in vielen Betrieben die Betriebsratswahlen und Vertrauensleute-Wahlen zur gleichen Zeit stattgefunden. So auch bei der HHLA (Hamburger Hafen und Lagerhaus Aktiengesellschaft). Hier gibt es schon seit vielen Jahren Konflikte zwischen einem Teil der ÖTV-Funktionäre und der »Alternative«, einer Gruppe oppositioneller ÖTV-KollegInnen. Schon vor den Wahlen hatte die Vertrauensleutemehrheit um die alte Vertrauensleute-Leitung und den hauptamtlichen Erich Rumpel gezeigt, daß sie zu keinerlei Kompromissen mit der Opposition bereit ist. Unter ihrem Druck hatte sich der ÖTV-Bezirksvorstand dann nach den Wahlen eine besondere Form der Repression für die »Alternativen« überlegt. Diejenigen, die als Vertrauensleute gleichzeitig zum Betriebsrat kandidierten, wurden nicht als Vertrauensleute bestätigt und sollten auch nicht als ÖTV-Betriebsräte mit beratender Stimme an den Vertrauenskörper-Sitzungen teilnehmen.

Alle intensiven Bemühungen der »Alternative«, diesen Konflikt innergewerkschaftlich zu regeln, sind an der bürokratischen Haltung der damaligen Hamburger ÖTV-Führung gescheitert. Als letzte Möglichkeit, »dieser undemokratischen und unbeweglichen Haltung entgegenzutreten«, haben die dreizehn betroffenen KollegInnen den juristischen Weg gesehen.

Nun ist inzwischen das Urteil gesprochen, und es bescheinigt der ÖTV: Verstoß gegen das Grundgesetz, Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz, Verstoß gegen die eigene Satzung und damit Rechtsunwirksamkeit der Nichtanerkennung dieser Vertrauensleute.

Mit einem so deutlichen Urteilsspruch hatte wohl niemand gerechnet, und es ist inzwischen viel Freude darüber geäußert worden. Zum einen von den Gewerkschaftsfeinden, die immer begeistert sind, wenn eine ArbeiterInnenorganisation zurechtgewiesen wird. Zum anderen von vielen, die ähnliche Schwierigkeiten mit ihren eigenen Gewerkschaftsführungen haben wie die »Alternative« und die sich von dem Urteil eine Verbesserung ihrer Kampfbedingungen erhoffen. Natürlich freuen auch wir uns für die KollegInnen der »Alternative«, daß sie inzwischen von der ÖTV als Vertrauensleute anerkannt sind. Wir wollen uns hier aber nicht mit den erfreulichen Seiten des Urteils beschäftigen — wer sich darüber genauer informieren will, sollte sich direkt an die »Alternative« wenden.

Die alte ÖTV-Führung war von dem Urteil wohl am stärksten schockiert. Sie hatte doch nichts Außergewöhnliches getan. Glaubte sie doch alles getan zu haben, um ihre Funktionsfähigkeit als staatstragende Organisation zu schützen, indem sie eine aktive linke Opposition, die einfach nicht freiwillig aufgibt, nach unten wegdrückt. Ein in der bürgerlichen Demokratie durchaus gewöhnlicher Vorgang.

Deshalb wollen wir hier vor allem die Passagen des Urteils hervorheben, die erklären können, weshalb das Gericht trotz-

dem zu einem anderen Schluß kam als die ÖTV-Führung erwartet hatte. Ein wichtiger Gedanke, der dem Urteil zugrunde liegt, scheint uns das herrschende Interesse zu sein, die individuellen Bedürfnisse der Menschen stärker zu betonen und damit ein gemeinsames Handeln zu erschweren. Dazu das Urteil: *»Die Zeiten, in denen mit einer gewissen Berechtigung von einem objektiv gemeinsamen Interesse der Arbeiterklasse gesprochen werden konnte, sind längst vergangen. Die Arbeitnehmerschaft bietet heute im Gefolge der hochkomplexen Wirtschaftsstrukturen ein sich immer weiter ausdifferenzierendes Bild. Dementsprechend gibt es kein die Arbeitnehmerschaft einigendes Band unverrückbar gemeinsamer Interessen mehr, die von höherer Warte aus unfehlbar erkannt werden könnten.«* Außerdem sollen die Gewerkschaften dafür sorgen, daß diese individuellen Bedürfnisse nicht in ihrer chaotischen Form das alltägliche Geschäft behindern. Deshalb im Urteil weiter: *»Die Gewerkschaften können ihrer ihnen vom Grundgesetz zugedachten Rolle als Ordnungsfaktor, der die mannigfaltigen und nicht immer reflektierten Bedürfnisse seiner Mitglieder kanalisiert, nur gerecht werden, wenn diese Mitglieder ihre Interessen innerhalb der Organisation so artikulieren können, daß diese auf allen Ebenen bis hinauf zur Gewerkschaftsspitze präsent sind und ernstgenommen werden müssen.«* Wenn die Gewerkschaft in diesem Sinne als integrierender Ordnungsfaktor versagt, sieht das Gericht große Gefahren auf die Gesellschaft zukommen: *»Gehen Tarifvereinbarungen dagegen an den Bedürfnissen der Gewerkschaftsmitglieder vorbei, verliert die Gewerkschaftsführung ihre innere Legitimation, und die Mitglieder wenden sich entweder resigniert ab oder weichen auf andere (u.U. illegale oder extremistische) Wege aus, in der Hoffnung, ihre Bedürfnisse doch noch befriedigen zu können. Eine solche Entfremdung zwischen Gewerkschaftsbasis und Gewerkschaftsführung erzeugt sozialen Sprengstoff, den das Grundgesetz durch die nachdrückliche verfassungsrechtliche Absicherung und Stärkung der Gewerkschaften gerade verhindern wollte. Die Gefahr solcher Entfremdungsprozesse nimmt unter den heutigen Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen immer mehr zu.«*

Mit der zunehmenden Gefahr von sozialen Unruhen muß also die gewerkschaftliche Struktur verändert werden. Es soll aber auch nicht gleich übertrieben werden, denn: *»Eine ausgeprägt basisdemokratisch orientierte Organisationsform bspw. könnte dabei hinderlich sein. Die Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben kann daher ebenso sehr durch ein Defizit wie durch ein Übermaß an interner demokratischer Willensbildung gefährdet werden.«*

Wir wollen mit diesem Beitrag nicht ausdrücken, daß es besser gewesen wäre, alles beim alten zu lassen. Natürlich ist das Vorgehen der ÖTV-Führung undemokratisch und skandalös gewesen. Um aus dieser Gewerkschaft eine kampfstärke Organisation zu machen, muß sogar viel mehr geändert werden.

Der hauptamtliche Apparat der ÖTV beginnt jetzt u.a., mit Hilfe von Arbeitsgruppen über neue Richtlinien bzw. Satzungsänderungen nachzudenken. Wir können wohl auch sicher sein, daß mindestens im Sinne des Urteils einige undemokratische Regelungen wegfallen werden. Aber wenn diese Veränderungen nicht breit unter den Mitgliedern diskutiert werden oder womöglich durch den Druck vieler KollegInnen zustande kommen, werden sie wieder nur aus den Köpfen bürokratischer FunktionärInnen entspringen. Auch wenn einige dieser FunktionärInnen einer anderen Gewerkschafter-Generation angehören, die es ernster nehmen mit innergewerkschaftlicher Demokratie; auch wenn die Zahl der FunktionärInnen zugenommen hat, die sich für mehr Aktionen und Basisbeteiligung einsetzt: Der Anlaß für die anstehenden Veränderungen ist ein Urteil, das die Gewerkschaften dazu auffordert, die vom Grundgesetz zugedachte Rolle als Ordnungsfaktor besser zu erfüllen. Diesem Anliegen der bürgerlichen Gerichte müssen die KollegInnen entgegenwirken, wenn sie aus ihren Gewerkschaften wieder kampfstärke Organisationen machen wollen.

18.4.90 ■